Morgenausgabe

Nr. 549 / A 278 — 45. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,40 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschl. Bestellgeld, Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

*

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund", Ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag 20. November 1928

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 40 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentägl. von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Unterstützung bis zum 1. Lohnzahlungstag.

Die Bedürftigkeit bei allen Ausgesperrten anerkannt.

Essen, den 19. November. Unter dem Vorsitz des preußischen Wohlfahrtsministers Dr. Hirtsiefer waren am Montag eine größere Zahl von Vertretern aller beteiligten Reichs- und Staatsressorts, sowie die Vertreter der im Bereiche des Aussperrungsgebietes beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände im Essener Rathaus versammelt, um über die Frage der Bereitstellung von Reichsmitteln für die durch die Aussperrung betroffenen Gemeinden und Gemeindeverbände Erhebungen an Ort und Stelle anzustellen.

Die Neuregelung erfolgt ab heutigem Montag. Die Unterstützung der von der Aussperrung in Nordwest betroffenen Arbeiter erfolgt zunächst nur auf der gesetzlichen Grundlage der Mindestleistungen nach der Fürsorgepflichtverordnung mit den örtlichen Verschiedenheiten, die sich aus der den Bezirksfürsorgeverbänden zustehenden Regelungsbefugnis für die öffentliche Fürsorge ergaben. Da die Gemeinden und Gemeindeverbände die sich hieraus ergebenden Lasten nicht allein tragen können, hat der Reichstag in Uebereinstimmung mit einer Entschließung des Landtages die Reichsregierung ermächtigt, zur Abstellung der Notstände noch näherer Vereinbarung mit Preußen Mittel zur Verfügung zu stellen, um den im genannten Gebiet gelegenen Gemeinden (Gemeindeverbänden) in Gemeinschaft mit Preußen eine ausreichende Erfüllung der ihnen obliegenden Fürsorgepflicht zu ermöglichen. Auf Grund dieser Ermächtigung und der inzwischen getroffenen Vereinbarungen erfolgt nunmehr nach Verhandlungen, die unter Leitung des preußischen Wohlfahrtsministers Dr. Hirtsiefer am Montag in Essen stattfanden, die Unterstützung der von der Aussperrung Betroffenen aus der öffentlichen Fürsorge einheitlich auf Grund der Richtlinien, die der besonderen Lage des Falles Rechnung tragen.

Nach diesen Richtlinien erhalten vom heutigen Montag ab die von der Aussperrung betroffenen Arbeitnehmer folgende Unterstützung für die Woche: Alleinstehende Personen ohne eigenen Haushalt 8 M., alleinstehende Personen mit eigenem Haushalt 12 M., Ehepaare 16 M., alle im Haushalt des Hauptunterstützungsempfängers zu versorgende Personen je 3,20 M.

Die Rückzahlung der Unterstützung darf nicht verlangt werden.

Grundsätzlich ist jeder von der Aussperrung betroffene Arbeitnehmer und seine Familie als hilfsbedürftig anzusehen. Ersatz der Leistungen, die aus Anlaß der Aussperrung von den Fürsorgeverbänden bis jetzt gewährt worden sind und gewährt werden, darf weder von dem Unterstützten noch von dessen Unterhalt verpflichteten Dritten gefordert werden.

Die Bedürftigkeit ist bis zum vollen Betrage der oben angeführten wöchentlichen Unterstützungssätze anzuerkennen.

Die Unterstützungen können auch in Sachleistungen erfolgen. Bereits geleistete Unterstützungen der öffentlichen Fürsorge sind, soweit sie für die Zeit über den 18. November hinaus berechnet waren, anzurechnen. Die Unterstützungen sind vorbehaltlich anderweitiger Bestimmung **bis zur ersten Lohnzahlung zu leisten.**

Den Bezirksfürsorgeverbänden werden von den Leistungen, die sich im Rahmen der Unterstützungssätze halten, 85 Proz. erstattet. An den ihnen zur Last fallenden 15 Proz. dürfen die Landkreise, die kreisangehörenden Gemeinden oder engeren Gemeindeverbände sich beteiligen.

*

Diese Richtlinien halten sich in den Grenzen des praktisch Möglichen. Die Unterstützungssätze sind zwar an sich bescheiden, doch bewahren sie die Ausgesperrten — auch die Unorganisierten — davor, durch den Hunger unter die Diktatur der Unternehmer gezwungen zu werden und so diesen zu einem Triumph über die Staatsautorität zu verhelfen. Diese Gefahr mußte der Staat im eigenen Interesse bannen.

Noch kein Ergebnis in Düsseldorf.

Heute Fortsetzung der Verhandlungen.

Düsseldorf, 19. November. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen, die am Montag unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Dr. Bergemann zwischen den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter der nordwestlichen Metallindustrie geführt wurden, gestalteten sich äußerst schwierig. Diese Verhandlungen wurden schließlich in den Abendstunden auf Wunsch der Gewerkschaftsvertreter vertagt. Die Delegierten der Gewerkschaften erstatten heute abend Bericht vor der erweiterten Verhandlungskommission. In Gewerkschaftskreisen wird die Situation ziemlich pessimistisch beurteilt. Ueber die Arbeitszeitfrage ist bisher noch nicht verhandelt worden. Die Verhandlungen werden am Dienstag fortgesetzt.

Die neue Wirtschaftsethik.

Also sprach Reusch.

Herr Paul Reusch, Generaldirektor des „Gute-Hoffnungshütte"-Konzerns, ist der Führer der Scharfmacher an der Ruhr. Seinem Einfluß ist es zuzuschreiben, daß die nordwestliche Gruppe der Schwerindustrie die offene Rebellion gegen den Staat gewagt hat. Diese Offensive ist von langer Hand vorbereitet worden. Herr Paul Reusch hat am 19. Juni 1928 in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Langnamvereins in Düsseldorf eine Rede gehalten, in der er sie ankündigte. Er sprach:

„Das Unternehmertum befindet sich seit Kriegsende bei der Vertretung seiner Belange fast immer in der Defensive; es wird zu prüfen sein, ob es durch die Entwicklung der Verhältnisse nicht gezwungen wird, die bisherige Haltung zu ändern. Wir stecken ohnedies zu sehr im Kollektivismus und müssen dem Individualismus wieder mehr Spielraum geben."

Das ist der Grundgedanke, der hinter der Rebellion der Scharfmacher steht.

Wer ist Herr Reusch? Er ist der Sohn eines württembergischen Oberbergrats, geboren im Jahre 1868, studierte Berg- und Hüttenwesen. Er war zunächst als Ingenieur, später als Betriebsleiter tätig, bis er im Jahre 1905 Direktor der „Gute Hoffnungshütte A.-G." für Bergbau- und Hüttenbetrieb in Oberhausen, Rheinland, wurde. Die „Gute Hoffnungshütte" ist das Kernstück des sogenannten Haniel-konzerns, dessen Leitung im wesentlichen von Reusch besorgt wird. Er ist Präsident der Industrie- und Handelskammer Duisburg, dritter Stellvertreter des Deutschen Industrie- und Handelstages, der Gesamtvertretung der deutschen Industrie- und Handelskammern, sowie Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Ein mächtiger Mann der Wirtschaft, kein Magnat, aber ein Generaldirektor! Seine Macht ist darum nicht minder groß.

Die Dividende für die Aktionäre zu erhöhen ist sein Lebenszweck. Auf jener Tagung des Langnamvereins sprach er aus:

„Wir müssen allen Anfechtungen zum Trotz den Mut haben, immer und immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Wirtschaft keine Wohlfahrtseinrichtung ist und daß dem in der Wirtschaft angelegten Kapital eine angemessene Rente zusteht, zumal — vorläufig wenigstens — das Geldverdienen in Deutschland noch nicht verboten ist."

Das ist eine offene und rücksichtslose Sprache, ebenso rücksichtslos wie die Aussperrung an der Ruhr unter Bruch des geltenden Rechts. Die Wirtschaft ist keine Wohlfahrtseinrichtung — selbstverständlich! Deswegen haben sich die Herren an der Ruhr vom Staat auch 715 Millionen Mark schenken lassen. Das gehört zum Geldverdienen, das sie auch sonst ausgezeichnet verstehen. Der ausgewiesene Fabrikationsgewinn der „Gute Hoffnungshütte" für 1927/28 beträgt nach Abzug aller Unkosten 8,28 Millionen Mark gegenüber 6,4 Millionen im Vorjahre, die Dividende, die im Vorjahr von 5 auf 6 Proz. erhöht wurde, ist weiterhin auf 7 Proz. heraufgesetzt worden. Während die Gesamtbelegschaft nur um 1,3 Proz. gestiegen ist, hat sich die Rohstahlproduktion um 9,35 Proz. gesteigert. Geldverdienen auf Kosten der Arbeiter — das ist das höchste Ziel derer um Reusch!

Um dieses Zieles willen wird die Rebellion gegen den Staat geführt, werden Hunderttausende auf die Straße geworfen!

Herr Reusch hat wohl begriffen, welche Macht die öffentliche Meinung gegenüber so brutaler Vertretung des Scharfmacherstandpunktes werden kann. Er hat sich deshalb beizeiten Einfluß auf die öffentliche Meinung zu schaffen gesucht. Seit dem Jahre 1920 sitzt Prof. Cossmann als Beauftragter der Reusch-Gruppe in der Redaktion der „Münchener Neuesten Nachrichten". Diese Gruppe kontrolliert eine Reihe von Provinzzeitungen, wie zum Beispiel den „Fränkischen Kurier". Es ist ihr gelungen, Einfluß auf die Dienazeit G. m. b. H. zu gewinnen. Dieser „Diena-Zeitkonzern" (Dienst nationaler Tageszeitungen G. m. b. H.) tritt nach außen als Nachrichtendienst von neun der bedeutendsten rechtsstehenden Provinzblätter auf; es sind dies: „Badische Presse", „Fränkischer Kurier", „Hamburger Nachrichten", Hannoverscher Kurier", „Königsberger Allgemeine Zeitung", „Leipziger Neueste Nachrichten", „München-Augsburger Abendzeitung", „Rheinisch-Westfälische Zeitung", „Schlesische Zeitung". Die Gruppe unterhält ein gemeinsames Berliner Bureau. Sie umfaßt die Insertionsblätter der Verbreitungsgebiete. Die Zeitungen haben eine gemeinsame Auflage von etwa 500 000 Exemplaren, erreichen also etwa 2 Millionen Leser. Zugleich steht die Reusch-Gruppe durch die „Münchener Neuesten Nachrichten" in Interessengemeinschaft mit dem „Hamburger Fremdenblatt". **Es ist der Reusch-Gruppe in stillem, aber heftigem Kampf gegen die Hugenberg-Gruppe gelungen, Hugenberg von der großen westdeutschen Provinzpresse der Rechten zurückzudrängen. Sie wird jetzt von Herrn Reusch und seinen Leuten kontrolliert.**

Haut den Spez!

Technikerhetze im Sowjetparadies.

Moskau, 18. November. (Ost-Expreß.)

Während die Sowjetpresse täglich neue Terrorakte der Kulaki berichtet, warnt sie auch vor einer anderen Art Terror, der in den Fabriken um sich greift und sich gegen die Ingenieure und Fachleute (Spezialisten) richtet. Die „Torgowo-Promyschlennaja Gazeta" (Industrie- und Handelszeitung) schreibt, daß derartige Erscheinungen eine Folge kleinbürgerlicher Einflüsse auf die Arbeiterklasse seien. Besonderes Aufsehen erregt der plötzliche Tod des Ingenieurs Katzenelson in Stalingrad, der infolge der Aufregungen durch andauernde gegen ihn ausgeübte Schikanen am Herzschlag gestorben ist. Die Sowjetblätter berichten ausführlich über die Hetze, welche die Fabrikleitung des „Krasny Oktjabr" (Roten Oktober) gegen ihn führte. Ferner melden die Blätter Mißhandlungen und Verprügelungen von Technikern und Ingenieuren durch Arbeiter, wobei besonders hervorgehoben wird, daß die kommunistischen Zellen der betreffenden Fabriken diesen Ausschreitungen gegenüber völlig gleichgültig blieben. Die „Spezialistenfresserei" bedroht in einzelnen Fällen sogar deren Leben. So wurde in Leningrad in der Fabrik „Skorochod" dieser Tage ein Mordversuch auf den Werkmeister Stepankow unternommen. Die Presse sieht darin eine unheilvolle Folge des Schachty-Prozesses, der zu einer Verallgemeinerung der nur gegen einzelne Ingenieure berechtigten Anschuldigungen geführt habe. Eine zu befürchtende und teilweise schon eingetretene Folge dieses Terrors ist, daß die Ingenieure auf jede Initiative bei ihrer Arbeit verzichten und sich nach Möglichkeit zurückziehen. Die „Torg.-Prom. Gazeta" fordert energische Schutzmaßnahmen für die Ingenieure, damit diese nicht „geradezu zur Desertion getrieben werden".

Die Radikalen üben Nachsicht.

Gegen Disziplinbrecher.

Paris, 19. November. (Eigenbericht.)

Die Fraktionsleitung der Radikalsozialisten trat am Montagmorgen in der Kammer zusammen, um Stellung zu der Haltung derjenigen Parteimitglieder zu nehmen, die trotz der ausgegebenen Stimmenthaltungsparole am Donnerstag für oder gegen Poincaré gestimmt hatten. Die Fraktionsleitung entschied, daß angesichts der Disziplin von 107 Mitgliedern der Gruppe gegen die 14 Eigenbrötler Nachsicht geübt werden könne. Man will der Gruppe lediglich vorschlagen, den Fall der Exekutivkommission der Partei zu unterbreiten, die den Sündern eine Warnung zukommen lassen wird. Die Fraktionsleitung nahm dementsprechend die von ihnen angebotene Demission nicht an.

Die Fraktionsleitung beschloß im übrigen, von jeder systematischen Opposition abzusehen und von Fall zu Fall gemäß den Beschlüssen von Angers Stellung zu nehmen.

Kollektivnote über Reparationsproblem

Berlin als Tagungsort endgültig vorgeschlagen.

Paris, 19. November. (Eigenbericht.)

Die Ueberreichung der einzelnen Memoranden der Alliierten in Berlin wird demnächst die Absendung einer Kollektivnote folgen, in der die Mächte ihr Einverständnis mit dem Zusammentritt der Sachverständigenkonferenz erklären und zugleich ihre Delegierten benennen wollen. Havas will wissen, daß als Tagungsort endgültig Berlin in Aussicht genommen sei.

Unzeitgemäße Protestnote.

Soll China ewig unter Vormundschaft bleiben?

London, 19. November.

Die englische, französische und japanische Regierung richteten an die Nankingregierung einen Protest anläßlich der Neuregelung der Salzsteuerverwaltung, nach der die Salzsteuerinspektoren zwar auch in Zukunft die Einziehung der aus der Salzsteuer aufkommenden Beträge vornehmen, aber nicht mehr mit der Verwahrung und Verwaltung der Fonds betraut werden, mit Ausnahme solcher Beträge, die der Finanzminister für den Anleihedienst zur Verfügung stellt.

Für deutsch-polnischen Vertragsabschluß hat sich auch der Kongreß der polnischen Berufsvereinigung ausgesprochen, dessen Richtung durch die Teilnahme von Parlamentariern der nationalistischen „NPR." (Nationale Arbeiterpartei) am Kongreß bezeichnet ist.

Herr Reusch hat sich indessen verrechnet. Der Presseapparat der Reusch-Gruppe ist nicht in der Lage, die allgemeine Empörung im Volke über den Gewaltstreich der Scharfmacher an der Ruhr abzubiegen — trotz angestrengtester Bemühungen.

Als Herr Reusch in jener Versammlung des Langnamvereins in Düsseldorf das Evangelium der Unternehmeroffensive predigte, schloß er mit den Worten:

„Wir sind uns bewußt, daß wir bei unserer Tätigkeit in der Wirtschaft dem ganzen Volke gegenüber verantwortlich sind. Wir müssen aber auch verlangen, daß man unsere Kritik als Ausfluß unseres Verantwotungsbewußtsein beachtet und nicht als Ausfluß egoistischer Empfindungen ablehnt. Möge sich bald im Deutschen Reiche eine neue Wirtschaftsethik durchsetzen, deren Träger die Unternehmer und die Arbeiter in gleicher Weise sind."

Die neue Wirtschaftsethik des Herrn Reusch — sie hat sich jetzt durchgesetzt. Gesteigerte Gewinne, gesteigerte Dividenden für die Aktionäre, aber kein Geld für Lohnerhöhungen für Arbeiter! Mit unmenschlicher Gefühlslosigkeit Hunderttausende auf die Straße geworfen, das geltende Recht gebrochen, weil die Scharfmacher auf das Recht pfeifen, wenn es ihre Macht einschränkt — das ist der Ausfluß des Verantwortungsbewußtseins von Reusch und den Seinen.

So sieht sie aus, die neue Wirtschaftsethik der Scharfmacher!

Kleine Unstimmigkeit!

Die versäumte Hinrichtung.

Hussong, der Leitartikler der Hugenberg-Presse, hat eine „kleine Unstimmigkeit" entdeckt. Ein Raubmörder ist nicht hingerichtet worden, während die Schwester seines Opfers aus Nahrungssorgen vor einigen Tagen Selbstmord begangen hat. Ganz zufällig handelt es sich um den Magdeburger Schröder, den Mörder des Buchhalters Helling, um jenen Verbrecher, dessen Person schon einmal in der Hugenberg-Presse eine gewisse Rolle gespielt hat. Aber davon später! Zunächst sei genossen, was Herr Hussong seinen Montagslesern an moralischer Entrüstung serviert:

Der Mörder Hellings hat auch sie (die Schwester) sozusagen ermordet. . . Er ist, wie man weiß, von seinen Richtern zum Tode verurteilt worden. Aber er ist, wie man sich erinnern möge, von der preußischen Regierung begnadigt worden und wird auf Staatskosten seinen Mitbürgern erhalten. . . So humane Herzen, wie die der Leute, die nun schon so viele Monate nicht schlafen können, weil sie — mit Recht, da Menschen Menschen sind — die

Möglichkeit eines Justizmordes

sehen, so humane Herzen werden nicht verfehlen, mit dem ihnen vor anderen eigenen Zartgefühl, die kleine Unstimmigkeit zu empfinden, die darin liegt, daß der Mörder lebt, Dach und Bett hat und ein auf seine Wohlbeschaffenheit sorgfältig kontrolliertes Essen, auch ein Konzert ab und zu, indes Schwester und Nichte des Ermordeten vor Verzweiflung und Hunger in den Tod getrieben wurden.

Ganz erknickt über die Ungerechtigkeit der Welt haben wir dies gelesen. Dann aber entdeckten auch wir eine „kleine Unstimmigkeit". Da nämlich Herr Hussong von der „Möglichkeit eines Justizmordes" redet, wurde die Vergangenheit wach.

Es gab doch gerade im Magdeburger Fall Schröder-Helling Leute, die mit aller Gewalt in den Justizmord hineinsteuerten? Es waren doch, wenn nicht jedes Gedächtnis täuscht, die Hugenberg-Blätter mit ihren Hussongs und Zimmermanns, die sich in Phalanx um Schröder scharten:

„Sieht so ein Mörder aus?"

Begeistert sekundierten die Hussongs und Zimmermanns, als Schröder den Verdacht auf den gänzlich unschuldigen Fabrikanten Haas, den Schwager des Reichsbannerführers Krohn, hinzulenken suchte. „Tag" und „Lokal-Anzeiger" ergriffen inbrünstig die Partei des von Schröder genasführten Untersuchungsrichters Kölling, bemarfen den Oberpräsidenten Hörsing, der den wahren Sachverhalt aufzudecken suchte, mit Schimpf und Dreck.

Und nun weinen sie, weil der Mörder nicht hingerichtet wurde. Welcher Mörder? Der „Mörder" der Hussong und Zimmermann, der nach ihrem Willen hätte verurteilt werden müssen, der Fabrikant Haas? Es ist wirklich zu traurig, daß man den Haas nicht aufs Schafott geführt hat! Was hätte dann erst Herr Hussong — drei Jahre später — über die „Unstimmigkeit" dieses Justizmordes für dicke Tränen vergossen.

Doch dies ist nicht die einzige „Unstimmigkeit". — Wir lesen bei Hussong, was für ein prächtiges Leben der Mörder Schröder im Zuchthaus führt. Seltsam, seltsam, daß Menschen wie Fräulein Helling aus wirtschaftlicher Verzweiflung ins Wasser gehen, obwohl es doch für jedermann ganz leicht ist, sich das „Herrenleben" eines Zuchthäuslers zu verschaffen! Man braucht bloß ein kleines Verbrechen zu begehen, bei dem man noch viel Geld einheimsen kann, und schlimmstenfalls, wenn die Sache schief geht, bekommt man so gut wie Schröder „Dach und Bett, ein auf seine Wohlbeschaffenheit sorgfältig kontrolliertes Essen, auch ein Konzert ab und zu. . ."

Und das reizt die Leute nicht? Trotzdem gehen sie lieber in den Tod? Unerklärliche Unstimmigkeit!

„Zehn Jahre deutsche Geschichte."

Ein Erinnerungsband 1918—1928.

Eingeleitet vom Reichskanzler Hermann Müller und dem Reichsaußenminister Stresemann ist (im Verlage von Otto Stolberg) eine Festschrift über die zehn Jahre des Wiederaufstiegs seit dem Novemberzusammenbruch erschienen. Der umfängliche Band umfaßt vierzig Aufsätze über die verschiedensten Seiten des in der Republik unternommenen Aufbaues. Theodor Leipart stellt zusammenfassend die „Arbeitnehmer in Deutschland" dar, Gustav Noske schildert die Abwehr des Bolschewismus. Ein geschichtlicher Gesamtüberblick stammt von Hermann Oncken, Otto Meißner beschreibt die „Entstehung der Reichsverfassung", Otto Gehler den „Aufbau der neuen Wehrmacht", Staatssekretär Popitz „Finanzpolitik", Wilhelm Ostwald Naturwissenschaften, Artur Eloesser das „Deutsche Theater seit 1918", Emil Dovifat die Presse. Die Parteien sind, und das ist charakteristisch für den unter dem vorigen Reichskanzler bereits vorbereiteten Band, nicht berücksichtigt, obschon sie die Träger des politischen Wollens in der Republik sind. Ebenso fehlt unter den oft wertvollen Darstellungen eine Schilderung der Entwicklung des deutschen Parlamentarismus.

Die Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei und der Deutschhannoverschen Partei im Reichstage haben sich unter Wahrung völliger Selbständigkeit zwecks stärkerer Beteiligung an den Ausschußsitzen zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt.

Räumung / Reparationen / Abrüstung.

Stresemanns Rede vor dem Reichstag.

Die Rede, die Herr Stresemann gestern im Reichstag hielt, hat lebhaften Beifall gefunden nicht nur, weil man den nach langer Krankheit Zurückgekehrten gern wiedersah, sondern auch weil sie es ihrem Inhalt nach verdiente. Im übrigen ist der Außenminister jetzt wieder gesund genug, um auch einer schwereren Situation begegnen zu können als der, in der er sich augenblicklich befindet. Nur auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken stößt seine Politik auf grundsätzlichen Widerspruch; auch dieser klingt auf beiden Seiten gedämpft. Die Kommunisten fielen gestern durch ihr ganz ungewöhnlich manierliches Verhalten auf — eine Erscheinung, die man allgemein auf die Anwesenheit des russischen Botschafters Krestinski in der Diplomatenloge zurückführte — Krestinski ist Stresemanns guter Freund, er wollte gewiß nicht hören, daß seine Genossen im Reichstag seinen guten Freund beschimpften — und sie taten es auch nicht.

Abgesehen von der äußersten Rechten und Linken ist man sich im ganzen Reichstag über die Außenpolitik einig. Man ist mit Recht unzufrieden, daß es mit der Abrüstung und mit der Räumung nicht vorwärts geht, hegt Sorgen um den Gang und Ausgang der Reparationsverhandlungen, denkt aber nicht daran, eine Außenpolitik aufzugeben, die Deutschland erst einmal das Recht gegeben hat, als Fordernder aufzutreten.

Stresemanns Rede, die diesmal Wort für Wort fixiert war, konnte schon deshalb kaum Widerspruch erregen, weil das, was ihren Inhalt bildet, längst in Deutschland geistiges Gemeingut ist. Nur der Frage einer neuen englisch-französischen Entente wurde im Hinblick auf Locarno ein neuer interessanter Gesichtspunkt abgewonnen.

In der Debatte sprach Graf Westarp im allgemeinen so wenig aufregend, daß der neue Vorsitzende, Herr Hugenberg, kaum mit ihm zufrieden sein wird. Nur zum Schluß wurde er schrecklich wild, als er sich des Ausspruchs Severings in seiner Rundfunkrede erinnerte, man komme doch erst als Mensch und dann erst als Deutscher zur Welt. Gegen diese Feststellung legte der deutschnationale Redner namens seiner Fraktion feierlich Verwahrung ein. Leider vermag selbst eine so großartige Partei, wie die Deutschnationale, nichts gegen die Natur. Ihrem Redner aber wollen wir gerne das Zugeständnis machen, daß er als deutscher Graf zur Welt gekommen ist — ob auch als Mensch, kann dahingestellt bleiben.

Herr Kaas, der Redner des Zentrums, hatte einige unterirdische Vorbehalte, kam aber doch zu dem Ergebnis, daß nichts verhängnisvoller wäre als eine Schwenkung der deutschen Außenpolitik. Auf diese Einsicht wird sich der Reichstag, abgesehen von den Gruppen ganz rechts und ganz links, einigen. Die Regierung wird, auf eine starke Mehrheit des Parlaments und des ganzen Volkes gestützt, zu den kommenden Verhandlungen gehen.

Für die Sozialdemokratie wird heute Breitscheid sprechen.

*

Reichsaußenminister Stresemann leitete die gestrige Debatte im Reichstag über die Außenpolitik mit einer Rede ein, in der er ausführte:

Nach längerem erzwungenen Fernsein habe ich zum ersten Male wieder die Ehre, vor Ihnen über die aktuellen Fragen der deutschen Außenpolitik zu sprechen. Den für uns wichtigen Verhandlungen der September-Völkerbundstagung konnte ich nicht beiwohnen. Um so mehr fühle ich mich verpflichtet, meinen Dank dem Herrn Reichskanzler auszusprechen, der, als mir die Teilnahme an dieser Vollversammlung des Völkerbundes unmöglich wurde, ohne Zögern meine Bitte erfüllt hat, an meiner Stelle an die Spitze der Delegation in Genf zu treten. Mit meinem Dank an ihn möchte ich die Erklärung verbinden, daß ich für alle Schritte, die von Deutschland in den letzten Monaten auf außenpolitischem Gebiete getan worden sind, meinerseits die volle Verantwortung mit übernehme, und zwar nicht nur nach der formalen Seite, sondern auch auf Grund der Uebereinstimmung der Anschauungen.

Die Räumungsfrage.

Die Reichsregierung hat vor der diesjährigen Vollversammlung des Völkerbundes die beteiligten Regierungen auf diplomatischem Wege davon in Kenntnis gesetzt, daß sie beabsichtige, in Genf die Räumungsfrage offiziell aufzuwerfen. Die Kritik dieses Schrittes, die sich darauf stützt, daß man einen Nichterfolg hätte voraussehen müssen, kann ich nicht als berechtigt anerkennen. Wir können diese Frage nicht aus den Gesichtspunkten der Taktik und Opportunität behandeln. Der Zeitpunkt war gekommen, die Räumungsfrage aus der Sphäre inoffizieller und vertraulicher Besprechungen herauszubringen und **unseren Anspruch den Besatzungsmächten gegenüber in aller Form geltend zu machen.** Nicht nur Deutschland, sondern auch weiteste Kreise des Auslandes empfinden die heute noch fortdauernde Anwesenheit fremder Truppen auf deutschem Gebiete, als einen krassen Gegensatz zu der Entwicklung der internationalen Politik in den letzten Jahren. Wir brauchten und brauchen auch heute nicht zu befürchten, daß auch eine negative Klärung der Lage für die internationale Stellung Deutschlands irgendwie von Nachteil sein könnte.

Auf den Verlauf der Genfer Verhandlungen in dieser Frage brauche ich nicht näher einzugehen. Ueber die Beurteilung des Ergebnisses sind wir uns, glaube ich, einig. Es war für das deutsche Volk eine tiefe Enttäuschung, daß wir mit unserem Anspruch in Genf nicht durchgedrungen sind. Die entscheidenden Argumente, die der Herr Reichskanzler dort vorgebracht hat, haben nicht diejenige Würdigung gefunden, die wir fordern mußten. Unsere Verhandlungsgegner haben vielmehr eine Auffassung vertreten, die wir rechtlich nicht anerkennen können und die politisch der Gegensatz zu einer Förderung der gemeinsamen Interessen der beteiligten Völker ist.

Diese Auffassung der Gegenseite vermag an unserem eigenen Standpunkt nichts zu ändern.

Nachdem die beteiligten fremden Regierungen der Eröffnung offizieller Verhandlungen über die Räumungsfrage zugestimmt haben, wird Deutschland unbeirrt dabei verharren, daß es einen Anspruch auf alsbaldige Räumung des gesamten besetzten Gebietes hat, und daß dieser Anspruch weder von der Lösung anderer Probleme noch von sonstigen Bedingungen irgendwelcher Art abhängt.

Deutschland wird in seinem Rechte verletzt, solange dieser Anspruch nicht erfüllt wird. **Es kann deshalb für uns nicht in Betracht kommen, für die Räumung politische Belastungen, deren Wirkungen sich über die Dauer der vertragsmäßigen Besatzungsfristen erstrecken würde, in irgendwelcher Art auf uns zu nehmen.** Ebensowenig besteht für uns die Möglichkeit, die Räumung mit Gegenleistungen finanzieller Art zu erkaufen.

Ich stelle mit Genugtuung fest, daß noch vor wenigen Tagen auch von maßgebender britischer Seite grundsätzlich anerkannt worden ist, daß es sich bei der Räumung der besetzten Gebiete und bei der Regelung der Reparationsfrage um zwei völlig getrennte Dinge handelt. Wir müssen erwarten, daß sich dieser Standpunkt nun auch praktisch auswirkt und dazu führt, Deutschland endlich von den fremden Truppen zu befreien. Auch in den beteiligten fremden Ländern wird man erkennen müssen, daß selbst von ihrem Interessenstandpunkt aus eine weitere Aufrechterhaltung der Besatzung nur eine Scheinposition darstellt, die für sie keinerlei praktischen Nutzen hat. Wohl aber hat sie die Wirkung, daß die Besetzung der vertrauensvollen Zusammenarbeit in den Fragen der europäischen Politik wie eine hemmende Schranke im Wege steht. Man wolle sich darüber nicht im Zweifel sein, daß in den Augen des deutschen Volkes ohne Unterschied der Parteien der bisherige Verlauf der Räumungsverhandlungen als ein Rückschlag erscheint, der das Vertrauen auf den guten Willen der Gegenseite ernstlich beeinträchtigen muß. Das gilt auch für diejenigen Länder, die es als ihre grundsätzliche Auffassung bezeichnen, daß sie kein Interesse an der weiteren Aufrechterhaltung der Besatzung hätten, die aber ihre grundsätzliche Auffassung bisher in die Wirklichkeit nicht eingesetzt haben.

Die freundlichen und zum Teil herzlichen Worte, die an die Adresse Deutschlands gerichtet werden, verlieren ihr Echo in Deutschland dadurch, daß ein freundschaftliches Zusammenwirken Deutschlands mit fremden Ländern moralisch nicht fundiert werden kann, solange diese Freundschaft dem deutschen Volke durch die Waffen fremder Besatzungen versinnbildlicht wird.

Es trägt ebenso wenig zu der Aufgabe des Kriegsgeistes und zum Besten des friedlichen Zusammenwirkens bei, wenn der Waffenstillstandstag auf deutschem Boden von fremden Truppen parademäßig begangen wird, um dem deutschen Volke vor Augen zu führen, daß es der Besiegte eines Weltkrieges ist. Ich muß zu meinem Bedauern feststellen, daß auch der Geist der Besatzung in den Rheinlanden einen Rückschlag erfahren hat, der naturgemäß auch auf die deutsche Bevölkerung des besetzten Gebietes gewirkt hat. Jede Familie hat dort in zehn Jahren der Besatzung an dauernden Lasten und Leiden genug für ein Menschenleben erfahren, als daß sie nicht erwarten könnte, daß dieser Zustand ein Ende findet.

Das Phantom der Nationalisten.

An den Verlauf der Genfer Verhandlungen sind in der Oeffentlichkeit Betrachtungen geknüpft worden, die in ihrer schärfsten Formulierung auf die Behauptung hinausliefen, daß die in den letzten Jahren verfolgte deutsche Außenpolitik sich nun endgültig als verfehlt erwiesen habe. Die Kritik dieser Politik basiert darauf, daß man uns vorwirft, dem Phantom einer Großmachtstellung nachzujagen, das uns in die falsche Front wirklicher Großmächte führt. Man sieht in dieser Politik eine feste Bindung an die westlichen Großmächte. Man hat hinzugefügt, daß es für uns darauf ankomme, uns in freier Wahl die Unterstützung da zu suchen, wo sie zu finden sei. Gestatten Sie mir demgegenüber die Frage an Sie zu richten, ob die Dinge denn so liegen, daß diejenigen dem Phantom einer Großmachtstellung nachjagen, die die einzig mögliche Politik Deutschlands in dem Willen zur vernünftigen, friedlichen Verständigung auf der Grundlage der Gleichberechtigung sehen? Ist diese Politik nicht eine Realität gegenüber dem Phantom, zu glauben, daß die uns fehlende Großmachtstellung sich mit negativen Protesten und Kraftworten erreichen ließe? Würden wir denn in der Lage sein, unsere heutige Forderung nach Befreiung von militärischer Besetzung überhaupt ernsthaft zu stellen, wenn wir in den letzten Jahren nicht gerade die Politik getrieben hätten, die jetzt als verfehlt hingestellt wird und die doch erst die rechtliche und politische Grundlage für diese Forderung geschaffen hat? Sie wissen aus der Politik, die wir getrieben haben, daß sie die Vertiefung und Neuanbahnung der Beziehungen zu Weltmächten in Uebersee und im Osten, zu mittleren und kleineren Staaten geschaffen hat; dabei war für uns nicht entscheidend, wie die Stellung dieser Mächte etwa zu den Westmächten gelagert war. Auf der anderen Seite möchte ich davor warnen, in dieser Hinsicht Möglichkeiten vorzutäuschen, die in Wahrheit nicht gegeben sind. Selbst wenn sich die Auffassung als richtig erweisen würde, von der die Kritik ausgeht, daß auch künftig der erforderliche gute Wille fehlen würde, den berechtigten Ansprüchen Deutschlands jetzt nachzugeben, so würde sich die Politik um so mehr als notwendig erweisen, die wir durch die vertragsmäßig erfolgte Sicherung unserer Westgrenzen durchgeführt haben und die angesichts unserer völligen militärischen Machtlosigkeit allein für uns in Betracht kommen kann.

Flottenkompromiß und Locarnovertrag.

Nun sind gegen die Wirkung der Verträge, die der Sicherung des Rheinlandes gelten, in letzter Zeit vielfach Bedenken laut geworden, die im Zusammenhang mit den Verhandlungen stehen, die zwischen zwei Partnern des Rheinpaktes von Locarno stattgefunden haben. Es ist verständlich, daß die Nachrichten über das sogenannte englisch-französische Kompromiß weitgehende Besorgnisse hervorgerufen haben. Man hat diese Besorgnisse nicht nur in dem Einfluß dieses Kompromisses auf die Weiterentwicklung des Problems der allgemeinen Abrüstung gesehen, sondern man hat sie auch darüber hinaus auf die Möglichkeit neuer für Deutschland bedrohlicher Mächtekonstellationen bezogen.

Was zunächst die sachliche Seite des Abrüstungsproblems anbelangt, so ist der Standpunkt Deutschlands in nicht mißzuverstehender Form vom Reichskanzler und sodann dem Grafen Bernstorff in Genf öffentlicht dargelegt worden. Wir werden an diesem Standpunkt auch künftig festzuhalten haben. Das erwähnte Flottenkompromiß mit seinen Nebenabreden ist nach den Tatsachen, die letzthin bekannt geworden sind, als erledigt anzusehen.

Aber es erscheint mir doch nicht überflüssig, auf einen grundsätzlichen Punkt auch heute noch hinzuweisen. So zweckmäßig es nach Lage der Dinge sein mag, daß die allgemeinen Abrüstungsverhandlungen in Genf durch Sonderbesprechungen zwischen einzelnen Regierungen vorbereitet werden, so selbstverständlich ist es andererseits, daß alle Einzelabreden dem gemeinsamen Gesamtziele der Abrüstung untergeordnet bleiben müssen.

Sie dürfen mithin nicht darauf hinauslaufen, den daran beteiligten Ländern die Erhaltung derjenigen Rüstungsfaktoren zu garantieren, an denen ihnen jeweils am meisten gelegen ist. In dieser Hinsicht möchte ich namentlich in der Frage der ausgebildeten Reserven darauf hinweisen, daß nach der eigenen Auffassung der britischen Regierung eine Nichtberücksichtigung des Rüstungsfaktors bei der allgemeinen Abrüstung einen wesentlichen Mangel darstellen würde. Weit wichtiger sind dagegen die Bedenken, die sich in allgemeiner politischer Beziehung an diese Verhandlungen geknüpft haben.

Wenn zwei Mächte, denen nach der Konstruktion des Locarnopaktes eine wesentlich verschiedene Rolle zufällt, auf militärischem Gebiete tatsächlich weitreichende Vereinbarungen getroffen hätten, so würde das an die Grundlagen des Rheinpaktes von Locarno rühren.

Ob man militärische Manöver veranstaltet, die sich in ihrer Eventualzielsetzung gegen Deutschland richten, ist eine Frage des politischen

Im August d. J. war es das neuntemal, das auf der Wasserkuppe in der Rhön der motorlose Flugwettbewerb abgehalten wurde. — In Frankreich fand ein Küsten-Segelflugwettbewerb statt, an dem auch bekannte deutsche Flieger mit ihren Maschinen erfolgreich teilnahmen. — In Amerika wurde vor kurzem das Gordon-Bennet-Wettfliegen für Freiballone ausgetragen, aus dem ein Deutscher als zweiter Sieger hervorging, und noch mehrere Flugmeetings stehen für dieses Jahr in Aussicht, an denen die Allgemeinheit mit Recht Anteil nimmt, besonders aber der arbeitende Stand unseres Volkes und seine sportlich begeisterungsfähige Jugend.

*

„Luftfahrt tut not!" „Luftfahrt für alle!" — Das sind zwei Agitationsschlager, wie sie in Deutschland fast bei jeder Luftfahrtveranstaltung zur Bearbeitung der Massen verwendet werden. Der erste Satz ist richtig, und die Konsequenz aus dem zweiten zu ziehen, wäre nötig. Haben wir in Deutschland eine „Luftfahrt für alle", d. h. eine, die für alle Bevölkerungsschichten zugänglich ist? Auf Grund langjähriger Erfahrungen auf diesem Gebiete ist die Frage mit einem glatten „Nein" zu beantworten.

Vom Nachwuchs im Fliegerberuf.

Die Luftfahrtorganisationen und Vereine, an der Spitze der „Deutsche Luftfahrt-Verband" (DLV.), dem fast sämtliche deutschen Flugsportvereine korporativ angeschlossen sind, bezeichnen sich als politisch und konfessionell „neutral" — stehen nur auf „nationaler" Grundlage, mit anderen Worten, ein bekennender Republikaner, gar ein Sozialdemokrat, hat in diesen Verbänden nichts zu suchen. Man braucht sich nur einmal die leitenden Persönlichkeiten der Verbände, der Verkehrsfliegerschule, der Deutschen Lufthansa, des Reichsverkehrsministeriums usw. anzusehen, und man weiß genug. **Der ehemals kaiserliche Aeroklub, der Militäradel, das alte Militär überhaupt hat hier in der deutschen Republik ein denkbares Betätigungsfeld gefunden.** Was ist nun die notwendige Folge? Daß der Fliegernachwuchs in dem politischen Sinne seiner Lehrmeister erzogen und auch aus diesen Kreisen entnommen wird! Beweis? Unsere Fliegerschulen, die Zusammensetzung der Schüler unserer Verkehrsfliegerschule! Selbstverständlich, wenn man bezahlt, kann man sogar als „Marxist" ausgebildet werden (eingestellt in den Flugdienst wird man sicher noch lange nicht), doch wer hat Geld? Die Herrschaften, die heute zur Ausbildung gelangen, bekommen es zum größten Teil „gestundet", teilweise oder ganz erlassen, und erhalten manchmal sogar noch Taschengeld.

Als die alte „Sportflug G. m. b. H." noch existierte, von der die Ausbildung zum A-Schein, eine Vorstufe für den Verkehrspiloten, vorgenommen wurde, passierte es, daß von dieser „Gesellschaft" „streng vertrauliche" Anfragen bei irgendeiner Instanz über die „nationale Gesinnung eines Bewerbers einliefen. **Auch heute sind vaterländische Gesinnung, die bekanntlich einem Sozialdemokraten abgeht, Angehörigkeit zu einem vaterländischen Verband und Protektion durch einen Leiter die beste Empfehlung.** Wer hat schuld an diesen unzeitgemäßen, unwürdigen Zuständen? Nicht nur, die sich nach dem Umsturz auf diesen Platz gesetzt haben, sondern auch die ihn den anderen unbestritten überlassen haben, statt das Feld zu belagern, das auch ihnen auf Grund der neuen Verhältnisse neben den anderen zukommt. Der junge Republikaner treibt heute mit Erfolg und zu seinem Vorteil jede Sportart, auch solche, die früher ein Privileg der „besseren" Gesellschaft waren, wie Tennis, Hockey, Segeln, Rudern usw.; warum soll er nicht auch das Fliegen betreiben? Er muß es betreiben, und bedauerlich das Volk, das diese Notwendigkeit nicht einsieht! Sind die hohen Subventionen, die der deutschen Luftfahrt gezahlt werden, nicht auch eine Volksangelegenheit — insofern nämlich, als sie vom ganzen Volke aufgebracht werden müssen? Darum heißt es für uns: „Ran an die Fliegerei!"

Der Wert des Fliegens.

Was für unentbehrliche Werte stecken für den jungen und auch reifen Menschen im Flugsport! Der Schüler lernt Selbstbeherrschung, Konzentration, Entschlußkraft neben der körperlichen Ertüchtigung. Das sind aber erst die sportlichen und erzieherischen Werte, hinzu kommen noch die wirtschaftlichen, wie der Beruf des Verkehrsflugzeugführers, der uns zugänglich gemacht werden muß. Dann die Anstellung beim gesamten Flugplatz- und Flugbetriebspersonal, bei dem man natürlich möglichst die gleiche Auswahl vornimmt, wie bei den Fliegern selbst. Nun wird man ganz richtig fordern, auch einen Weg zu zeigen, der zur Beseitigung des augenblicklichen Zustandes führt. **Zunächst müßte ein republikanischer Luftfahrtverband geschaffen werden, dem sich erstens all die Republikaner anschließen würden, die sich im Flugsport aktiv betätigen wollen, und zweitens Menschen, die ihm aus idealen Gründen, als unterstützende Mitglieder, angehören möchten.** Dieser Verband, der möglichst von Berlin seinen Ausgang nehmen müßte, hat die Aufgabe, mehr und mehr „Zellen" in den einzelnen Städten zu gründen und somit sich und den republikanischen Fluggedanken über das ganze Reich zu verbreiten. Selbstverständlich müßte der Verband im engsten Zusammenhange mit den republikanischen Parteien, besonders der Sozialdemokratie, stehen und in ihnen einen kräftigen ideellen Rückhalt finden.

Der Segelflug als Volksflug.

Die Kostenfrage? Flugsport treiben ist doch sehr teuer? Das kommt darauf an, wie man ihn treibt. In dem heutigen motorlosen Flugsport ist eine äußerst billige Möglichkeit gegeben, die außerdem den unschätzbaren Vorzug hat, daß die Interessengruppen ihre Flugzeuge selbst bauen, ohne besonders erschwerende Maßnahmen fliegen lernen und in die Materie der Flugtechnik eingeführt werden können. **Der Segelflug ist die beste, billigste und ungefährlichste Art und Weise der Vorbildung für den Motorflug.** Abgesehen von dieser praktischen Betätigung hätten die Zellen die wichtige Aufgabe, den Volksfluggedanken propagandistisch in die Massen zu tragen und zu werben. Hat erst einmal eine Zelle Leben und Erfolge gezeigt, so dürfte es nicht schwer fallen, für diese auch Motorflugzeuge zu beschaffen, resp. geeignete Mitglieder als Motorflugzeugführer ausbilden zu lassen, stellt ja sogar das Reichsverkehrsministerium durch die „Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt" kostenlos Motorflugzeuge zur Verfügung, wovon bisher allerdings fast ausschließlich studentische Fluggruppen Nutzen zogen, also eine ganz eng begrenzte Anzahl Volksgenossen. — Die heutige Luftfahrt liegt in den Händen der Rechtskreise. Um sie der breiteren Masse, der Arbeiterschaft zugänglich zu machen, muß eine bewußt auf Schwarzrotgold fußende Luftfahrtorganisation geschaffen werden unter enger Anlehnung an die Linksparteien. Diese Organisation, zentral-fachmännisch geleitet, hat die Aufgabe, sich an Hand von Ortszellen über Deutschland zu verbreiten, die untereinander durch ein Fachorgan verbunden sind, das Erfahrungen, Anweisungen und Fachkenntnisse austauscht und die Neuigkeiten aus der Luftfahrtwelt in Schrift und Bild mitteilt.

Nur skizzenhaft konnte hier die Organisation angedeutet werden, doch so allein wird es möglich sein, die Luftfahrt für das Volk und das Volk für die Luftfahrt zu gewinnen.

Nach zehn Jahren gesühnt!

Das Urteil im Rudower Totschlagsprozeß.

Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte das Potsdamer Schwurgericht im Totschlagsprozeß Behrend den Angeklagten Paul Böhme wegen schweren Diebstahls im Rückfalle und Totschlags an dem Grenadier Behrend zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und den Angeklagten Paul Grahl unter Freisprechung im übrigen wegen schweren Diebstahls im Rückfalle zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Gegen beide Angeklagte wurde auf Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt.

Es war in den letzten Monaten vor Kriegsschluß, als Böhme und Grahl, die in einem Kriegsbetrieb arbeiteten, in der Zeit der Lebensmittelnot auszogen, um im Gehöft eines kleinen Landwirtes Hühner zu stehlen. Sie wurden überrascht, und auf der Flucht griff Böhme zum Messer, um sich der Verfolgung durch den Sohn des Besitzers, den jungen Grenadier Behrend, der sich gerade auf Urlaub bei seinen Eltern befand, zu erwehren. Behrend wurde so unglücklich getroffen, daß er starb.

Durch einen Zufall wurden die beiden Täter Böhme und Grahl erst jetzt, nach 10 Jahren, ermittelt.

Ausbrecher Bernotat wieder verhaftet.

Der vor einigen Tagen auf ungewöhnliche Weise aus dem Zuchthaus in Gollnow ausgebrochene Ein- und Ausbrecherkönig Bernotat konnte am Sonntag in Dresden wieder festgenommen werden. Die Kriminalpolizei war benachrichtigt worden, daß in einer Gartenlaube ein unbekannter Mann übernachte. Tatsächlich fanden die Beamten diesen Mann, der zunächst einen falschen Namen angab und Ausweispapiere nicht vorzeigen konnte. Erst nach längerem Verhör gab er zu, Bernotat aus Ostpreußen zu sein. Der Verbrecher, der noch sechs Jahre Zuchthaus zu verbüßen hat, wurde der Staatsanwaltschaft übergeben.

32] # Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Vring.

Copyright 1927 by J. M. Spaeth Verlag, Berlin.

„Schreib mit, Suhren, unvergeßliche Worte sind das!" ruft Albering. „Oder tritt ihm wenigstens vor den Bauch!"

„. . . wo der Oelbaum grünt, da strecken wir unsere Glieder. Moskitos werden im Kunsthonig kleben . . ."

„Bravo!" nickt Hahn, der Moskitos vielleicht für ein Land hält.

„. . . sag Eisen, roter Liebling, werden nicht heute abend noch Moskitonetze empfangen werden? — Sprachst du nicht soeben von scharlachroten Moskitonetzen? — Sprich dich aus, Holder!"

Der Holde aber, dessen Sprechmotor schon mehrmals vergebens angesprungen ist, schnurrt los: „Halt den Babbel, mit deinem Mist! Habe nur das eine gehört, weiß es sogar bestimmt, weil ich es selber in eigenen Händen hatte — Hahn, lang mir mal mein Kochgeschirr her — danke."

„Na, sag's!" rufen mehrere Stimmen.

„Danke, lieber Hahn — ohne das Kochgeschirr ist doch ein alter Soldat einfach — einfach —"

„Aufgeschmissen," ergänzt Klees, „aber sag uns rasch, was du weißt. Du warst soeben auf der Poststube — nicht wahr? Ich sah dich zurückkommen."

„Auch das, Kameraden," lächelt Eisen so geschmeichelt, daß man es sogar gegen das Licht des Bodenfensters sieht, „unter anderem auch das — nehmen Sie gefälligst Ihre Quanten von meinem Mantel, Herr Pfeiffer — danke — also —"

Er sieht sich schweigend im Kreise um. Man hört das Stroh rascheln. Dann flüstert er: „Es gibt in der Kantine Kunsthonig."

Gewiß — als Bestätigung zeigt er vier würfelförmige Packungen, die er bereits seinem Tornister eingefügt hat.

Sofort endigt unsere Unterhaltung, denn alle, die noch Geld haben, brechen fluchtartig zur Kantine auf.

*

Der Bodenraum ist im Nu fast leer. Klees deckelt seufzend seine Mütze auf und geht. Hahn bleibt sitzen, weil er es nicht nötig hat, Kunsthonig zu essen. Albering macht sich fertig, und ich sage: „Zwei Pakete will ich mir auch kaufen."

„Sechs," entgegnet mein Freund, „nicht unter sechs. Hast du Kunsthonig, so bist du fein raus. Du verzuckerst dir dein Leben — komm!"

Pabst, der, seine Hosenträger zuknöpfend, uns auf der Straße überholt, ruft fröhlich: „Lauft, Kinder, lauft! Wenn ich von Kunsthonig höre, nehme ich die Beine in die Hand!"

So gelangen wir mit beschleunigten Schritten zur Kantine — leider zu spät, der Kunsthonig ist ausverkauft.

„Verdammt!" flucht mein Kamerad, „verdammt noch einmal! Bis Tibor ohne Kunsthonig — verdammt!"

Ich sage: „Siehst du die Leute in den weißen Litewken? Sie tragen ganze Stapel von Kunsthonig über den Platz — vielleicht wenden wir uns an einen von ihnen?"

„Trockenes Brot bis zum Tibor, das ist so gut wie sicher, verdammt! Du blinder Laie, nein, laß bloß die Kerle laufen, sind Etappenschweine, geben uns bestimmt nichts. Sieh bloß den einen, der hat das reine Kriegerdenkmal auf dem Arm, der wird den süßen Honig fingerdick schmieren. Wie er wackelt! Vielleicht ist er etwas besoffen. Komm, wir wollen ihn in den Hintern treten."

Er macht ein paar Schritte hinter dem sauberen Litewkensoldaten drein — er ist toll. Jetzt dreht sich jener balancierend um, zeigt ein grämliches Bedientengesicht, welches mit Mehl und Schweißfäden bedeckt ist, und meint: „Ihr kommt bald an die Front, Kameraden, da werdet ihr es gut haben. Wir von der Feldbäckerei sind sämtlich Familienväter, und ihr jungen Leute habt dann alle Tage Frontverpflegung, vergeßt das nicht!" Er nickt wie ein studierter Gorilla und setzt sich vorsichtig wieder in Bewegung. Albering spuckt böse aus. Wir gehen im Schatten an den Häusern entlang.

*

Hier ist die freie Ebene den Hügel hinan und droben die Lindengruppe, zu der wir hinaufstreben. Es ist selbstverständlich daß wir noch einmal den Calvarienberg ersteigen müssen. Winzige Samen von Unkraut an der Uniform, gelangen wir zur Kapelle, wo ein starker Luftzug weht, der die Linden aufrauschen macht und die Gräser in Wellen überläuft, daß sie wie grünes Silber den Hügel hinunterspringen, bald links, bald rechts, immer im lustigen Zickzack, und auch die Unkrautäcker schlagen auf und nieder.

Wir setzen uns ins Gras unter den Gekreuzigten und sehen den Aufruhr des beglänzten Tales — in der Ferne Nußbäume, deren dunkle Laubmassen ineinander verwühlt sind, dahinter, nach der Bahnstrecke zu, viele Pappeln, die die Zwischenräume ihrer steilen Aeste lüften. Der Wind macht uns wieder fröhlich, und wir vergessen den Kunsthonig.

„Wie komisch," sagt mein Kamerad, „daß wir nun so schnell über alle Berge gehen! Ich dachte schon, daß wir uns für immer mit dem da oben anfreunden müßten."

Er blickt, den Kopf im Gras, hinauf nach dem Gekreuzigten, um dessen Holzleib die langen Zweige sich bewegen, und fügt hinzu: „Es ist ganz lustig, hier zu strafexerzieren, man wird sich über so vieles klar — wie schön es hier ist!"

Von der Straße ertönt der scharfe Trab zweier Pferde.

Dann verklingen die Hufschläge, sie gehen uns nichts an. Sie tanzen noch in den Wipfeln, aber nun ist es schon der Wind, der Blätter zum Schwirren bringt.

Ich sage: „Auf, Kamerad!" und wir gehen durch die Felder heim. Unterwegs pflücken wir roten Klatschmohn, Zynnen und lange Margueriten — Sternblumen vom Calvarienberg. Es ist doch ein schwerer Abschied. Vorwärts!

Die Blumen geben wir dem Schreiber Oskar, der die Nase hineinsteckt. Er soll sie dem Feldwebel ins Zimmer stellen. Der Bloiboom ist krank, er hat seine Abendbesuche beim Scherenfernrohr zu lange ausgedehnt. Aber wir lieben ihn, und seinen blauen Augen muß allezeit ein Grund gegeben werden, fidel zu blinzeln.

Das ist der Schluß vom Calvarienberg.

*

Danach beginnt das Gewehrreinigen.

Die Korporalschaft Tielbürger sitzt wie immer mitten auf dem Hof der Müllerei im Schatten eines kleinen Daches auf einer Dreschmaschine. Einige kauern oben auf dem alten Gerät, andere auf den Balken des Holzgestells.

Eine halbe Stunde lang wird schweigend auseinandergenommen, gewischt, wieder zusammengesetzt. Alle wünschen, daß Tielbürger den Mund auftun soll. Dieser aber scheint es nicht zu bemerken, sein wie aus Holz geschnitztes Schreinergesellengesicht ist gespannt aufs Gewehr gerichtet, das er dreht und wendet, als drehe und wende er daheim ein Stück edles Holz in seinen riesigen Händen. Das Gewehr wirkt in diesen Händen wie ein Spielzeug. Jetzt nimmt er den Wischstrick zur Hand, taucht seinen Mittelfinger in die Fettdose und bestreicht den Wergpfropfen.

Laß ihn nur machen. Seine Stunde ist noch nicht gekommen.

Die meisten Soldaten sind nun fertig mit dem Reinigen. Sie zischen mit den Visieren. Es ist ein schönes Spielzeug — wenn man nichts mehr zu tun hat, wird mit dem Visier gezischt.

(Fortsetzung folgt.)

Wie gehetzt wird!

Die Wohnungsfürsorgegesellschaft wehrt sich.

Gegen die jetzige Stadtverwaltung Berlins, in der die Sozialdemokratie mehr als vor dem Kriege zur Geltung kommt, aber leider keineswegs die Entscheidung hat, sind ihren Feinden alle Mittel der Verhetzung recht. Auch Körperschaften, die zur Stadtverwaltung in Beziehung stehen, so daß auch auf sie die Sozialdemokratie einigen Einfluß ausüben kann, sind dieser Hetze ausgesetzt. Wie wenig genau es die Hetzer dabei nehmen, lehrt eine Abwehr, mit der die Wohnungsfürsorgegesellschaft sich durch das Nachrichtenamt der Stadt Berlin an die Oeffentlichkeit wendet.

Mit der Ueberschrift „Zwei Millionen Berliner Hauszinssteuermittel verloren?" wurde, schreibt die Wohnungsfürsorgegesellschaft, von Zeitungen über einen Stadtverordnetenausschuß berichtet, der zur Prüfung der Sicherheit ausgegebener Hauszinssteuerhypotheken eingesetzt ist. In diesen Berichten sind Ziffernangaben enthalten, die in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. 40 Hauszinssteuerbauten seien, wird da gesagt, zur Zwangsversteigerung gekommen. Dawohl, in den 4½ Jahren ihrer Arbeit hat die Wohnungsfürsorgegesellschaft aus Hauszinssteuer 85 000 Wohnungen finanziert — und 40 (vierzig) Versteigerungsanträge sind gestellt worden. Nur in 18 dieser 40 Fälle ist es wirklich zur Versteigerung gekommen (darunter sind 8 Fälle von Einzelsiedlern), und in allen anderen Fällen konnten die Bauherren durch Verständigung mit ihren Gläubigern die Versteigerung vermeiden. Zwei Millionen Hauszinssteuer sollen durch Ausfall von Hypotheken verloren gegangen sein? Nein, nur fünf von den achtzehn Versteigerungen haben Verluste gebracht, zusammen 282 350 M., knapp ein Siebentel von zwei Millionen Mark. Die Deutsche Gartenstadtgesellschaft soll von der Wohnungsfürsorgegesellschaft, wird behauptet, vier Millionen Mark Hauszinssteuerhypotheken erhalten haben, wovon zu Sanierungszwecken 1 860 000 M. verloren gegangen seien. Nein, 1 860 000 M. ist der Gesamtbetrag, der ihr für drei Bauvorhaben gegeben wurde — und der ist nicht verloren, sondern grundbuchlich voll gesichert. Richtig ist, daß die Gartenstadtgesellschaft in Schwierigkeiten geraten war. Der Zusammenbruch zweier bauausführenden Firmen verursachte ihr Mehrausgaben. Ein Streit um geleistete Mieterzuschüsse führte zu Verweigerungen der Mietezahlung und endete durch Verständigung mit Zurückzahlung von 280 000 M. Mieterzuschüssen. Bauliche Nachbesserungen erforderten 70 000 M. Die Wohnungsfürsorgegesellschaft streckte daher 350 000 M. vor. Dieser Betrag wurde ebenfalls als Hypothek eingetragen und wird verzinst und allmählich getilgt. Außer dem oben erwähnten Verlust von 282 350 M. aus fünf Versteigerungen hat die Wohnungsfürsorgegesellschaft, obwohl sie bisher im ganzen 480 Millionen Mark Hauszinssteuermittel verteilt hat, keine weiteren Verluste erlitten.

Das ist der tatsächliche Sachverhalt. Die betreffenden Zeitungen hätten, sagt die Wohnungsfürsorgegesellschaft in ihrer Abwehr, sich vorher unterrichten und falsche Angaben vermeiden können, die das Ansehen der Stadt und ihrer Wohnungsfürsorgegesellschaft schädigen. Ja, so wird gehetzt!

In denselben Artikeln wird auch über die „Gehag" hergezogen. So wird kritisiert, daß diese Gesellschaft nur 500 000 M. Eigenkapital hat, aber für 60 Millionen Mark Bauten ausgeführt und in Bau hat. Auch hier wieder sind die Dinge völlig entstellt; die „Gehag" hat nicht für eigene Rechnung, sondern zumeist im Auftrage von Siedlungsgesellschaften und für einzelne Bezirksämter gebaut.

Domelas Verhaftung.

Neue Betrügereien in Groß-Berlin.

Harry Domela, der einige Zeit mit Erfolg als „Prinz Wilhelm" bei den Dummen, die nicht alle werden, hochstapelte, ist von neuem das Opfer seiner Leidenschaften geworden. Wir berichteten gestern abend, daß er auf Schloß Ebernburg bei Kreuznach verhaftet wurde. Das bestätigt sich und jetzt wird die Ursache dieser Verhaftung offenbar. Domela hatte sich mit seinem Erfolg bei den servilen Geistern in Thüringen und am Neckarstrand nicht begnügt. Er hochstapelte auch nach seiner Verurteilung in kleinen Kreisen lustig weiter. Im Frühjahr und Sommer d. J. suchte sich Domela unter falschen Namen wieder Groß-Berlin als Betätigungsfeld aus. So bezog er in Lichterfelde eine eingerichtete Wohnung und blieb so lange, bis seine Rechnung für Logis und Kost auf 504 M. aufgelaufen war. Dann verschwand er aus dem eleganten Quartier, nachdem er noch dem Dienstmädchen die Ersparnisse abgeborgt hatte. Wie in Lichterfelde, so machte er es gleich darauf im benachbarten Friedenau und dann in zwei Berliner Hotels, in denen er die schönsten Zimmer bezog, ohne über einen Pfennig zu verfügen. Nachdem die Kriminalpolizei erkannt hatte, um wen es sich handelte, war Domela aus Berlin verschwunden, um wieder die Provinz unsicher zu machen. Die Betrogenen hatten unterdessen der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet, und die Ausschreiben der Kriminalpolizei führten jetzt zur Festnahme des Schwindlers auf Schloß Ebernburg bei Kreuznach. Er wurde vorläufig in das Amtsgerichtsgefängnis Obermoschel eingeliefert. Von dort wird er zur Aburteilung wieder nach Berlin gebracht werden.

Konzert im Waisenhaus.

Im Rummelsburger Waisenhaus sorgt man sich um das Weihnachtsfest, denn ein paar hundert Kinder, denen Elternliebe nichts mehr schenken kann, hoffen sehnsüchtig auf eine kleine Weihnachtsfreude. Und auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege wurde der Versuch gemacht, die für den angedeuteten Zweck zur Verfügung stehenden Mittel ein wenig aufzubessern: Direktor Seyer hatte zu einem Konzert eingeladen, dessen gesamter Reinertrag für Weihnachtsgeschenke der Waisenkinder Verwendung finden soll. Eine große Gästeschar, unter der auch des Direktors wackere Helfer mit einer großen Anzahl Kinder vertreten waren, wohnte der Veranstaltung bei, auf welcher der Zuhörerschaft ein ausgewähltes Programm geboten wurde. Umrahmt von den ausgezeichneten Musikdarbietungen des Koslecksche Bläserbundes, vermittelten die Liedervorträge des Opernsängers Karl Schönherr und seiner Gattin, der Opernsängerin Rita Schönherr, einen hohen künstlerischen Genuß. Ein kraftvoller Tenor vereinigte sich mit einer anmutigen Sopranstimme in den vom Publikum mit begeisterten Beifall aufgenommenen Duetten. Aber auch die Einzelvorträge fanden stürmischen Beifall, der sich bei den Kinderliedern — mit Zugaben wurde nicht gespart — zu einem kleinen Freudenorkan steigerte. Ein blonder Waisenfunge, des ehrenvollen Auftrages wegen bis zu den Ohrenspitzen erglühend, überreichte der Sängerin einen wundervollen Blumenstrauß, um so den Künstlern den von Herzen kommenden Dank auszusprechen.

Ein guter Baurat.

Ein Könner auch ohne Diplom und abgestempelter Reife.

Man hat dem Baurat Bauer Unrecht getan. „Falscher Baurat" — las man, und was blieb von all der großen Sensation gestern in der Gerichtsverhandlung übrig? Nicht mehr als zwei vor etwa 14 Jahren gefälschte Urkunden: Reifezeugnis und Diplom, die in der Laufbahn des Baurats gar keine Rolle gespielt haben. Seinen Aufstieg hatte er allein seinen Kenntnissen und seiner Tüchtigkeit zu verdanken. Falscher Baurat! — Der Vorsitzende sprach ihn aber immer wieder als Herr „Baurat" an.

Bauer hatte in Mainz als Externa seine Primareife bestanden, dann in Darmstadt acht Semester an der Technischen Hochschule studiert und eine entsprechende Bescheinigung erhalten. Damals bedurfte man noch nicht unbedingt der Matura, um Diplomingenieur zu werden; es genügte dazu die Einreichung einer großen Arbeit. Das geschah auch. Bauer behauptet, daß Prof. Schmidt, bei dem er arbeitete, ihm gesagt habe, daß die Arbeit als gut erkannt worden sei. Dann war er einige Zeit in München bei Prof. Schmitz beschäftigt, von dort aus ging er nach Opladen und später nach Kiel. Hier wird er im Jahre 1914 wohl die Fälschung der Zeugnisse begangen haben. Bauer sagt nämlich, daß er seinerzeit bei der Einreichung seiner Diplomarbeit auch seine sämtlichen Zeugnisse mitgegeben habe; in Kiel seien auf sein Ersuchen die Zeugnisse aus Darmstadt eingefordert und für ihn Abschriften gemacht worden. Diese Abschriften spielten nun bei all seinen späteren Bewerbungen eine gewisse Rolle. Nachdem er eine Zeitlang in Oberstein-Idach als Stadtbaumeister gearbeitet hatte, bewarb er sich im Jahre 1915 um eine Betriebsinspektorstelle in Berlin. Der Krieg kam dazwischen; im Jahre 1918 bewarb er sich zum zweitenmal und erhielt die Stelle auch tatsächlich im Bezirksamt Lichtenberg. Er wurde Beamter und später Magistratsbaurat. Daß für die Stellung Diplomingenieure mit mehrjähriger Tiefbaupraxis verlangt wurden, hinderte ihn nicht, sich um die Stellung zu bewerben; es gibt eine Anzahl Bauräte und Oberbauräte, die auch nur Mittelschulbildung haben, sagt Bauer. Im Jahre 1924 wurde er abgebaut und war von jetzt an selbständig als Zivilingenieur tätig. In dieser Eigenschaft übernahm er die Vorarbeiten für die Kanalisation Bernaus und später die Ausführung der Wasserleitung und der Kanalisation für Beelitz. Hier ereilte ihn sein Schicksal. Die Konkurrenzfirma Prinz u. Baupel teilte dem Magistrat mit, daß er beim Ankauf der Maschinen und der Wasserrohre übervorteilt sei. Gleichzeitig tauchte die Behauptung auf, daß Bauer überhaupt kein Diplomingenieur sei. Die Untersuchung der Richtigkeit der Behauptungen der Firma Prinz u. Baupel verlief negativ. Die eingeforderten Originalzeugnisse Bauers ergaben aber, daß die vorgelegten Zeugnisse mit jenen nicht übereinstimmten. In dem Schulzeugnis stand statt „Primareife" einfach Reife.

Das Gericht sprach den Angeklagten frei. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus: Wegen Urkundenfälschung kann der Angeklagte im Augenblick nicht verurteilt werden; die Tat ist verjährt, desgleichen die intellektuelle Urkundenfälschung. Der Gebrauch der Abschriften in späteren Zeitpunkten kann ihm nicht zur Last gelegt werden, da es sich hierbei um beglaubigte Abschriften handelte. Verjährt ist auch der Betrugsversuch am Berliner Magistrat. Wenn der Angeklagte damals noch nicht über große Erfahrungen verfügte, so besaß er bereits bei Ausführung der Arbeiten in Bernau vorzügliche Referenzen. Von einem Betrugsversuch kann somit keine Rede sein, er wurde allen Anforderungen gerecht. Der Vertrag mit dem Magistrat Beelitz war überhaupt nicht auf Grund der Zeugnisse, sondern auf Grund hervorragender Referenzen geschlossen worden.

Die Armen als Opfer.

Ein gemeiner Schwindler.

Gerade die weniger begüterten Leute, Arbeiter, Angestellte und kleine Landwirte sind es, auf die es ein Schwindler abgesehen hat, der unter dem Namen Emil Plätrich auftritt und zuletzt in Berlin SO. 36, Oppelner Straße 3, gewohnt haben soll.

Der Schwindler bedient sich des Namens der Firma für Sport- und Berufskleidung Koltermann, Berlin O. 27, Dircksenstraße, um Modellmäntel und Paletots für Damen und Herren zu fabelhaft billigen Preisen auf Ratenabzahlung zu „verkaufen". Freilich müssen die Auftraggeber dem Plätrich fünf bis zwanzig Reichsmark Anzahlung leisten. Bei der Firma ist der Schwindler vollkommen unbekannt. Irgendwelche Ausweise kann er sich nur auf betrügerische Weise verschafft haben. Etwa im Februar arbeitete er in Thüringen und erhielt dort Tausende von Aufträgen. Im Juni war Plätrich in der Gegend von Angermünde, Stettin, Küstrin und Landsberg a. d. W. tätig. Dann wandte er sich nach Brandenburg a. d. Havel und dem Bezirk Potsdam. In den letzten Wochen ist er in Berlin aufgetaucht, um besonders im Norden und in Moabit seine Schwindeleien auszuführen.

Die Firma hat bereits vor längerer Zeit bei der Berliner Staatsanwaltschaft beim Landgericht I Anzeige erstattet. Hoffentlich gelingt es, den gemeingefährlichen Schwindler bald zu fassen und den Gerichten zuzuführen.

Funkwinkel.

Schon der Sonntag steht im Zeichen Franz Schuberts. Aus Köln wird die Uraufführung des Singspiels „Die Freunde von Salamanca" übertragen, das Schubert als Neunzehnjähriger komponierte. Die Handlung ist stark zusammengedrängt, da die Sprechtexte fortfallen und nur ein kurzes Referat über die verbindenden Szenen gehalten wird. Das Ganze trägt dadurch eher den Charakter eines Liederzyklus', als den einer Spieloper. Hier ist diese Gestaltung zu begrüßen, weil die Handlung, die einer richtigen Intrigenkomödie, nicht bedeutend, dazu ziemlich kompliziert ist und ohne Bühnenbild kaum klar erfaßt werden kann. Musikalisch bringt das Singspiel Arietten in Liedform von einer Fülle blühender Melodik, aber noch in der alten Gestalt der Schäferspiele gehalten. Selbst das letzte, große Finale wirkt wie ein schöner, einfacher Chorgesang. Die Uebertragung verläuft ohne jede akustische Störung. Die Aufführung unter Leitung Otto Julius Kühns ist leicht und beschwingt, aber man sollte den schweren Heldentenor eines Josef Schömmer nicht für Schuberts hier spielerische Eleganz auswerten. Vormittags die Uebertragung der Schubert-Feier der Stadt Berlin aus dem Großen Schauspielhaus, die darunter leidet, daß die Chöre diesmal etwas verschwommen herauskommen, die Tonstärke schwankt zu sehr. Ferner ist zu bedauern, daß Prof. Dr. Friedländer nicht den Vortrag über Schubert halten konnte. Immerhin, das Programm ist gut zusammengestellt. Sonst bleibt erwähnenswert die Schallplattenübertragung am Nachmittag, die ausgezeichnete reproduzierte Vorträge berühmter Geiger zu Gehör bringt.

Das Montagprogramm bringt die Schubert-Feier der Berliner Funkstunde. Am Vormittag singt der Bariton Gerhard Jekelius einige der bekanntesten Lieder. Hin und wieder stören Schwierigkeiten bei der Atemführung und die sehr dicke Tongebung. Aber trotzdem fesselt der Sänger durch die Fähigkeit, ein Lied künstlerisch zu gestalten. Ueber diese Fähigkeit verfügt allerdings in viel größerem Maße die Sopranistin Lotte Leonhard, die am Abend ihre ganze hohe Gesangskultur entfaltet. Dann der Pianist Joseph Schwarz, der mit seiner brillanten Technik, mit seinem männlichen und dabei doch silbern klingenden Anschlag sowie dem beherrschten Ausdruck kleinere Kompositionen spielt, wobei er weit entfernt ist von jeder verniedlichenden Vortragsweise. Ganz groß die Wiedergabe in Es-Dur durch die Vereinigung Prof. Georg Schumanns. Das Stabat mater zeigt Chor und Orchester der Funkstunde unter Rüdels Leitung auf künstlerischer Höhe, und auch Seidler-Winkler leistet sein Bestes in der C-Moll-Sinfonie, während ihm die „Deutschen Tänze" langweilig geraten. Prof. Dr. Max Friedländer spricht über Schubert als das kämpfende Genie, das spätere Zeiten auf trauliche Gartenlaube zu stilisieren versuchten. Anerkennenswert die Leistung der Funkstunde und das Bestreben, ihren Hörern während dieser beiden Tage ein Gesamtbild von den verschiedenen Schaffenszweigen Schuberts zu vermitteln. In der Novellenstunde liest Hansjürgen Wille drei Skizzen pinchologische Studien in Pastellfarben von leiser melancholischer Haltung und sicherer Menschenzeichnung.

F. S.

Selbstverwaltung in der Republik.

Oberbürgermeister Böß klagt über Einengung.

In der Verwaltungsakademie Berlin sprach Oberbürgermeister Böß über „Selbstverwaltung in der Republik". Er stellte an die Spitze seiner Ausführungen das Wort des Freiherrn vom Stein: „Niemand kann zur Freiheit reifen, der nicht vorher in Freiheit gesetzt worden ist." Mehr Freiheit forderte er für die Gemeinden, Befreiung von der Bevormundung durch Staaten und Reich.

Daß in Deutschland die Selbstverwaltung jetzt in einer Krise ist, brauche man nicht der Republik zur Last zu legen. Selbstverwaltung und Republik seien ja miteinander verwandt, und das Urbild der republikanischen Staatsform habe man in den alten Gemeindeverfassungen. Fürstlicher Absolutismus vernichtete diese, Steins Reform stellte sie zum Teil wieder her. Bedroht wird, klagte Böß, die Selbstverwaltung der Gemeinden durch ihre Finanznot, durch die Gleichgültigkeit der Bürgerschaft, durch die Allmacht gesetzgebender Parlamente, bedroht auch durch das Verlangen von Berufsgruppen (z. B. Industrie- und Handelskammer), über Fragen und Aufgaben der Gemeindeverwaltung angehört zu werden und entscheiden zu dürfen. Die Gemeinden spüren es, wie unfreundlich die private Wirtschaft gegen die öffentliche Wirtschaft steht, die immer mehr Arbeitsgebiete an sich genommen hat. Nicht verdrängen wolle man die private Wirtschaft durch die öffentliche, sondern ein Zusammenarbeiten beider werde angestrebt. Was die Selbstverwaltung an Einrichtungen zum Wohl der Bevölkerung schafft, komme doch auch der privaten Wirtschaft zugute. Leider werde aber die Arbeit der Gemeinden durch Reich und Staaten gehemmt. Die Gemeinden fordern daher einen organischen Zusammenhang zwischen dem Reich und kommunaler Selbstverwaltung, eine kommunale Abteilung beim Reichsministerium des Innern, eine starke Vertretung im Reichswirtschaftsrat, einen kommunalpolitischen Ausschuß des Reichstags. Jetzt stößt die kommunale Selbstverwaltung fast bei jedem Schritt auf übergeordnete Macht bureaukratischer Obrigkeit. Bei der neuzeitlichen Zusammenballung der Bevölkerung in Großstädten muß das alte Kleid „Städteordnung" als zu eng empfunden werden.

Böß erklärte für notwendig zum Schutz der Selbstverwaltung, einen gerechten Finanzausgleich und gerechte Lastenverteilung zu schaffen. Dem Staat wies er die Pflicht zu, aus eigenen Mitteln schwachen Gemeinden zu helfen, statt aus Mitteln, die anderen Gemeinden weggenommen werden. Er forderte für die Gemeinden das frühere Recht der Zuschläge zur Einkommensteuer, schwieg aber darüber, ob er das jetzt von der Reichseinkommensteuer freigelassene Existenzminimum mitbesteuert wünscht. In der Gleichgültigkeit gegen die Gefährdung der Selbstverwaltung sieht er für sie die größte Gefahr. Die freie Selbstverwaltung sei unentbehrlich zum Wiederaufbau Deutschlands.

Fordern Sie ausdrücklich
MAGGI's Fleischbrühwürfel
MAGGI's Fleischbrühe 4 Pfg.
Achten Sie auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung

Deutschland und die Mächte

Außenpolitische Debatte im Reichstag.

Der Reichstag begann die Montagsitzung bei nicht allzu starker Beteiligung der Mitglieder.

Abg. Dr. **Frick** (Nat.-Soz.) erklärt, daß seine Partei nach Ablehnung der KPD.-Anträge durch die Mehrheit für die Ausschußbeschlüsse zur Ausgesperrtenhilfe gestimmt habe.

Präsident Löbe: Wir kommen zur Entgegennahme der Regierungserklärung über die Außenpolitik. Es gereicht mir zur besonderen Freude, dem nach langer Krankheit zurückgekehrten Außenminister das Wort erteilen zu können. (Beifall.)

Reichsaußenminister Dr. **Stresemann** ergreift zu längeren Ausführungen das Wort, über die wir im Hauptblatt berichten.

Abg. Graf Westarp (Dnat.):

Die Friedensoffensive des Außenministers ist gescheitert, seine Politik ohne Erfolg und wir müssen uns nach einer neuen umsehen. Ein mit Frankreich im Militärbündnis stehendes England könnte für uns kein Bürge der Westgrenze sein. England hat erklärt, ein solches Bündnis bestehe nicht mehr, aber England ist auch 1914 ohne formalrechtliche Bindung in den Krieg eingetreten und es lehnt heute ab, den sonst anerkannten Standpunkt auch in Genf zu vertreten, daß Militärbündnis und Locarno miteinander unverträglich sind. Frankreich rüstet ungeheuerlich aus dem deutschen Reparationsgeld und das „unparteiische" England sieht untätig zu. Genf hat Klarheit gebracht auch nach der Richtung, daß eine Linkspolitik von den Alliierten nicht mehr erlangt als eine Rechtspolitik. Man hat die Räumung mit der Reparation verquickt. Unerhört ist der Zustand im besetzten Gebiet, noch immer stehen 67 000 Mann fremde Truppen auf deutschem Boden. Abg. Breitscheid hat nach seiner eigenen Mitteilung im „Vorwärts" in Genf Verhandlungen über das Phantom der Bilateralität geführt und Abg. Bernhard als Begleiter der Delegation und Vertreter einer der Regierungsparteien gleichfalls in Genf Verhandlungen über die Auslegung des Locarno-Vertrags u. a. m. Diese Verhandlungen von Vertretern der Regierungsparteien sind eine schwere Beeinträchtigung der Delegationsarbeit und wir protestieren dagegen auf das entschiedenste. (Beifall rechts.) Wenn Amerika sich an den Reparationsverhandlungen nicht von vornherein beteiligt, hat Deutschland auch kein Interesse daran. Wir glauben nicht an eine wirklich unabhängige Sachverständigenkonferenz. Frankreich will eine deutsche Endsumme gleich der französischen Schuld an Amerika plus 500 Millionen. Das muß Deutschland unbedingt ablehnen. Auch scheint man anzunehmen, daß Amerika später einmal seine Ansprüche ermäßigen und England und Frankreich dann die deutsche Schuld herabsetzen würden. Mit solchen Erwartungen sind wir oft genug hereingefallen, davor ist entschieden zu warnen. Die Aufzeichnung der Schädigungen Deutschlands durch die alliierte Kriegführung würde beweisen, daß es sich bei der deutschen Schuld, soweit sie zu Recht besteht, nur um Schadenersatz an Zivilpersonen im Kriegsgebiet handelt. Diese Aufrechnung muß bei den Verhandlungen das erste sein und nicht eine Verquickung mit den Alliertenschulden an Amerika, womit man uns nur zwingen will, 62 Jahre lang zu zahlen. Die Sachverständigen müssen Deutschlands Wirtschaftsfrage prüfen und zwei trügerische Scheingebilde zerstören: das Wiederaufblühen der deutschen Wirtschaft, die sich vielmehr verblutet an der Reparation und das normale Funktionieren des Dawes-Plans. **Hören die Auslandsanleihen einmal auf, und wird nicht rechtzeitig der Transfer eingestellt, so bricht unsere Währung zusammen.** (Sehr richtig! rechts) Das aber würde Verzweiflung des Volkes, Aufhören aller Reparationen, eine Katastrophe nicht nur für Deutschland bedeuten. Davor wollen wir Deutschland bewahren und darum wünschen wir eine Regierung, die auf solche Forderungen ein unbeugsames deutsches Nein! hat. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Kaas (Ztr.):

Nach der Panzerkreuzersonate des Kollegen Wels (Heiterkeit) legt man nicht mehr einen so strengen Maßstab an die Begriffe „Regierungspartei" und „Opposition". (Heiterkeit.) Dadurch ist es wohl zu erklären, daß der Vertreter der größten Oppositionspartei so maßvoll gesprochen hat. Wir wollen die unleugbaren Mißerfolge und die Stagnation der deutschen Außenpolitik in der letzten Zeit nicht in Erfolge umzudeuten versuchen. Die jetzige Debatte soll die Aktivität der Reichsregierung stärken, damit sie in den kommenden Wochen und Monaten die Voraussetzungen für einen achtbaren Erfolg bei den Reparationsverhandlungen schaffen kann. Wir haben bisher der Politik Dr. Stresemanns mit unbedingter Sachlichkeit gegenübergestanden und bleiben dabei. Ich weiß nicht, ob es Sensationslust war, die einen gewissen Gegensatz zwischen uns und Dr. Stresemann konstruieren wollte. (Zurufe: die „Germania"!) In allen Parteien wird den Journalisten ein gewisses Mindestmaß von Denk- und Meinungsfreiheit gewährt, unter das meine Partei nicht herunterzugehen wünscht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wir identifizieren uns nicht mit diesen Ausführungen der „Germania". Ich bedaure, daß daraus der Eindruck entstehen konnte, als ob wir in dem Augenblick, wo wir den Außenminister in erfreulicher Frische wieder vor uns sehen, die Frage seiner Vertretung aufwerfen wollten. (Zuruf: „Schreiber!") Die Kritik meines Freundes Schreiber an der Zusammensetzung des Auswärtigen Amtes war nicht sensationell. Wir wollen allerdings, daß das Auswärtige Amt nicht ein Staat im Staate wie der Berg Athos sei und den tüchtigen Kräften aus dem Volke verschlossen bleibe. (Abg. Höllein [Komm.]: Nachtigall, ick hör dir trapsen!) Sie haben wenig Aussicht, Kulturattaché zu werden. (Heiterkeit.) Die Genfer Verhandlungen haben diesmal viele Mißstimmung geschaffen; wir begrüßen, daß Reichskanzler Müller mit seiner deutlichen Vertretung der Ansprüche Deutschlands den Anstoß dazu gegeben hat, daß an die Stelle der unwahrhaftigen Courtoisiesprüche die offene Aussprache in der öffentlichen Vollversammlung getreten ist.

Für die Reparationsverhandlungen muß es der Grundsatz der Regierung sein, zu weitgehenden Forderungen ein Nein entgegenzusetzen und einer Verquickung der Reparationsfrage mit der Räumung entgegenzutreten. Die Reparation kann nur innerhalb der Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes geleistet werden, die nicht die Hungerfähigkeit ist. (Lebhafte Zustimmung.) Das Wort Dr. Wirths „Erst Brot, dann Reparationen" war sehr berechtigt; erst muß das deutsche Volk anständig leben können, dann erst kann es Reparationen leisten.

Die Zustände im besetzten Gebiet sind sehr schlimm, wenn z. B. ein junger Mann bestraft wird, weil er die verschlissene Soldatenkappe seines Vaters getragen oder ein anderer, weil er auf einem Maskenfest in der Einjährigenuniform erschienen ist, die sein Vater vor 20 Jahren getragen hat. Ganz abgesehen von den ungeheuren finanziellen Lasten, von der Wegnahme so vieler Wohnungen usw. Außerdem Rheinland und Helgoland als entmilitarisierte Zonen hat man Deutschland noch mit einer großen Anzahl entfestigter Zonen an den übrigen Grenzen umgeben. Hätte man in Versailles vorausgesehen, daß Deutschland wenige Jahre später eine allgemein anerkannte Friedensmacht sein wird, die sich um Verständigung der Völker und Staaten bemüht, dann hätte man wohl diese sinnlose und der Völkerverständigung schädliche Rheinlandbesetzung auf 15 Jahre nicht diktiert! Der Redner bittet die Reichsregierung noch, sich mit aller Kraft auch des Saargebietes anzunehmen, dessen Nöte er schildert. Er schließt mit der Wiederholung seiner Aufforderung, unerträglichen Forderungen bei den kommenden Verhandlungen ein klares Nein entgegenzusetzen, das besser sei als ein falsches Ja. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Dernburg (Dem.):

Wir halten an der Locarnopolitik fest. Die Abrüstung hat in Genf bis jetzt äußerst geringe Fortschritte gemacht. Die Schuld daran liegt auch an der britischen Delegation. Ein Abrüstungsvorschlag, der auf dem Vorhandensein von ausgebildeten Reservisten beruht, kommt für Deutschland gar nicht in Frage. Abg. Bernhard hat in Genf keinerlei Unterredungen mit Angehörigen anderer Delegationen geführt, ohne die Zustimmung des Reichskanzlers oder des Staatssekretärs v. Schubert dazu eingeholt zu haben. Diese Tatsache ist bereits im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages festgestellt worden, nichtsdestoweniger bringt Graf Westarp sie in polemischer Weise wieder im Plenum vor. Eine solche persönliche Kampfesweise richtet sich von selbst. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Dr. Bredt (Wp.):

Bei den Mißerfolgen unserer Außenpolitik und der schweren Enttäuschung von der vorigen Völkerbundstagung darf man doch auch das Positive nicht verkennen, das durch die Verständigungspolitik und den Völkerbund schon erreicht worden ist. Die Frage steht gar nicht mehr so, Verständigungs- oder Gewaltpolitik, denn von der letzteren kann gar keine Rede sein. Wollen wir in der Außenpolitik etwas erreichen, so können wir das nur, wenn alle Parteien in dieser Hinsicht eine geschlossene Einheitsfront bilden. Statt dessen hält der Redner der Deutschnationalen eine donnernde Oppositionsrede gegen die Außenpolitik Dr. Stresemanns, die sie seinerseits als Regierungspartei mitgemacht haben. Und aus der stärksten Regierungspartei haben wir in der Panzerkreuzerdebatte eine scharfe Oppositionsrede gehört. Wir werden die Verständigungspolitik weiterführen, solange es nur möglich ist und uns bemühen, die Einheitsfront für die Außenpolitik herzustellen.

Um 6¾ Uhr abends vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag vormittag 11 Uhr.

Minderheitenknechtung.

Auch in Südslawien.

Belgrad, 19. November.

In Neusatz (Vojvodina, ehemals Ungarn) tagte die Versammlung der Landesvertrauensmänner der Partei der Deutschen Südslawiens, zu der über 600 Delegierte erschienen waren. Abg. Dr. Krafft gab ein Bild der traurigen Lage der deutschen Minderheit. In der Entschließung heißt es u. a.: Die 10. Jahreswende unserer Zugehörigkeit zum jugoslawischen Staat findet die deutsche Minderheit in tiefer Besorgnis und Erregung. Die neuen Schulgesetzvorlagen versperren in

völliger Mißachtung der elementarsten Rechte der Minderheiten

auch den Weg der Selbsthilfe, die nach allen Zerstörungen deutscher Kulturwerte und Kultureinrichtungen allein noch die Hoffnung bestehen ließ, der kulturellen Verarmung der deutschen Staatsbevölkerung Einhalt zu gebieten. Die staatliche Schulpolitik hat es mit sich gebracht, daß besonders die deutschen, kulturell und wirtschaftlich hochstehenden Bürger Jugoslawiens ohne deutsche Schulen sind, die dieses Namens wert wären, mit einer Lehrerschaft, bei der ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und der deutschen Kultur Ausnahme ist. Viele Tausende deutscher Kinder stehen somit ohne deutschen Unterricht da; sie werden dem deutschen Kulturkreis entfremdet, um ihm bald verlorenzugehen. Eine ganze deutsche Volksgruppe ist ohne eine einzige höhere Schule, ohne Lehrerbildungsanstalt, ohne Priesterseminar,

ohne Recht und Möglichkeit, auch nur einen Kindergarten zu errichten und zu erhalten.

Alle Hoffnungen waren darauf gerichtet, daß dieser durch willkürliche Verordnungen geschaffene rechtlose Zustand durch die gesetzliche Regelung der Schulverhältnisse ein Ende finden werde. Die Schulgesetzvorlage aber bezweckt gerade, den jetzigen Zustand der Entrechtung zu erhalten. Die Versammlung ersucht die Regierung von der parlamentarischen Behandlung der Schulgesetzvorlage Abstand zu nehmen, da diese in offenem Widerspruch zu den garantierten Rechten der Minderheiten steht und ohne Aussprache mit den Vertretern der deutschen Minderheit zustande gekommen ist. Die Versammlung hält an dem Grundsatz der Schulselbstverwaltung fest.

Die staatstreue deutsche Bevölkerung erhebt ihre Stimme vor der ganzen gesitteten Welt

wider die durch zehn Jahre ihr gegenüber getriebene Politik der kulturellen Entrechtung und Verkümmerung. Sie betrachtet es als sittliche Pflicht, als Gebot der Selbstachtung und Selbsterhaltung, die Sorge und die Verantwortung für die Erziehung und Heranbildung ihres Nachwuchses im Geiste der ererbten deutschen Kultur unter staatlicher Aufsicht selbst in die Hand zu nehmen und fordert zu diesem Zwecke freie Bahn für die Betätigung der kulturellen Selbsthilfe und Selbstverwaltung.

Vormarsch im Freistaat Danzig.

Danzig, 19. November. (Eigenbericht.)

Die Neuwahlen der Gemeindevertretungen haben der Sozialdemokratie Erfolge gebracht. Statt bisher in 17 ist jetzt in 32 Gemeinden eine sozialdemokratische Mehrheit zu verzeichnen. Gegenüber 1924 hat die Partei fast überall wesentlichen Stimmengewinn zu verzeichnen, ohne allerdings in allen Orten die bei den vorjährigen Parlamentswahlen erzielte Steigerung zu erreichen.

ZUR AUFKLÄRUNG

Häufig schon wurde unsere Kundenwerbung in Wort und Bild nachgeahmt. Es blieb aber in solchen Fällen immer erkennbar, dass es sich nicht um ein Angebot unserer Firma handelte. Neuerdings erscheinen Ankündigungen für eine Zigarette, die unsere Art wiedergeben möchten, dabei jedoch die Firmenbezeichnung ganz zurücktreten lassen.

Wir geben hiermit bekannt, dass wir nur folgende vier Zigaretten-Marken fabrizieren:

GÜLDENRING 10 Pfg · LÖWENBRÜCK 8 Pfg · RAVENKLAU 6 Pfg · OVERSTOLZ 5 Pfg;

und dass wir keine neue Zigarette in den Verkehr gebracht haben. Ausserdem tragen alle Ankündigungen von HAUS NEUERBURG deutlich und sichtbar die Schutzmarke und den Namenszug unserer Firma.

Wer sich vor Verwechslungen schützen will, möge auf die Wiedergabe jener Kennzeichen ganz besonders achten.

H N HAUS NEUERBURG TRIER CÖLN

KÖLN · HAMBURG · Haus Neuerburg O·H·G · DRESDEN · TRIER

„Subventionitis."

Die deutsche Wirtschaftskrankheit. — Was wird mit der Schichau-Werft?

Wenn die Regierungen in Deutschland wechseln, dann geht immer wieder eine Welle von Subventionswünschen durch das Land. Um Gründe sind die deutschen Unternehmer, die seit Jahren an der Subventionitis leiden, d. h. der Möglichkeit auf Kosten der deutschen Steuerzahler das Panier der „freien Wirtschaft" hochzuhalten, nie verlegen. Bei linksorientierten Regierungen finden sie sozialpolitische, bei rechtsorientierten Regierungen nationalpolitische Gründe. Handelt es sich aber um Werke und Industriezweige, die im deutschen Osten liegen, dann haben links- und rechtsorientierte Regierungen den Subventionssturm aus national- und sozialpolitischen Gründen auszuhalten.

Hinter und vor den Kulissen des Reichstags

sowie der Reichs- und der Preußenregierung wird gegenwärtig um die Subventionierung der bald hundert Jahre alten F. Schichau Schiffswerft, Maschinen- und Lokomotivfabrik, Eisen- und Stahlgießerei in Elbing und Danzig, gekämpft, die spätestens seit 1925 in schweren Geldverlegenheiten ist, die schon einmal unter der Garantie des Reiches Kredite von 10 Millionen — man spricht sogar von 16 Millionen — erhalten hat, und die trotz dieser Subventionskredite heute erklärt, nicht mehr weiter zu können. Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat sich bereits mit den von gewissen Reichsstellen unterstützten Wünschen auf eine neue Subventionierung der Schichau-Werft beschäftigt, und ein Unterausschuß soll jetzt die Frage lösen, ob der Schichau-Werft durch das Reich und durch Preußen ein einmaliger Gesamtkredit von nicht weniger als 25 Millionen gewährt oder garantiert werden soll, und ob außerdem auf eine unabsehbare Reihe von Jahren die Schichau-Werft jährliche Zuschüsse von rund 3,5 Millionen Mark erhalten soll.

Auch hier ist die Begründung einfach. Die Schichau-Gesellschaft — sie ist heute noch eine Privatfirma und sollte unter Beteiligung des Reiches und Preußens in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden — hat ihre Betriebe in Elbing, also in Westpreußen, und im Freistaat Danzig. Die Betriebe, die neben Handelsschiffen und Kriegsschiffen auf auswärtige Rechnung Wasserturbinen, Bagger, Schleppschiffe und Schiffe für die Binnenschiffahrt und außerdem Lokomotiven erzeugen, beschäftigen rund 6000 Mann. Gegenwärtig werden es wohl etwas weniger sein. An diesen 6000 Mann hängen natürlich auch die Familienangehörigen und außerdem ein großer Kreis von Gewerbetreibenden, der von dieser großen Menschengruppe lebt. Erhaltung der Arbeits- und Erwerbsgelegenheit für diese Wirtschaftsgruppen ist der soziale Grund, die Gefahren und die Folgen der Abwanderung beim Einzehen des Betriebes der logisch sich daraus ergebende nationalpolitische Grund.

Der Sozialdemokratischen Partei könnte zuletzt der Vorwurf gemacht werden, daß sie für sozialpolitische Angelegenheiten im allgemeinen und spezielle nationalpolitische Gründe im Osten kein Verständnis hätte. Aber sie hat mit der deutschen Oeffentlichkeit doch die verdammte Pflicht, dem verderblichen

Weiterwuchern der Subventionskrankheit in Deutschland sehr genau auf die Finger zu sehen.

Kredite und Kreditgarantien von 25 Millionen Mark und unabsehbar lange Zuschüsse von jährlich 3,5 Millionen Mark sind bei der heutigen Lage der Reichsfinanzen wahrhaftig keine Kleinigkeit. Das Reich und der Staat Preußen müssen den Banken gegenüber, die die Kredite gewähren, im Falle der Uneintreibbarkeit geradestehen; der Steuerzahler muß blechen. Um diese Tatsache kommt man nicht herum. Die 3,5 Millionen, die jährlich gewährt werden sollen, sind ein gewaltiger Teil der Lohnsumme, die überhaupt an die Belegschaft der Schichau-Werft zu zahlen ist, und wenn dem so ist, dann ist nicht einzusehen, weshalb man nicht sofort den größten Teil der Belegschaft auf Staatskosten ernährt.

Es zeigt sich aber schon heute, daß der Fall der Schichau-Werft, in demselben Augenblick, wo er öffentlich diskutiert wird, die Subventionslüsternheit anderer Gruppen wieder wachgerufen hat.

Die Werften in Nordschleswig, an der dänischen Grenze, fordern ebenfalls Subventionen aus ähnlichen nationalpolitischen Gründen, Hamburger Werften haben den Anspruch angemeldet, daß die subventionierte Schichau-Werft unter keinen Umständen Schiffe bauen darf, die auch in Hamburg gebaut werden, und große Werke der Lokomotivindustrie treten jetzt auch an das Reich heran mit dem Verlangen nach Unterstützung, weil die Schichau-Werft, die ebenfalls Lokomotiven erzeugt, auch unterstützt werden soll. Es wiederholt sich also die alte Erfahrung, daß ausnahmsweise zu gewährende Subventionen wie eine Pest in der Wirtschaft weiterwirken, und daß die wirtschaftlichen Krankheitsherde durch Subventionspolitik vergrößert werden, statt daß man hoffen könnte, durch staatliche Forderung notleidende Betriebe gesund zu machen.

Bei der Schichau-Werft sind aber die Verhältnisse noch ganz besonders dunkel und unübersichtlich.

Obwohl sie bereits weitgehende öffentliche Unterstützung in Anspruch genommen hat, besteht vollständige Unklarheit darüber, wie die öffentlichen Mittel bisher verwendet worden sind. Der Verband der deutschen Turbinenmaschinenindustrie hat vor einiger Zeit in der Oeffentlichkeit festgestellt, daß die Turbinenabteilung der Schichau-Werft in Danzig-Elbing die beträchtlichen öffentlichen Krediterleichterungen dazu verwendet habe, die Preise der nichtsubventionierten Konkurrenz gewaltig zu unterbieten. Da die private Schichau-Gesellschaft nicht öffentlich bilanziert, weiß kein Mensch, wie die finanziellen Verhältnisse der Gesellschaft sind, und eine öffentliche Kontrolle über die Verwendung öffentlicher Gelder ist unmöglich. In Elbing und Danzig kursieren Behauptungen, wonach die gewährten öffentlichen Gelder teilweise in unzulässiger Weise Verwendung gefunden hätten und daß die gegenwärtige Leitung der Schichau-Werft keinerlei Garantien für eine kaufmännisch sorgfältige Führung des Gesamtwerkes biete. Ebenfalls ist der Oeffentlichkeit bisher noch nicht bekannt geworden, daß auf die Schichau-Gesellschaft der bei einem notleidenden industriellen Werk selbstverständliche Druck ausgeübt worden wäre, die durch die ungenügende Beschäftigung entwerteten Anlagen in den Bilanzen entsprechend abzuschreiben und auf diese Weise, bevor weitere öffentliche Hilfe in Anspruch genommen wird, die Garantien für eine wirtschaftliche Verwendung von Staatsmitteln oder von durch den Staat garantierten Krediten sicherzustellen.

Vereinigung, Kontrolle und Umstellung für Schichau.

Bevor von Reichs und Staats wegen irgendeine Entscheidung zugunsten der Schichau-Werft getroffen werden darf, ist deshalb dafür zu sorgen, daß die Finanzverhältnisse der Schichau-Werft untersucht, die betrieblichen und die Bilanzverhältnisse bereinigt werden und die Schichau-Werft kreditfähig gemacht wird. Jede Diskussion darüber, ob die Werft weiterhin zu unterstützen ist, muß solange zurückgestellt werden, bis diese innere Bereinigung erfolgt ist. Darüber hinaus können auch dann schlechterdings Kredite nur unter der Bedingung gewährt werden, daß eine ausreichende Staatskontrolle in der Werft über die zweckmäßige Verwendung der Kredite sorgt und daß endlich jene betriebliche Umstellung vollzogen wird, die den vorhandenen Anlagen und dem investierten Kapital in absehbarer Zeit die Rentabilität sichert.

Erst wenn solche Garantien geschaffen sind, die eventuell auch einen Personenwechsel in der Leitung zur Voraussetzung haben, ist es möglich, den sogenannten nationalpolitischen Gründen bei dieser Unterstützungsaktion Rechnung zu tragen. Im Trüben nationalpolitischer Belange fischen zu wollen, darf den deutschen Unternehmern nicht so leicht gemacht werden, wie sie es wünschen. Sonst gibt es für das heillose Weiterwuchern der Subventionitis, der typischen deutschen Unternehmerkrankheit seit der Inflation, kein Ende.

Oeffentliche Wirtschaft in Berlin.

Vereinigung auch der Berliner Elektrizitäts- und Gaswerke in einer Gesellschaft.

In der vergangenen Woche hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung die Errichtung der Berliner Verkehrs-A.-G. beschlossen. Dieses neue Unternehmen, das den Straßenbahn-, Hochbahn- und Omnibusverkehr technisch und kaufmännisch vereinigen soll, verdankt seine Entstehung hauptsächlich der Tatkraft unseres Genossen Stadtrat Reuter. Ein weiterer Zusammenschluß innerhalb der städtischen Verwaltung, der schon lange reif ist für die Verwirklichung, beginnt jetzt die städtischen Kreise und die Oeffentlichkeit zu interessieren. Ich meine die Vereinigung der Elektrizitäts- und der Gaswerke. In den letzten Tagen ist Genosse Stadtrat Schlichting mit einer kleinen Denkschrift hervorgetreten, die Vorschläge enthält über die Zusammenlegung dieser beiden großen kommunalen Unternehmungen. Genosse Schlichting ist Vorsitzender der Wirtschaftskommission des Aufsichtsrates der Städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. Bekanntlich wurden Ende 1923, also vor jetzt fast fünf Jahren, diese städtischen Werke in die Form der kommunalen Aktiengesellschaft übergeführt. Es ist das nicht eine Vergesellschaftung im privatwirtschaftlichen Sinne des Wortes, wie von den Gegnern öffentlicher Betriebe gern behauptet wird, sondern es handelt sich um rein städtische Aktiengesellschaften. Die Gas- und die Elektrizitätswerke haben ein Kapital von je 15 Millionen Mark, die Wasserwerke ein solches von 6 Millionen Mark. Das gesamte Kapital der drei Gesellschaften ist in den Händen der Stadt.

Die Konkurrenz zwischen Elektrizität und Gas.

Elektrizitätswerke und Gaswerke sind beides Unternehmungen, die Energie liefern. Sie sind zwar in ihrer Technik sehr verschieden von einander, aber in ihrem Betriebe und besonders in ihrer Verwaltung weisen sie eine Reihe verwandter Züge auf. Bei dem Absatz ihrer „Produkte" sind beide Werke Konkurrenten. Auf dem Gebiete der Beleuchtung und des motorischen Antriebes dringt die Elektrizität gegenüber dem Gas stark vorwärts. In der Wärmelieferung (Kochen, Heizen und dergleichen) hat das Gas vorläufig noch die Oberhand, wenngleich die Elektrizität gerade neuerdings große Anstrengungen macht, auch in dieser Domäne Fuß zu fassen. Alles in allem ist die Entwicklung bei der Elektrizität viel lebhafter als bei den Gaswerken. Es ist aber verfehlt, wenn man glaubt, daß das Gas im Absterben begriffen sei.

Folgende Zahlen geben eine Vorstellung über die Entwicklung der beiden Unternehmungsgruppen: **von 1924 bis 1927 stieg die nutzbare Stromabgabe bei den Elektrizitätswerken von 462 auf 913 Millionen Kilowattstunden (Zuwachs 95,6 Proz.). Im selben Zeitraum vermehrte sich die nutzbare Gasabgabe von 323 auf 418 Millionen Kubikmeter (Zuwachs 29,4 Proz.).** Das Elektrizitätswesen ist, wie diese Zahlen lehren, in einer stürmischen Entwicklung begriffen, aber auch die Gaswerke zeigen einen, wenn gleich langsameren Aufstieg.

Eine finanzielle Folge dieses sehr verschiedenartigen Tempos liegt darin, daß die Gaswerke seit Begründung der Aktiengesellschaft ihre Erneuerungen und Erweiterungen aus eigenen Betriebsüberschüssen haben bezahlen können, während bei den Elektrizitätswerken die eigenen Ueberschüsse angesichts des schnellen Wachstums dazu bei weitem nicht ausreichten. Vielmehr haben die Elektrizitätswerke in den letzten Jahren große Anleihen für den Ausbau ihrer technischen Anlagen aufnehmen müssen. In der Bilanz der Elektrizitätswerke vom 31. Dezember 1927 wird die Summe der Anleiheschulden mit 120,7 Millionen Mark angegeben, während die Gaswerke keine Anleiheschulden ausweisen. Die Anleihebelastung der Elektrizitätswerke wird noch für eine ganze Reihe von Jahren immer weiter wachsen. Dieser Unterschied in dem finanziellen Status der beiden Unternehmungen muß sorgfältig beachtet werden.

Große Vorteile durch den Zusammenschluß!

Die Vereinigung der beiden Werke wird, ähnlich wie bei der Verkehrs-A.-G. eine Reihe von wirtschaftlichen Verbesserungen zur Folge haben. Mehrere Verwaltungszweige wie die Kasse und das Kassieren, die Buch- und Rechnungsführung, die Wirtschaftsstatistik, die Propaganda, juristische Abteilungen usw. können zusammengelegt werden. Das Konkurrenzverhältnis der beiden Energiearten, wenn es auch nicht aus der Welt geschafft werden kann — das verhindert schon die immer weiter fortschreitende Entwicklung der Technik — wird doch auf eine neue und für die Stadt gesündere Basis gestellt werden. Zwei getrennte Verwaltungen sind oft geneigt, von anderen Ursachen abgesehen, allein schon aus Prestigegründen, sich Konkurrenz zu machen. Das ist so tief in der menschlichen Natur begründet, daß dem gegenüber die bestausgeklügelte Organisation versagt. Nur die Zusammenlegung der Unternehmungen vermag den Gegensatz der Interessen aufzuheben.

Nach der Vereinigung werden vor allem die Elektrizitätswerke freiere Hand bekommen in der Ausdehnung ihres Betätigungsfeldes und in der weiteren Durchbildung ihres Tarifwesens. Es muß in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen werden, daß die technischen Anlagen der Elektrizitätswerke (Maschinen, Leitungen, Unterstationen usw.) bei weitem noch nicht vollständig ausgenutzt sind. Die Benutzungsdauer der Elektrizitätswerke beträgt gegenwärtig rund 3000 Stunden. Das Jahr hat aber 8760 Stunden. Bei stärkerer Ermäßigung der Strompreise, die jedoch nur außerhalb der Spitzenzeit Gültigkeit haben darf — Spitzenzeit sind die Nachmittagsstunden von etwa 4 bis 7 Uhr in den Wintermonaten November, Dezember, Januar — lassen sich in Berlin noch Hunderte von Millionen Kilowattstunden mit Nutzen für die Stadt und zum Vorteile der Bevölkerung absetzen.

Die vereinigten Elektrizitäts- und Gaswerke werden ein Unternehmen sein, dessen Umfang, wenn man die jährlichen Einnahmen als Maßstab zugrunde legt, sogar noch den der soeben gegründeten Verkehrs-A.-G. übertrifft. Die Straßenbahn, die Hoch- und Untergrundbahn und die Omnibusse haben zusammengenommen eine jährliche Einnahme, die nach dem gegenwärtigen Stande etwa 200 Millionen Mark ausmacht. **Die Elektrizitäts- und Gaswerke haben aber zusammengenommen eine jährliche Einnahme von rund 240 Millionen Mark.**

Sozialdemokratische Arbeit!

Es ist kein Zufall, daß es gerade Sozialdemokraten sind, die die Neuorganisation der städtischen Werke mit Energie betreiben. Unsere Partei ist frei von allen wirtschaftlichen Sonderinteressen. Wir wollen, daß die öffentlichen Werke zum höchsten Nutzen der Allgemeinheit betrieben werden. Deshalb suchen wir, unbeeinflußt von Nebenrücksichten, nach derjenigen Organisationsform, die am besten geeignet ist, das Allgemeininteresse zu fördern. Die Zusammenschweißung der verschiedenen kommunalen Unternehmungen lehrt zugleich, wie wichtig es ist, daß diese Unternehmungen überhaupt in städtischem Besitz sind. Befänden sich Straßenbahn, Hoch- und Untergrundbahn, Omnibusse, die Elektrizitäts- und Gaswerke usw. in Privathänden, so wäre eine Leistungssteigerung durch Neugestaltung der Betriebe nicht denkbar. Das Sonderinteresse der einzelnen privaten Besitzer hätte jede Zusammenfassung und damit jeden Fortschritt verhindert. Die Neuorganisation so großer Unternehmungen, wie es die Berliner kommunalen Werke sind, erfordert natürlich Zeit und Mühe. Wir werden aber unseren Weg zum Nutzen und im Dienst des Volkes gehen, unbeschadet aller Angriffe, und es wird sich in der Zukunft erweisen, daß wir den richtigen Weg gegangen sind.

Dr.-Ing. W. Majerczik.

Liquidation der alten Verkehrsgesellschaften.

Nachdem die Vorlage über den völligen Zusammenschluß der Berliner Verkehrsgesellschaften von der Stadtverwaltung angenommen worden ist, werden jetzt außerordentliche Generalversammlungen der Aboag, Allgemeine Berliner Omnibus-A.-G. und der Hochbahngesellschaft, Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen, auf den 11. Dezember 1928 einberufen. Die Aboag und die Hochbahn treten zunächst in Liquidation. Die Liquidatoren werden ermächtigt, den Betrieb zu veräußern, und zwar mit der Maßgabe, daß als Ergebnis der gesamten Liquidation auf je 20 Mark Stammaktien 40 Mark 7prozentige Schuldverschreibungen der Stadt Berlin und auf je 20 Mark Vorzugsaktien 22 Mark 7prozentige Obligationen entfallen. Bei der Hochbahngesellschaft werden auf 1000 Mark volleingezahlte Aktien und auf je 2000 Mark mit 50 Proz. eingezahlte Aktien 1000 Mark 7prozentige Obligationen der Stadt Berlin entfallen. Die neue Verkehrs-A.-G. übernimmt die Garantie für die den Aktionären zu gewährenden Obligationen.

So verdienen Textilmagnaten.

Auch diese 11-Prozent-Dividenden-A.-G. hatte ausgesperrt.

Die Textilmagnaten im München-Gladbacher Revier gaben mit der Aussperrung von 45 000 Arbeitern und Arbeiterinnen am 1. Oktober den Auftakt zu den Wirtschaftskämpfen in Westdeutschland. Diese Herren wollten, wie es in der „markigen" Unternehmersprache hieß, endlich einmal mit den ewigen Lohnbewegungen reinen Tisch machen, und da ihre Belegschaften die Anmaßung besaßen, einen Ausgleich für Akkordlohnkürzungen zu fordern, so wurden Zehntausende von Menschen kurzerhand auf das Pflaster geworfen.

Jetzt veröffentlicht die Gladbacher Wollindustrie A.-G. vorm. L. Josten, eines der führenden Textilunternehmen in München-Gladbach, ihren Abschluß für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1927/28. Die Gesellschaft, die eine Belegschaft von 1250 Köpfen beschäftigt, zahlt ihren Aktionären die an sich schon glänzende Dividende von 11 Proz., während sie im vergangenen Jahre schon 12½ Proz. ausgeschüttet hatte. Der Gewinn ist aber erheblich größer. In der Dividende wird nämlich nur ein Teil des Reingewinnes ausgewiesen, denn sie erfordert auf das Kapital von rund vier Millionen nur 441 000 M., während der gesamte Reingewinn rund 664 000 M. beträgt. Die Gesellschaft hätte also ohne weiteres 15 Proz. Dividende auszahlen können. Von Geldmangel ist natürlich bei den Unternehmern nicht die Rede. Während sich die gesamten laufenden Schulden auf nur 786 000 M. belaufen, werden allein 1,13 Mill. Mark Bankguthaben und über 1,3 Mill. sonstige Forderungen ausgewiesen.

So sieht die Notlage der München-Gladbacher Textilherren aus, die ihre qualifizierten Arbeiter durch willkürliche Senkung der Akkordsätze um den schwer verdienten Lohn bringen und dann der Oeffentlichkeit mit Hilfe einer von ihnen abhängigen Presse ein Elendsbild vorzutäuschen wagen.

Ford finanziert sich an der Börse. Ford hatte bisher streng darauf gehalten, seinen großen Geldbedarf stets aus eigenen Mitteln zu decken und ohne den öffentlichen Kapitalmarkt oder Bankenkredite auszukommen. Jetzt scheint er von dem alten Weg der Selbstfinanzierung abzuweichen, denn nach einer Londoner Meldung sollen von den 140 Millionen Mark Kapital der zu gründenden Ford-Gesellschaft in Dagenham (England) 40 Proz., also 56 Millionen Mark Aktien auf dem öffentlichen Kapitalmarkt untergebracht worden. Dieses neue Fabrikunternehmen in England wird die Kontrolle über sämtliche europäischen Ford-Betriebe übernehmen und auch die gesamte Belieferung der kontinentalen Montagewerkstätten mit Einzelteilen übernehmen.

Ein Sonnenuntergang.

Von Selma Lagerlöf.

Während ich hier vertieft in meiner Arbeit sitze, sehe ich draußen vor meinen Fenstern weit im Nordwesten gerade den Glanz eines glutroten Sonnenuntergangs.

Den ganzen Tag über war das Wetter trübe gewesen, mit Nieselregen, und erst vor wenigen Minuten zeigte sich ein schmaler Streif klaren Himmels unten am Horizont.

Zur rechten Zeit kam er. Und mein Auge konnte noch einen Blick der Sonnenscheibe erhaschen, ehe sie hinter den blauen Höhen drüben versank.

Jetzt klimmen die Sonnenstrahlen über sie hinauf in die Wolken. Ueberschwemmt von Blut und Purpur sind sie, die so trübe waren. Und das ganze Himmelsgewölbe ist ein einziges großes Stück grauer Seide geworden, das rot überhaucht schillert.

Ganz unten, in der Nähe der Stelle, wo der Sonnenball versank, hat das Rot die Herrschaft bekommen. Dort laufen die roten Streifen in eins zusammen und decken völlig das seidige Grau zu. Weiter der Kuppelhöhe zu wird das Gewebe breitmaschiger. Und ganz oben im Zenith gibt es nur noch wie hingetupft Tropfen und Pünktchen des Sonnenrots zu schauen.

Der große Pinsel, der wohl das ganze himmlische Gewölbe festlich übermalen wollte, war mit seiner Farbe zu verschwenderisch gewesen. Der Farbentopf ist schon leer. Für das östliche Gewölbe ist nichts mehr übriggeblieben.

Der glühende Farbenglanz ist schuld daran, daß ich die Feder hinlege und ans Fenster gehe. Doch mit einem kleinen Seufzer kehre ich bald wieder zum Schreibtisch zurück.

Ich muß daran denken, daß es fast nie gelingt, uns, die mit Feder und Tinte arbeiten, eine Herrlichkeit, wie diese draußen, zu schildern. Man kann sich anstrengen, soviel man will, es ist doch so selten, den, der uns liest, mit unseren armseligen Worten zu fesseln.

Denkt euch nur: Ihr kommt in einem Buch zu einer langen Beschreibung eines Sonnenunterganges. Seid ehrlich, so werdet ihr eingestehen, daß ihr diese Schilderung am liebsten überspringt. So geht es jedenfalls fast immer mir.

Der Fehler muß aber wohl bei jenen liegen, die so etwas zu schildern versuchen. Denn etwas so Hinreißendes wie ein Abendrot müßte man auf eine Weise schildern können, die überwältigend wirkt, so, daß der, der es liest, es mit seinen Augen sehen, wirklich sehen kann. Möglich ist es auch. Bestimmt. Es kommt nur darauf an, die richtige Art der Schilderung zu finden.

Damals, als ich noch Lehrerin in Landskrona war — das ist nun bald fünfunddreißig Jahre her — erschienen im „Sydsvenska Dagblad" eine Reihe Naturschilderungen, die bei allen Zeitungslesern große Bewunderung erweckten. Daran muß ich plötzlich denken.

Sie waren selten länger als eine Blattspalte. Sie waren äußerst zusammengedrängt, aber mit einer ganz erstaunlichen Sicherheit und Feinheit geschrieben. Sie erschienen anonym. Man konnte jedoch leicht merken, daß der Verfasser ein wissenschaftlich gebildeter Mensch war.

Er schilderte keine fremden Erdteile und Länder. Er sah nur Woche für Woche eine Uebersicht von der Witterung und dem Stand der Saaten da und dort an der Küste des Oresundes.

Er folgte den Feldblumen in ihrem Wachsen. Er nannte sie mit Namen, in der Reihenfolge, wie sie im Frühling emporschossen und im Herbst verschwanden.

Er meldete das Kommen der Zugvögel, er beobachtete das Geflügel und jedes Insekt. Er berichtete von der Ohrenqualle, vom Seeigel und von den kleinen Krabben, die draußen am Strand zwischen dem Gestein, vom Meer angespült, hausten.

Der Himmel, der sich über ihn kuppelte, wölbte sich über uns. Es waren dieselben Wolken, die über ihn und über uns hinwanderten. Und dennoch griff man jedesmal mit dem gleichen Eifer die Zeitung, sowie man einen Aufsatz darin von ihm gefunden, und las mit nie vermindertem Eifer seine Schilderungen von Regenschauern und Lämmerwolken, vom Abendrot und seinen wechselnden Farben.

Wir hatten ganz gewiß selber genau das Gleiche gesehen, aber wir hatten es nicht begriffen und gefühlt, wie eigentümlich und bedeutungsvoll dieses alles war, bevor dieser Fremde uns die Augen geöffnet hatte.

„Haben Sie den Sonnenuntergang an dem und dem Abend bemerkt?", fragte er, und dann folgte ein ganzes Drama. Eine düstere Wolke zog auf; sie wurde geschildert. Eine zweite Wolke kam hinzu. Eine dritte. Eine vierte. Bis daß der Westhimmel unter der Angst einer drohenden Wolkenburg lag. Sobald die Wolken sich versammelt hatten, begannen Strahlen über sie hinwegzuspielen. Farbe wechselte mit Farbe. Sie kämpften miteinander. Bald mußte die eine erschöpft unterliegen. Bald eine andere. Hin über die Aecker und Wiesen am Sund und über die Triften und Wälder, hinter der schönen dänischen Küste tobte der Kampf, im Wechsel von Licht und Schatten. Eine Stimmung erdrosselte die andere. Keine einzige Wandlung ging verloren.

Und alles miteinander erkannten wir wieder. Jedoch das, was wir jetzt sahen, war soviel reicher und klarer und eindringlicher als alles, was wir mit unseren stumpfen Sinnen wahrgenommen hatten.

Man glaube nun nicht, daß diese Schilderungen poetisch im gewöhnlichen Sinne waren. Der anonyme Schilderer benutzte weder großartige Bilder noch hochklingende Worte. Etwas ganz anderes fesselte bei ihm, hielt von Anfang bis zu Ende in Atem. Er zwang uns geradezu mit in dem, was er erzählte, zu leben, es zu erleben! Er nahm uns mit in die freie Natur, und dann geschah es uns, als fühlten wir das Säuseln des Abendwindes. Unser Auge sah den Regenbogen. Das Gewitter stand über uns. Und der Sonnenuntergang mit seinem Wechselspiel von Violett und Gelbgrün und Zitronengelb und Gold erschloß sich unserem Schauen. Wer konnte sich da wundern, daß wir seine Gefährten im Muschelsammeln und Pflanzensuchen, auf allen seinen Pfaden ihm zur Seite, gern erfahren wollten, wer er sei?

Mit unserer ganzen Seele nahmen wir an seinen kleinen Freuden teil, wir waren mit ihm, als seien wir eins mit ihm, so stolz über seine Entdeckungen.

Wer, dachten und sannen wir, mochte er wohl sein, dieser Gelehrte mit der eleganten Feder, dieser Sonnenuntergangsanbeter, dieser Maler in Worten?

Eigentlich hätte es gar nicht so schwer sein können, dieses Rätsel zu lösen. Es gab nur wenig Menschen, die ihm gleichen konnten: ein wissenschaftlich geübter Beobachter, ein künstlerisch ausgebildeter Schriftsteller, ein Mann, der draußen vor den Toren Helsingborgs wohnt!

Aber wie wir auch suchten und forschten, es gelang uns nicht, ihn aufzuspüren.

Und so nahmen wir unsere Phantasie zu Hilfe. Wir rieten, der Unbekannte müsse ein junger Mensch sein, der sich noch keinen Namen erringen konnte. Wir dachten an ihn, wie an einen neuen Linné, glücklich und schön malten wir uns sein Bild aus, strahlend und klug: ein frohes, begnadetes Geschöpf Gottes. Wir waren fest davon überzeugt, daß wir in gar nicht langer Zeit gewiß von ihm hören würden. Erst müßte er mit seinem großen Werk fertig sein. Und dann, wenn er seine auf so hinreißende Art erforschten Ergebnisse der Welt vorlegen würde, das ganze Land würde auf einen neuen großen Gelehrten stolz sein!

So sprachen und warteten wir miteinander und hofften, bis eines Tages alle seine Schilderungen aufhörten.

Und einige Tage später meldete die Zeitung, der anonyme Verfasser der soviel besprochenen Betrachtungen über die Gegend um Helsingborg sei gestorben.

Das Blatt gab dazu eine kurze Lebensbeschreibung dieses Namenlosen: er war ein alter ehemaliger Student gewesen, und das Blatt nannte seinen Namen: er hieß Frederiksen, und hatte nie davon geträumt, unter den Menschen genannt zu werden. In Lund hatte er vor vielen Jahren studiert, war unfähig gewesen ein Examen zu machen, hatte eines Tages die Stadt verlassen, unfertig an Büchergelehrsamkeit, war irgendwo untergetaucht und allmählich ein Sonderling geworden, wie es die Menschen so nennen, und menschenscheu. Er lebte in härtester Armut, nahm niemandes Hilfe an, eine halb verfallene, längst verlassene Hütte draußen am Sund war seine Zuflucht gewesen. Man bekam fast den Eindruck, daß das Blatt meinte, er sei vor Hunger und Entbehrungen gestorben.

Der Meister der schönen Sonnenuntergänge war also kein neuer Linné. Wir hatten ihn uns als einen verkommenen, alten studiosus perpetuum, als einen ewigen verbummelten Studenten vorzustellen, menschenscheu und verliebt. Und einsam, wenn man nicht die große freie Natur als Gefährten gelten lassen will. Und ohne Freude, wenn nicht die Natur in ihrem ewigen Wechsel und Werden uns unerschöpfliche Freude geben kann.

Der einzige Reichtum, den er gesammelt, war der Wiederschein des Abendrotes in seinen Augen gewesen und ein schöner Sonnenuntergang das große Ereignis dieses armen Erdenwallens.

Aber vielleicht ist all dies gerade das, worauf es ankommt: denn zu guter Letzt gibt es doch wohl nichts auf Erden, wonach wir inniger verlangen, als einen schönen Sonnenuntergang zu ersehen.

(Uebertragen von Niels Ivner.)

Ein Fisch, der die Eier an der Stirne trägt. Auf eine höchst eigenartige Weise verläuft die Brutpflege bei einem auf Papua vorkommenden Fisch. Dieser Fisch trägt an der Stirn einen kleinen hornähnlichen Auswuchs, und in die Höhlung, die sich zwischen diesem Auswuchs und der Stirn befindet, preßt er nun die frischabgelegten Eier, die, wie in einem Paket eingeschlossen, fest aneinanderhaften. Solange die Entwicklung der Eier dauert, trägt dieser Fisch seine Brut mit sich herum. Wie bei gewissen Angehörigen der Maulbrüter ist es auch in diesem Fall das Männchen, das die Brutpflege ausübt, die hier jedoch den Fisch wenigstens nicht am Fressen hindert.

Selma Lagerlöf zum 70. Geburtstag

Von Kurt Offenburg.

Selma Lagerlöf ist die Märchenerzählerin des Nordens. Sie ist fern der Wirklichkeit des Tages, auch wo sie nahe dem Leben zu stehen scheint und Menschen aus der Gegenwart und Mitwelt formt. Immer erhalten ihre Gestaltungen die Rundung und Typenhaftigkeit von Märchenfiguren.

Diese Dichterin ist nie von der Bewegung des Naturalismus, der in ihren künstlerischen Anfängen den Norden beherrschte, mitgerissen worden. Ihre Seele war zu tief erfüllt von den Erlebnissen ihrer Jugend, von den Sagen und Träumen, die durch die Landschaft ihrer Heimat, die Stuben und Küchen der Gutshäuser wehten, in denen sie aufgewachsen ist und in denen sie ihr ganzes mädchenhaft reines Leben verbracht hat. „Du darfst nicht vergessen," sagt die Dichterin in einer Rede beim Empfang des Nobel-Preises, in der sie von der Dankespflicht spricht, die sie ihren Ahnen schuldet, zu ihrem Vater, „daß ich eine Menge Gläubiger habe. Denk nur an all diese armen heimtlosen Kavaliere, die in deiner Jugend in Wermland umherzogen und Karten spielten und Lieder sangen. Wieviel tolle Abenteuer und Einfälle und Scherze schulde ich ihnen nicht! Und denke an all die Alten, die in kleinen, grauen Hütten am Waldessaum saßen und von Näck und Troll und von verzauberten Jungfrauen erzählten, die im Berg gefangen saßen. Sie haben mich gelehrt, wie man über harte Felsen und schwarze Wälder Poesie ausbreiten kann. Und dann, Vater, denke an all die bleichen und hohläugigen Mönche und Nonnen, die in dämmerigen Klöstern saßen und Gesichte sahen und Stimmen hörten! Bei ihnen stehe ich in Schuld für all die Anleihen aus dem großen Legendenschatz, den sie gesammelt haben. Und denke an die Darlekarlier Bauern, die nach Jerusalem zogen! Bin ich ihnen nicht Dank schuldig, weil sie mir eine Großtat gaben, über die ich schreiben konnte! Und nicht genug damit, daß ich in der Schuld der Menschen stehe, Vater, da ist auch noch die ganze Natur. Da sind die Tiere der Erde und die Vögel des Himmels und Blumen und Bäume — alle haben sie mir ihre Geheimnisse erzählt!"

Die Stürme der Frauenemanzipation, die kühnen Kämpfe um die Freiheit der Liebe, die Austragung der sozialen Frage haben Selma Lagerlöfs Dichtertum vielleicht um einige Farben reicher gemacht, aber ihre Einstellung zum Dasein ist gütig und fatalistisch, hoffend und träumend geblieben, optimistisch und ohne Skepsis, wie die Märchen des Volkes.

„Gösta Berling", der tolle Kavalier, entstand aus Kindheitserinnerungen an einen milden und begabten Pfarrer, den man absetzen mußte, weil er soff. Selma Lagerlöf webte in diese Gestalt die Züge Don Juans, Siegfrieds und alle Träume des jungen Mädchens. Aus dem dürren historischen Gerippe hat die Dichterin ihren hinreißenden und schwungvollen, phantastischen und sehnsuchtsvollen Wunschroman geschaffen. Die Kavaliere von Ekeby — armselige Hungerleider und Ritter von der traurigen Gestalt —, wie sind die stürmisch und verführerisch, lebensvoll und rechtschaffen im Roman! Wie einst das Volk Rinaldo Rinaldini zum königlichen Räuber gemacht hat, so schuf Selma Lagerlöf den Gösta Berling zum Helden: verklärt und erhöht durch die Gestaltungskraft der Dichtung und zum königlichen Diener der Frauen erhoben. Die Unmittelbarkeit der Wunschgestaltung, die im Volk lebendig ist, beschwingt auch das große und einfache Herz Selma Lagerlöfs.

Reicher aber und kunstvoller als im Volksmärchen ist in diesen Legenden einer Dichterin die Gestaltung und Erscheinung der Natur und des Milieus. Hier vermählen sich naive Gläubigkeit und instinktive Sicherheit der künstlerischen Technik. Es gibt Schilderungen in „Gösta Berling" (man denke an die Schlittenfahrt, das Fest, den Brand), die anschaulicher sind als die naturalistische Abschrift eines wirklichen Ereignisses in einem modernen Roman.

In „Jerusalem", in der Geschichte der Darlekarlier Bauern, ist Legende, Realität und romantisches Verlangen nicht ganz verschmolzen. Diese Bauern sind bedenklich angekränkelt von Gefühlsüberschwängen, so herb und rauh auch ihre äußere Schale nach ihrer wirklichen Art geformt ist. Und der liebe Gott ist gar zu präzis mit seinen Zeichen und Wundern bei der Hand im Verhältnis zu der wahrhaftigen Schilderung des Milieus. Aber auch in diesem Roman sind Kapitel von unvergeßlicher Monumentalität und Empfindungskraft.

Ganz eigen jedoch und in ihrer lebendigen Wirkung ist die Dichterin in den „Legenden", vor allem in den „Christuslegenden", deren Rührung niemals harmonant, deren Sphäre zauberisch erfüllt und deren Form und Seele aus einem Stück ist. Und vielleicht der stärkste Beweis für das Dichtertum Selma Lagerlöfs ist das Kinderbuch „Wunderbare Reise des kleinen Nils Holgerson mit den Wildgänsen". Dies Werk hat die Notwendigkeit, Flüssigkeit, Einheit der Geschehnisse und die unmittelbare Lebenskraft der Träume des Volkes und der Kinder. Kunst darin ist die Breite der Gestaltung und die Fülle, die aber niemals, wie oft bei Märchen der Erwachsenen geschieht, die Zaubermauer des Märchens durchbricht.

Eine Weiterschauung, die längst verklungen ist, lebt mit allem romantischem Glanz und mit beneidenswerter Unschuld in den Werken Selma Lagerlöfs; und wir freuen uns an den Gestalten dieser Dichtung, so wie wir alte Porzellane und schöne Gläser genießen, die in alten Vitrinen stehen.

* * *

Die erste geschlossene Zusammenfassung dieses reichen Lebenswerkes legt soeben der Albert-Langen-Verlag (München) in einer zehnbändigen Gesamtausgabe vor. Die Uebertragungen (von Pauline Klaiber-Gottschau und Marie Franzos) geben die klaren und einfachen Sätze Lagerlöfscher Diktion in einem mühelos lesbaren Deutsch wieder: ein Verdienst, das nicht jeder Uebersetzung nachgerühmt werden kann.

Selma Lagerlöf als Sozialistin

Von Dr. Ernst Harms.

Was hat, so möchte mancher Kenner der Romane der schwedischen Dichterin fragen, Selma Lagerlöf, die Erzählerin nordischer Sagen und Lebenskonflikte, die selbst als Gutsherrin auf einem großen Herrenhof im mittleren Schweden lebt, mit dem Sozialismus zu tun? Sie hat nicht Proletarierleben geschildert, weder irgendwie direkt die sozialistische Bewegung in ihre Bücher aufgenommen, noch sich persönlich zum Sozialismus bekannt.

Und doch, wer intimer auf die Probleme ihrer Bücher hinhorcht, wird in ihr eine der radikalsten Kritikerinnen der „bürgerlichen" Lebensformen und Schwächen finden. Schon ihr erster großer Roman, der des Pfarrers Gösta Berling, ist nicht nur eine scharfe Kritik an dem Leben der värmländischen Herrenhöfe, auf denen er spielt, sondern vor allem an der kirchlichen Gemeindebeherrschung und der Unzulänglichkeit ihrer Vertreter, welcher Selma Lagerlöf eine ganze Reihe ihrer Romane gewidmet hat. „Liljecronas Heimat", „Das heilige Leben", „Jerusalem", „Charlotte Löwensköld" sind Problemausschnitte aus dem Theologenleben, die dieses und seine Stellung zur übrigen sozialen Gemeinschaft kritisieren. Wie kann ein Pfarrer, der nicht sein eigenes Leben gestalten kann, und ein moralisch hochstehender Mensch ist, eine Gemeinde überwachen und führen? Ist ein sozialer und sittlicher Lebenswandel nicht mehr und ein höheres religiöses Leben als alle Theologie und Kirche? Das sind die Fragen, die sich der Dichterin als Probleme des nordischen Bauernlebens stellen. Und die Lösungen, die sie diesen ihren Theologenromanen gibt, sind Antworten, die nur eine Vertreterin eines sozialen Lebensgefühles geben kann: Gösta Berling endet freiwillig als ein einfacher Arbeiter, der für Weib und die Gemeinschaft der um ihn Lebenden sorgen und soziales Dasein aufbauen will. Und „Im heiligen Leben" ist der moralische Sieg eines armen Häuslersohns über einen eifersüchtigen und haltlosen Pfarrer das Motiv.

Im „Jerusalem" und „Jans Heimweh", dem Roman einer Dirne, ist das Problem der Gemeinschaftsbildung und Gemeinschaftshaltung zum unmittelbaren Ausgangspunkt genommen. Jener Kreis auswandernder Dalarner Bauern mit einem religiösen Lebensideale sind Problembeispiele einer sittlichen Lebensgemeinschaft, wie sie sich Selma Lagerlöf denkt. Und in „Jans Heimweh" hat sie ihren Beitrag zum realistischen Großstadtroman geliefert. Von „Jans Heimweh" bis zu den historischen Königserzählungen und Volksgeschichten liegt ihrem Schaffen ein solch pädagogischer Sozialismus zugrunde, der nicht zu radikalen Gesellschaftsumformungen, sondern zu einer inneren Sozialisierung der betreffenden Lebensverhältnisse anregen will.

Man mag vom Standpunkt der revolutionären Dichtung jene Art, zur Lösung der heutigen Gesellschaftsfragen beizutragen, veraltet und sentimental nennen, aber ihr liegt doch etwas wie ein tiefer sittlicher Ernst zugrunde und etwas von jener „hohen weiblichen Geistigkeit, die „nicht mit hassen, sondern mit lieben" will. Auch solch eine stille und geheime Wirkerin im Sinne der Vermenschlichung und moralischen Sozialisierung der menschlichen Gesellschaft ist es wert, daß man sie mit dem Namen einer Sozialistin benennt.

Darmstädter und Nationalbank

Kommanditgesellschaft auf Aktien

Erste Aufforderung zum Umtausch der Aktien über RM 120,—.

Wir fordern hiermit unsere Kommanditisten, deren Aktien auf RM. 120,— (auf den Namen der ehem. Nationalbank für Deutschland) lauten, auf, ihre Stücke nebst laufenden Gewinnanteilscheinen unter Beifügung eines arithmetisch geordneten Nummernverzeichnisses in doppelter Ausfertigung

bis zum 24. Februar 1929 (einschließlich)

zum Umtausch in Aktien über RM. 1000,— bzw. RM. 100,—

1. bei unseren Hauptniederlassungen in Berlin (Behrenstr. 68—70), Bremen, Darmstadt;
2. bei unseren sämtlichen Filialen und Zweigniederlassungen;
3. in Barmen bei dem Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Comp.,
   - „ Breslau bei dem Bankhause Eichborn & Co.,
   - „ Danzig bei der Danziger Bank für Handel und Gewerbe Aktiengesellschaft,
   - „ Essen a. d. R. bei dem Bankhause Gebrüder Hammerstein, bei dem Bankhause Simon Hirschland,
   - „ Frankfurt a. M. bei der Deutschen Effecten- und Wechsel-Bank, bei dem Bankhause Otto Hirsch & Co., bei dem Bankhause Lincoln Menny Oppenheimer, bei dem Bankhause Jacob S. H. Stern, bei dem Bankhause Gebrüder Sulzbach,
   - „ Hamburg bei dem Bankhause L. Behrens & Söhne, bei dem Bankhause M. M. Warburg & Co.,
   - „ Hannover bei dem Bankhause Veit L. Homburger,
   - „ Hannover bei dem Bankhause Ephraim Meyer & Sohn,
   - „ Karlsruhe bei dem Bankhause Veit L. Homburger,
   - „ Köln bei dem Bankhause A. Levy, bei dem Bankhause Sal. Oppenheim jr. & Cie.,
   - „ Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,
   - „ München bei dem Bankhause Merck, Finck & Co.,
   - „ Nürnberg bei dem Bankhause Anton Kohn,
   - „ Amsterdam bei der Amsterdamschen Bank, bei der Internationalen Bank te Amsterdam,
   - „ Wien bei der Mercurbank,

während der üblichen Geschäftsstunden einzureichen. Formulare sind bei den oben genannten Stellen erhältlich.

Gegen Einreichung von 25 Aktien über je RM. 120,— werden 3 Aktien über je RM. 1000,— mit laufenden Gewinnanteilscheinen und Erneuerungsschein ausgereicht. Erreicht der Nennbetrag der von einem Kommanditisten eingereichten Aktien nicht RM. 3000,— oder ist er nicht durch 3000 teilbar, so wird für je RM. 1000,— Aktiennennbetrag 1 Aktie über RM. 1000,— und für je RM. 100,— Aktiennennbetrag 1 Aktie über RM. 100,— ausgereicht. Die Umtauschstellen sind bereit, den An- und Verkauf von Spitzenbeträgen zu vermitteln.

Der Umtausch der Abschnitte zu RM. 120,— in solche zu RM. 1000,— kann auch erfolgen, wenn sich unter den eingereichten Aktien Abschnitte zu RM. 100,— (lautend auf die Namen der ehem. Bank für Handel und Industrie oder der ehem. Nationalbank für Deutschland) befinden.

Wir fordern ferner unsere Kommanditisten auf, auch den Umtausch der noch auf die Namen der ehem. „Bank für Handel und Industrie“ und der ehem. „Nationalbank für Deutschland“ lautenden Aktien zu RM. 100,— in Aktien mit der neuen Firma „Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien“ vorzunehmen, wobei an Stelle der Abschnitte à RM. 100,— auch solche von RM. 1000,— ausgereicht werden können. Insbesondere weisen wir darauf hin, daß nach Ablauf der obigen Umtauschfrist die noch auf die alten Namen lautenden Aktien an den Börsen nicht mehr lieferbar sein werden.

Der Umtausch der Aktien erfolgt für die Kommanditisten, die ihre Stücke dem Sammeldepot angeschlossen haben, provisionsfrei. Ebenso wird der Umtausch bei uns und unseren Niederlassungen provisionsfrei behandelt, in gleicher Weise an den Schaltern der sonstigen Umtauschstellen. Soweit bei letzteren der Umtausch nicht am Schalter erfolgt, wird die übliche Provision in Anrechnung gebracht.

Die Aushändigung der neuen Aktienurkunden erfolgt gegen Rückgabe der Empfangsbescheinigungen über die eingereichten Aktien, und zwar bei der gleichen Stelle, von der die Bescheinigungen ausgestellt worden sind. Die Quittungen sind nicht übertragbar. Die Stellen sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Legitimation des Vorzeigers der Empfangsbescheinigung zu prüfen.

Die Lieferbarkeit der neuen Aktien über RM. 1000,— und RM. 100,— ist bereits an den Börsen beantragt.

Diejenigen Aktien über RM. 120,—, welche nicht bis zum 24. Februar 1929 eingereicht worden sind, werden gemäß § 290 HGB. für kraftlos erklärt. Das gleiche gilt von eingereichten Aktien über RM. 120,—, welche die zum Umtausch erforderliche Zahl nicht erreichen und uns nicht zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt worden sind. Die an Stelle der für kraftlos erklärten alten Aktien auszugebenden Aktien unserer Bank über RM. 1000,— und RM. 100,— werden für Rechnung der Beteiligten verkauft. Der Erlös wird abzüglich der entstehenden Kosten zur Verfügung der Berechtigten gehalten.

Berlin, im November 1928.

Darmstädter und Nationalbank
Kommanditgesellschaft auf Aktien
Goldschmidt. von Simson.

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr sowie auch am Bußtag
Friederike
Musik von Franz Lehar
Käthe Dorsch · Richard Tauber
Hilde Woerner · Teipermann · Arnstaedt · Starnburg · Dora Rez Limburg · Kaiser-Titz
Die Kasse ist den ganzen Tag geöffnet.
Telephon: Zentrum 378 u. 9393

8½ Uhr **CASINO-THEATER** 8½ Uhr
Lothringer Straße 37.
Nur noch bis 27. November
Stöpsel
Mittwoch, 28. Nov. zum ersten Male:
August, die Kanone!
Für unsere Leser Gutschein für 1—4 Pers. Fauteuil nur 1,15 M., Sessel 1,65 M. Sonstige Preise: Parkett u. Rang ... M.

Komische Oper 8¼
James-Klein-Revue:
Tausend nackte Frauen!!
Die große Revue der „Freien Liebe“
Parkett nur 4,50 Mk.

Großes Schauspielhaus 8 Uhr
CASANOVA
mit Michael Bohnen; Regie: Charell
Bußtag 8 Uhr:
Der Mann den Gott schlug
mit
Kortner · Franck · Müthel · Florath
Regie: Alfred Braun
600 Mitwirkende, 100 Mann Orchester

Renaissance-Theater
8¼ Heute 8¼
Ton in des Töpfers Hand
von Theodore Dreiser. — Deutsch von Paul Baer. Regie: Gust. Hartung.

Theater, Lichtspiele usw.

Dienstg., d. 20.11. **Staats-Oper** Unter d. Linden A.-V. 143 19½ Uhr **Othello**

Dienstg., d. 20.11. **Städtische Oper** Bismarckstr. Turnus I 20 Uhr **Orpheus u. Eurydike**

Staats-Oper Am Pl. d. Republ. R.-S. 205 19½ Uhr **Carmen**

Staatl. Schauspielh. Am Gendarmenmarkt A.-V. 206 20 Uhr **Peer Gynt**

Staatl. Schiller-Theater, Charlbg. 20 Uhr **Der Londoner verlorene Sohn.**

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr **Was ihr wollt**

Theater am Schiffbauerdamm 8 Uhr **Die Drei-Groschen-Oper**

Thalia-Theater 8 Uhr **Schneider Wibbels Auferstehung**

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr **Der Londoner verlorene Sohn**

Staatsoper am Platz der Republik 7½ Uhr **Carmen**

Th. am Schiffbauerdamm Täglich 8 Uhr **Die Drei-Groschen-Oper** Paulsen, Valetti, Ander, Gerron, Schaufuß, Kühl, Loovski. Telephon: Norden 1141 u. 201

Vorverkauf auch im Pavillon d. Reinhardtbühnen, Kurfürstendamm, Ecke Uhlandstraße Bismarck 448 u. 449. auch Bußtag

Deutsches Theater Norden 12310 8 U., Ende nach 10¾ **Die Verbrecher** Schauspiel von Ferdinand Bruckner Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele Norden 12310 8¼ U. Ende geg. 10 **„Ehen werden im Himmel geschlossen!“** Komödie von Walter Hasenclever Regie: Forster Larrinaga. Bußtag 8¼ Uhr Ludwig Hardt **Heine-Abend** 2 bis 7 Mk.

Die Komödie Bismarck 2414/7516 8¼ Uhr, Ende 10¼, auch Bußtag **Eltern und Kinder** Komödie von Bernard Shaw Regie: Heinz Hilpert

Kleines Theater Täglich 8¼ Uhr **Max Adalbert** in **Der Dickkopf** Sandrock, Landa, Sterler, Sikla. Bußtag 8 Uhr Gastspiel Renaissance-Theat. **Krankheit der Jugend**

Barnowsky-Bühnen Th. Königgrätz. St. Täglich 8¼ Uhr **Der Frauenarzt** Schauspiel von Hans J. Rehfisch

Komödienhaus Tgl. 8¼, Ende 10¾ **Perlenkomödie** von Bruno Frank

Theater des Westens Täglich 8¼ Uhr **Josephine Baker** in der neuen Revue Mus. v. Fr. Holländer mit **Hal Sherman.** Bußtag 8¼ Uhr **Die versunkene Glocke**

HALLER-REVUE **„Schön und schick“** Th. im Admiralspalast **Täglich** 8¼ Uhr.

Theater in der Stadt Kommandantenstr. 57 Dönh. 919. 8¼ Uhr **Ueber 500 Mal: Spiel im Schloß** Anekdote von Franz Molnar. Regie Eugen Robert Agnes Esterhazy, Paul Marx, Licho, Fasolt, Salfner, Trachsler. **Bußtag, 21. Nv.** 8¼ Uhr **Jugend** Liebesdrama von Max Halbe. Regie: A. E. Licho. ..., ..., A. E. Licho, Krauß, Schlaffl, Reigbert.

SCALA
8 Uhr B 5. Barbarossa 9256
Jack Hylton, der unumstrittene Jazz-König Europas, mit seinen 18 Solisten und weitere zum ersten Male in Berlin auftretende internationale Stars.

HALLER REVUE
8¼ Theater im Admiralspalast
Schön und Schick
Parkett 3, 4, 5 M.
Morgen Bußtag 8 Uhr **ROSA VALETTI · PAUL MORGAN** in: Die fremde Frau.

WALHALLA-THEATER
14 Varieté-Attraktionen und Tanz, abends 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

CIRCUS BUSCH
8 Uhr Täglich 8 Uhr
Vollkommen neues November-Programm.
Zum Schluß: **Die erste Sportrevue Berlins** in 16 grandiosen Bildern.
Bußtag geschlossen!

Winter Garten
Tägl. 8 Uhr
4 Runaways neueste amerikanische Excentric-Sensation und weitere Varieté-Neuheiten.
Rauchen gestattet

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonnt. nchm. 3
Stettiner Sänger
Neu! Neu!
Hamlet im Heringsladen
Burleske v. Meysel
Nachm. halbe Preise, volles Progr.
Dönhoff-Brettl: Varieté — Konzert — Tanz.

Theater a. Kottbusser Tor
Kottbusser Str. 6 Tel.: Mpl. 16077
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 3 Uhr (ermäß. Preise)
Elite-Sänger mit „Dietrich, benarrsche Dich!“ Waldeinsamkeit Stammtisch „Hutlos“
Volkspreise: Mk 0,80 b. 2,00. Logen 2,50

Küchen
weiß lackierte u. lasierte, feinste auch per später lieferbar, zu **enorm billigen Preisen**
Auf alle Preise 5% Rabatt!
Küchenmöbel-Haus Lasorstein, Lindauer Str. 1
Ecke Oranienstr. am Moritzplatz

Theater am Nollendorfplatz Täglich 8¼ Uhr **Wiener Blut** Oper v. Joh. Strauß Bußtag 6 Uhr **Das neugierige Sternlein** 8½ Uhr **Nora**

Trianon-Th. Täglich 8¼ Uhr **Die Ehre** Rundfunkhörer halbe Preise

Lustspielhaus Friedrichstr. 236 Bergmann 2922/23 Täglich 8¼ Uhr Das Zugstück von Berlin **Arm wie eine Kirchenmaus**

Thalia-Theater Dresdener Str. 72-73 8 Uhr **Schneider Wibbels Auferstehung** Hochdeutsch, Großstadtwitz.

Saltenburg-Bühnen Th. Künstler-Th. 8 Uhr **Die Herzogin von Chicago** Oper. von Emmerich Kalman

Lessing-Theater 8¼ Uhr Alb. Bassermann. Lucie Mannheim **„Herr Lambertier“** Drama von Louis Verneuil.

Planetarium am Zoo Joachimsthaler Straße Noll. 1578 16 Uhr **Der Sternhimmel im Winter** 18 Uhr **Erde und Weltenraum.** 20 Uhr **Sonne u. Sterne**

Rose-Theater Gr. Frankfurter Str. 132 8¼ Uhr **Die Ratten**

Th. in der Lützowstr. Kurf. 9239. Tgl. 8¼, Sonnt. 4 U. **L. M. Lommel** in: **„Runxendorf auf Welle 0,5“** Rundfunkhörer halbe Preise Bußtag 8¼ Uhr **Vortragsabend**

Philharmonie 8 Uhr **Schubert-Feier** d. Philharm. Orch. Dirig. Dr. Kurt Singer unter Mitwirkung d. Berl. Aerzte-Chors Tantum ergo Es-dur Messe in As-dur

Ohne Geld Radio- Lautsprecheranlagen von 65 M. an ohne Anzahlung bei 2 M. wöchentl., billiger als sonst bar. Der neu verlangene Fünfröhrenempfänger 39 M. Telefunkensystem 3-Röhrenempfänger 24 M. Verlangen Sie sofort Probevorführung. Geschäfte erhalten Lager und erzielen Riesenumsätze wegen der enorm billigen Kredite. Phönixzentrale Kottbusserdamm 66, U-Bahn Hermannpl.

Es ist neu erschienen:
Der illustrierte sozialdemokratische Abreißkalender 1929
Jede Seite bringt Illustrationen. Der Kalender kann in jeder Hinsicht als Quelle und Hilfsmittel dienen. Er bringt Zitate aus sozialistischen Werken, eine Fülle von Sentenzen in Poesie u. Prosa. Nahezu 100 Verbände geben hier authentischen Bericht. Der Kalender kostet **2 Mark**
Zu haben in allen Parteibuchhandlungen sowie durch die Botenfrauen des Vorwärts.

Zu kaufen gesucht:
„Die Neue Zeit“
Stuttgart, Dietz. Jahrg. 41, 1922. Bd. 1 in 26 Nrn. und Bd. 2, Nr. 1—16. Zahlen guten Preis. Gefl. Offerten erbeten an **Jos. Baer & Co., Buchhandlung, Frankfurt a. M., Hochstraße 6.**

Kapitän-Kautabak 15 Pf.
Kapitän-Kopenhagener ... 20 Pf.
Die Marke der Feinschmecker
in den meisten Geschäften käuflich
Carl Röcker, Berlin NO. Lichtenberger Str. 12 (Kgst. 988)

Arterien-Verkalkung

frühzeitiges Altern, Gicht, Rheuma sind in der heutigen Zeit keine seltenen Erscheinungen. Durch rechtzeitige Anwendung von

Radiosclerin (DRP. Wz. 313844)

den seit Jahren ärztlich empfohlenen radiumhaltigen Brunnentabletten, wird die Blutzirkulation in den Schlag- und Pulsadern gefördert und die Kalkablagerung verhindert. Einige Tabletten in Wasser gelöst ergeben einen angenehm schmeckenden, erfrischenden Brunnen, daher im Hause wie auf der Reise leicht anwendbar. In Sanatorien und Kliniken vielfach verordnet. Röhre mit 18 Tabl. 2,50, Packg. mit 5 Röhren 11.—, zu haben in allen Apotheken! Ausführliche Broschüre mit ärztl. Gutachten kostenfrei durch General-Depot **Elefanten-Apotheke, Berlin A. 21,** Leipziger Straße 74, am Dönhoffplatz
Hersteller: Radiosclerin G. m. b. H., Berlin SW 68.

Todesanzeige.
Am Freitag, dem 16. November, verstarb plötzlich und unerwartet unser Verbandsmitglied
Emil Schultze
Werkführer a. D., im Alter von 73 Jahren.
Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Berlin.
Die Einäscherung findet heute, Dienstag, 20. November, 12 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Den Parteigenossen der 143. Abteilung Weißmannslust meinen herzlichsten Dank für die mir erwiesene Ehrung anläßlich meines 70. Geburtstages.
In alter Treue
Hermann Heinrich.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! **Betriebsräte** Achtung!
Die Betriebsräte-Zeitschrift Nr. 33 ist erschienen und kann gegen Vorzeigung der Legitimationskarte des Betriebsrats-Obmannes in unserem Bureau, Zimmer 5, oder nach 4 Uhr im Zimmer 4, entgegengenommen werden.

Achtung! **Klempner** Achtung!
Donnerstag, den 22. November, abends 7 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11/12
Branchenversammlung aller Klempner.
Tagesordnung. 1. Vortrag des Kollegen Koch II über: „Aus der Praxis des Arbeitsgerichts“. 2. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Lichterfelde.
Am Freitag, dem 30. November 1928, abends 7½ Uhr, findet im Kassenlokal, Berlin-Lichterfelde, Roonstr. 13, eine Treppe, eine
ordentliche Ausschußsitzung
statt mit folgender
Tagesordnung:
1. Wahl eines Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung 1928. 2. Voranschlag für das Jahr 1929. 3. Neuaufstellung der Dienstordnung. 4. Verschiedenes.
Bln.-Lichterfelde, den 17. November 1928.
Der Vorstand.
Karl Brandenburger, Vorsitzender.

Ischias ... ärztl. empfohlen. ... 100. 9-11, 1-4, Sonntag 10-12.

Heute, Dienstag, 19½ Uhr „Neue Welt“, Hasenheide, gr. Saal

Oeffentl. Frauenversammlung

Gen. Tony Sender, M.d.R., spricht über „10 Jahre Frauenwahlrecht.“ Eintritt frei!

Im Reiche des Okkultismus.

Der Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses ist um 8 Uhr voll besetzt. Nachzügler müssen Plätze auf den Tribünen nehmen. Das Publikum ist eine interessante Mischung von solchen, die in den drei Gesellschaften, den Veranstaltern des heutigen Abends, schon öfters Gelegenheit gehabt haben, sich mit spiritistischen Fragen zu beschäftigen, und von wißbegieriger Jugend, die nicht immer studentischen Charakter trägt. Manches Haustöchterlein ist erschienen ... Natürlich auch Aerzte in stattlicher Zahl — nimmt doch die an erster Stelle auf der Einladung stehende Vereinigung „Berliner Aerztliche Gesellschaft für parapsychische Forschung“ nur Aerzte auf.

Der Vorsitzende dieser Gesellschaft, Sanitätsrat Bergmann, nimmt das Wort zur Begrüßung und Einführung. Er preist Professor Driesch als Forscher von Weltruf, der durch seine Lebensarbeit: Wiederbelegung des vitalistischen Gedankens, Einführung philosophischer Ideen in die Beurteilung der Naturereignisse und Schaffung einer Metaphysik auf naturwissenschaftlicher Grundlage, hervorragender Vorkämpfer der antimaterialistischen Auffassung geworden sei. Dann nahm Prof. Driesch, Philosophieprofessor in Leipzig, das Wort. Seine Rede gleitet flüssig dahin, ist aber nicht sehr deutlich, namentlich werden die vielen ausländischen Namen nur von denen klar aufgefaßt worden sein, die sie schon kannten. Denn im Ausland hat Driesch seine Beobachtungen hauptsächlich anstellen können: in Deutschland waren es Schrenk-Notzing in München, bei dem er das Medium Willy Schneider in Vorführung von Erscheinungen der Telekinose, Fernbewegung ohne menschliches Zutun, beobachten konnte, und ein Brüderpaar in der Lausitz, das ihm einen Dresdener, Herrn Meltzer, der mit seinem Sohn kam, vorführte. Dieser M. sprach in Trance nicht nur italienisch, sondern auch eine Sprache, die man als chinesisch bezeichnete. Der Haupteindruck wurde erzielt, daß M. in konvulsivischen Zuckungen sich erhob und einen Regen von Veilchen und Veilchenblättern auf die Gesellschaft herunterströmen ließ. Prof. Driesch knüpfte an die Mitteilung dieses Erlebnisses die Worte: Was soll man dazu sagen? Wie er dann auch am Schlusse seines Vortrages bemerkte, daß er wohl viele seiner Zuhörer enttäuscht haben werde. Der Gelehrte hat eben nicht nur geschildert, sondern er gab jedem einzelnen Falle eine Kritik mit auf den Weg, und seine wissenschaftliche Wahrheitsliebe fand doch nur verhältnismäßig wenige Manifestationen als gänzlich einwandfrei vorgeführt. Bald hatte das Medium eine Hand, bald einen Fuß frei (oder konnte sie wenigstens frei haben ...), solchen Darbietungen bringt auch der Vortragende Mißtrauen entgegen. Eine kurze Zusammenstellung seiner Erlebnisse möge die Fülle der Gesichte andeuten: frühzeitig Beobachtung der Gaukler in Indien — dann eine Séance bei der berühmten Eusapio Palladio in Neapel, dann nach dem Kriege eigene kritische Beobachtungen, außer in München, in London mit Miß Leonard, mit Stella C., in Paris mit M. Fortuny, in China mit religiösen Gesellschaften, in Amerika mit Margery-Mrs. Crandon, der Frau eines Chirurgen in Boston, in Prag mit einem gedankenlesenden Medium, und schließlich in Brasilien mit dem in Südamerika ebenso gefeierten wie angefeindeten Heilkünstler und Hausbesitzer Mirabelli, der kein Italienisch zu sprechen vorgibt, in Trance aber (wo der Geist seines aus Italien stammenden Vaters ihn beherrscht) das schönste Italienisch produziert, unter Anrufung aller Heiligen durch alle Zimmer rast und Bilder, Flaschen „telekinesiert“ — sie lösen sich von der Wand, fallen zu Boden.

Man handelt wohl im Sinne des Vortragenden, wenn man diesen Bericht mit den Worten schließt: Was soll man dazu sagen?

Rundfunkvorträge vom Aussperrungsrevier?

Die Bundesleitung des Arbeiterradiobundes hat, wie der „Arbeiterfunk“ mitteilt, sämtliche Sendedirektionen durch Eilnachricht aufgefordert, Vorträge von Arbeitervertretern über die Situation im Aussperrungsgebiet durch Rundfunk verbreiten zu lassen, was die gesamte, vor allem aber die unorganisierte Arbeiterschaft interessieren dürfte. Der „Arbeiterfunk“ empfiehlt, auch einen Vertreter der Arbeitgeber vor dem Mikrophon sprechen zu lassen.

Die Sendedirektionen werden für diesen Vorschlag um so dankbarer sein, als er dem Wunsch des Reichsrundfunkkommissars nach Aktualisierung des Rundfunks Rechnung trägt. Die Bundesleitung wird mit den Gruppen im Ruhrgebiet besondere Maßnahmen vereinbaren. Man darf annehmen, daß sämtliche Beteiligten mit dem Schritt der Bundesleitung des Arbeiterradiobundes einverstanden sind.

Selbstmord eines Dreizehnjährigen.

Im Stall erschossen.

Gestern wurde der 13jährige Schüler Werner Hinze im Stall auf dem Grundstück seiner Eltern in der Kolonie Rennbahn in Weißensee mit durchschossener Schläfe schwer verletzt aufgefunden.

Der Junge verdiente sich nebenbei ein kleines Taschengeld. Er trug für einen Milchhändler hin und wieder Milch aus. Dabei unterschlug er mehrmals geringfügige Beträge. Als sich das nach einer Verwarnung durch den Händler wiederholte, ging der Mann zu den Eltern des Jungen. Werner Hinze hatte davon irgendwie Kenntnis erhalten. Als der Händler bei seinen Eltern erschien, entfernte sich der Junge plötzlich und blieb verschwunden. Als man einige Zeit später über sein Ausbleiben beunruhigt wurde und nach ihm suchte, fand ihn der Vater im Stall mit einer schweren Kopfverletzung bewußtlos auf; neben ihm lag ein veralteter Trommelrevolver, den er aus einer Schublade der Großmutter, die den Haushalt führt, entwendet hatte. Das Kind wurde in bedenklichem Zustande in das Weißenseer Krankenhaus gebracht, wo es einige Zeit nach seiner Einlieferung gestorben ist.

Bildungswerte der Technik.

Technik als Kulturkunde.

Im Rahmen der Winterveranstaltungen der BDT.-Bücherstube sprach Oberstudiendirektor Dr. Weinreich in klarer und gewinnender Form über die „Bildungswerte der Technik“. Daß die sozialen Probleme bis heute nicht gelöst sind, ist nicht auf das Schuldkonto der Technik, sondern auf das der Menschheit zu setzen, die hier völlig versagt hat.

Die Technik hat den Idealismus der Tat auf ihre Fahnen geschrieben; aber die ungerechte Verteilung der Güter ist kein von der Technik angerichtetes Unglück, sondern ein von der Menschheit begangenes Unrecht. Wieviele Männer der Technik waren Idealisten der Tat, ausgezeichnet durch Selbstzucht, Beharrlichkeit, Reinheit der Sitten, Gegner der Ausbeutung, mit einem Wort: Helden der Arbeit. Darum steckt in der Geschichte der Technik soviel erzieherische Kraft. Aber auch die heutige Technik kann ein wirkungsvoller sozialer Erzieher unserer Jugend sein, die mehr zum Führer als zur „gebildeten Persönlichkeit“ erzogen werden soll. Soziale Bildung mangelt den Zöglingen der heutigen Bildungsanstalten. Unsere Jugend hat ein lebhaftes Verlangen, Einblick in die Welt der Technik zu tun. Wenn sie die Maschinen betrachten, dann werden sie auch den Mann an der Maschine sehen. Wenn Weinreich den Ingenieur, der die sozialen Gebrechen unserer Zeit aus eigener Anschauung kennenlernt, für den berufenen Vermittler hält, so dürfte das nur sehr bedingt richtig sein. Der Ingenieur steht heute mehr denn je zwischen Baum und Rinde, er soll die Interessen der Fabrik gegenüber der Belegschaft vertreten. Der Unternehmer verlangt von ihm, daß er sich als Herr fühle, als Stellvertreter des Besitzers. Tatsächlich ist der Ingenieur heute mehr denn je Angestellter, Proletarier, der wie der Arbeiter jeden Tag damit rechnen muß, brotlos zu werden. Bei der großen Zahl der Ingenieure und den großen Schwierigkeiten, die dieser Berufsstand der gewerkschaftlichen Organisation entgegensetzt, wird noch auf lange Zeit eine Kluft zwischen Ingenieur und Arbeiter, oder um mit Weinreich zu sprechen, zwischen Kapital und Arbeit bestehen. Die Weltfremdheit bei vielen Gebildeten, die in einer blutrünstigen Vergangenheit trefflich zu Hause sind, mutet uns in einer Zeit, in der wir auf Schritt und Tritt von der Technik umgeben sind, grotesk genug an. Nicht auf die Erwerbung technischer Einzelkenntnisse kommt es an. Technik soll als „Kulturkunde“ gelehrt werden, denn Technik ist nicht blos die Voraussetzung aller Kultur, sondern sie wird auch zum Bestandteil der Kultur durch ihre schöpferische, zweckdienende Tat. Aber auch unsere Sprache müßte beim Werkzeug, bei der Technik, beim Ingenieur in die Schule gehen! Zu frühzeitig und zu einseitig bevorzugt die Sprache die reinen Begriffe und entfernt sich von der sinnlichen Anschauung. Gerade diese anschauliche Erkenntnis ist von sprachbildender Kraft („Wort und Werkzeug sind gleichwertige Diener des Geistes“ sagt Max Eyth), die Sprache unserer Schüler wird an Anschaulichkeit und Bildungskraft gewinnen, wenn sie sich mit dem Arbeiter unterhalten, der am Schraubstock steht oder sonst eine Maschine bedient.

Fort mit der Todesstrafe! Ueber dieses Thema spricht Dr. Kurt Rosenfeld am Mittwoch, dem 21. November (Bußtag), abends 6½ Uhr, in der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee 15, in öffentlicher Versammlung.

Warum sich als Selbstfahrer mit der Fettspritze abquälen?
Die Original-Bowen-Einpedaldruck-Zentralschmierung macht es spielend beim
Adler Standard 6
Auskünfte, Probefahrten, Unterlagen bereitwilligst
Adlerwerke Filiale BERLIN

„PFEILRING“ LANOLIN-SEIFE CREAM

DURCH VIELE
GOLDENE
und
SILBERNE
MEDAILLEN
sowie
EHRENDIPLOME
auf allen beschickten internationalen Ausstellungen ausgezeichnet, erhalten die Haut bei täglichem Gebrauch jugendfrisch und schützen sie vor den Folgen der Kälte und Hitze durch Zuführung des dem Hautfett verwandten Lanolin.

„PFEILRING“ LANOLIN-SEIFE und
„PFEILRING“ LANOLIN-CREAM
enthalten das Lanolin in feinster, richtig dosierter Form. Hierdurch ist die beste Wirkung auf die Haut gewährleistet

Unsere
„Pfeilring“ Lanolin-Rasier-Seife
macht durch ihren Lanolingehalt das Rasieren zu einer Freude

Achten Sie auf den „PFEILRING“!
Nur dieser bietet Gewähr, daß Sie unsere weltbekannnten Erzeugnisse erhalten!

„Pfeilring“ Lanolin-Seife
[illegible] das Stück

„Pfeilring“ Lanolin-Cream
in Dosen u. Tuben von 15 bis 75 Pfg. die Packung

Schluß der Autoschau.

Die große Internationale Autoschau ist gestern geschlossen worden. Elf Tage lang staute sich das Publikum vor den Ständen der Internationalen Berliner Automobil- und Motorradausstellung in den vier Hallen am Kaiserdamm. Von Tag zu Tag wurde der Besuch größer, und in den letzten Tagen war kein Vor- und Rückwärtskommen. Annähernd eine halbe Million Besucher wurden registriert. Die Ausstellung war aber nicht nur hinsichtlich ihres Besuches ein Erfolg, durchweg sind die Aussteller zufrieden, manche sahen ihre Erwartungen bei weitem übertroffen. Einzelne Motorradmodelle wurden bis 3500mal verkauft, und von einigen Automobilfabrikanten wurden nicht weniger als 5000 Wagen abgesetzt. Die Gesamtumsätze einzelner großer Werke beliefen sich auf 25 Millionen Mark und darüber. In hohem Maße ist daran die deutsche Industrie beteiligt, die diesen schweren internationalen Wettbewerb also besser als erwartet bestanden hat.

Vorläufige Ergebnisse der Kirchenwahlen.

Am gestrigen Sonntag haben in Groß-Berlin und im Reich die Neuwahlen zu den kirchlichen Körperschaften der altpreußischen Landeskirche stattgefunden. In Berlin war die Beteiligung ziemlich lebhaft und erreichte in einigen Gemeinden über 50 Proz. In einem großen Teil der Stadt hatten sich die verschiedenen kirchenpolitischen Gruppen auf eine Einheitsliste verständigt, so daß eine eigentliche Wahlhandlung in Fortfall kam. Bisher liegen von den insgesamt 138 Groß-Berliner Gemeinden die Wahlresultate aus 18 Gemeinden vor, so daß nur noch die an der Peripherie liegenden Kirchengemeinden ausstehen. Bisher wurden gewählt: **Positive 3701, Volkskirchliche Evangelische Vereinigung** (Mittelpartei) **460, Freunde der freien Volkskirche** (Liberale) **1242, Bund für Deutsche Kirche 39** und **Ueberparteiliche 1894.** Außerdem war an der Trinitatisgemeinde in Charlottenburg, wo die Wahlbeteiligung besonders stark war, unter der Führung von Pfarrer Bleier eine Liste der Religiösen Sozialisten „Freunde von Religion und Völkerfrieden" aufgestellt worden, die **20 Stimmen** auf sich vereinigt hat.

Berliner Sängerchor. Dienstag, 20. November, 19 Uhr, Mitwirkung in der „Neuen Welt". Alle Sangesbrüder müssen anwesend sein.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trepp. rechts, zu richten.

Achtung, Genossen und Genossinnen! Der sozialpolitische Film- und Vortragsabend im Bezirk Mitte am Donnerstag, dem 13. Dezember, 19½ Uhr (pünktlich), im Lehrervereinshaus, Alexanderplatz. 1. Rezitation, Margarete Merrbach: Aus der „Ballade aus dem Zuchthaus" (Oskar Wilde). 2. Ansprache, Regierungsrat Krebs: „Das Los der Strafentlassenen". 3. „Die Ausgestoßenen" (Martin-Berger-Film), muß in allen Zahlabenden und Mitgliederversammlungen besonders bekanntgegeben werden, damit der große Saal gefüllt wird. Eintrittspreis 25 Pf., für Inhaber eines Loses der „Arbeiterwohlfahrt - Weihnachtslotterie" frei.

•

5. **Kreis Friedrichshain.** Achtung, Elternbeiräte! Donnerstag, 22. November, 19½ Uhr, bei Schwarz, Fruchtstr. 36a, **Elternbeiratsversammlung** für alle Elternbeiräte und deren Nachfolger der Liste „Schulaufbau". Tagesordnung: 1. Rechte und Pflichten des Elternbeirats. 2. Stand der freien Schulbewegung im Bezirk. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.
6. **Kreis Kreuzberg.** Freitag, 23. November, Fraktionssitzung aller Freidenkergenossen des Bezirks Kreuzberg im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24–25, Saal 1. Wir laden auch die Genossen ein, die noch nicht Mitglieder des Verbandes sind.
8. **Kreis Wilmersdorf.** Achtung! Alle Genossen beteiligen sich an dem Reichsbannerfest heute, Dienstag, in den Spichernsälen. Redner Franz Künstler, M. d. R.
14. **Kreis Neukölln. Donnerstag, 22. November, pünktlich 18 Uhr, findet der erste Abend des Kommunalkursus statt. Genosse Bürgermeister Scholz referiert über das Thema „Das Gesetz Groß-Berlin". Der Kursus findet im Jugendheim Böhmische Str. 1–3 statt. Unkostenbeitrag 10 Pf.**
16. **Kreis Köpenick.** Mittwoch, 21. November, 10 Uhr, Sitzung des Bildungsausschusses im Lokal Eisner, Kaiser-Wilhelm-Str. 3. Die Mitglieder werden gebeten, die noch ausstehenden Listen für die Bücher Kompflmeyer und Bernstein von ihren Abteilungsleitern abzuholen und zur Sitzung mitzubringen.
17. **Kreis Lichtenberg.** Das Tambourkorps des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Lichtenberg, veranstaltet am Sonnabend, 24. November, bei Schenert, Annastr. 19, ein Winterfest. Die Genossen mit ihren Angehörigen beteiligen sich recht rege an dieser Veranstaltung. Kreis- und Abteilungsfahnen müssen pünktlich 20 Uhr zur Stelle sein.

Heute, Dienstag, 20. November.

30. **Abt. Heute, Dienstag, findet die Sitzung des engeren Abteilungsvorstandes nicht statt. — Mittwoch, 21. November, 19½ Uhr, in der Gaußen Schule, Gotenburger Str. 2, wissenschaftlicher Vortragsabend des Genossen Peltersdorf über „Suggestion und Hypnose" (mit Experimenten). Gäste sind eingeladen.**

37. **Abt.** 18½ Uhr pünktlich außerordentliche Funktionärsitzung bei Bertalla, Hohenlohestr. 2. — 19½ Uhr Mitgliederversammlung der Konsumgenossenschaft in der Schulaula Hohenlohestr. 10. Vortrag: „Die Konsumgenossenschaft im Geschäftsjahr 1927/28". Referent Genosse Göttler. Genossenschafter, erscheint mit euren Familienangehörigen!

70. **Abt. Schöneberg.** 20 Uhr bei Will, Martin-Luther-Str. 89, Fraktionsversammlung aller beim Bezirksamt tätigen Genossinnen und Genossen. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller dringend erforderlich.

Morgen, Mittwoch, 21. November (Bußtag).

7. **Abt.** Besichtigung des Westhafens. Treffpunkt 10½ Uhr Bhf. Beusselstraße.
10. **und 11. Abt.** 10½ Uhr bei Berger, Seestr. 21, Ecke Jagowstraße, Fraktionsversammlung aller SPD.-Konsummitglieder der Verkaufsstelle Elberfelder Straße. Ausweis mitbringen.
25. **Abt.** Früh 9½ Uhr bei Baranski, Pasteurstr. 6, treffen sich die Bezirksführer mit dem Vergnügungskomitee und den Mitwirkenden zum Wintervergnügen.
40. **Abt. Schwerhörige.** 18 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 4, vorn 1 Tr., **Mitgliederversammlung. Tagesordnung: „Experimentalvortrag des Genossen Voigt vom Arbeiter-Radio-Bund über „Wie kann der Schwerhörige den Rundfunk hören?" Parteiangelegenheiten. Verschiedenes. Alle Parteigenossen, „Vorwärts"-Leser und sonstigen Schwerhörigen sind zu dieser Versammlung eingeladen.**

Frauenveranstaltungen:

Achtung, Kreis- und Abteilungsleiterinnen! Wir bitten die Abteilungsleiterinnen, die Fragebogen möglichst umgehend auszufüllen und an die Kreisleiterinnen weiterzureichen. Die Kreisleiterinnen werden gebeten, die Fragebogen für ihre Abteilungen bis zum 24. November an das Frauensekretariat einzuschicken.

17. **Kreis Lichtenberg.** Donnerstag, 22. November, 19½ Uhr, bei Geipke, Kronprinzen-, Ecke Scharnweberstraße, Kreisfrauenabend. Genosse Dr. Beße spricht über „Soziale Strömungen in der neueren und neuesten Dichtung". Gäste sind herzlich willkommen.
68. **Abt. Halensee.** Donnerstag, 22. November, 20 Uhr, bei Sandmann, Westfälische Str. 42, Frauenabend. Vortrag über „Kinderschutz bei Bühne und Film". Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.
74. **Abt. Wilmersdorf.** Achtung, Genossinnen! Wir beteiligen uns am Kursus des Genossen Dr. Fritz Karsten über „Kulturelles aus Amerika". Beginn Donnerstag, 22. November, 19½ Uhr, in der Hindenburg-Oberrealschule, Wilmersdorf, Seepark.
78. **Abt. Schöneberg.** Unser Frauenabend am Mittwoch, 21. November, fällt aus. Alle Genossinnen beteiligen sich heute, Dienstag, 20. November, an der Frauenversammlung in der Neuen Welt, Hasenheide. Treffpunkt 18½ Uhr Untergrundbahn Hauptstraße.
102. **Abt. Baumschulenweg.** Treffpunkt der Genossinnen 18 Uhr Baumschulen-, Ecke Kiefholzstraße, zur gemeinsamen Fahrt mit der Straßenbahn nach der Neuen Welt, Hasenheide, zur öffentlichen Frauenversammlung.
106. **Abt. Köpenick.** Donnerstag, 22. November, 19½ Uhr, im kleinen Saal des Stadttheaters Köpenick, Wilhelmplatz, Frauenabend. Vortrag der Genossin Käthe Kern über „Die Frau der neuen Generation". Alle Genossinnen sind herzlich eingeladen. Gäste ebenfalls willkommen.
121. **Abt. Karlshorst.** Die Genossinnen treffen sich heute, Dienstag, 20. November, 18 Uhr, am Bahnhof Karlshorst zur gemeinsamen Fahrt zur Frauenkundgebung.
123. **Abt. Kaulsdorf.** Donnerstag, 22. November, 20 Uhr, im Lokal Neumann, Bahnhof-, Ecke Wilhelmstraße, Frauenabend. Vortrag des Genossen Schirmann. Alle Genossinnen sind herzlich eingeladen. Gäste können mit eingeführt werden.

Abt. 124a Mahlsdorf-Süd. Donnerstag, 22. November, 20 Uhr, bei Draber, Uhlandstr. 18, Frauenabend. „Heiteres aus der schönen Literatur." Vortragender Genosse Heinz Barthel. Um rege Beteiligung wird gebeten.

128./130. **Abt. Pankow.** Achtung, Genossinnen! Wir beteiligen uns heute, Dienstag, 20. November, geschlossen an der Frauenversammlung in der Neuen Welt, Hasenheide. Unser Frauenabend findet am Donnerstag, 22. November, 19½ Uhr, bei Meeß, Lindenpromenade, Ecke Berliner Straße, statt. Vortrag der Genossin Else Scheibenhuber. Thema: „Ehereform". Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

138. **Abt. Hermsdorf.** Donnerstag, 22. November, 20 Uhr, bei Dewald, Glienicker Str. 5, Vortrag der Genossin Dr. Elisabeth Schilder über „Das rote Wien". Keine Genossin darf fehlen.

141. **Abt. Rosenthal.** Donnerstag, 22. November, 20 Uhr, bei Gilling, Edelweißstr. 5, Vortrag der Genossin Dr. Twardzinski über „Verhütung und rechtzeitige Erkennung von Frauenkrankheiten". Um rege Beteiligung wird gebeten.

Jungsozialisten.

Gruppe Lichtenberg: Der Heimabend fällt aus. Wir beteiligen uns an dem Kursus in der Jugendherberge in Rowawes. — **Gruppe Süden:** Mittwoch Treffpunkt 8 Uhr Wannseebahnhof zur Teilnahme an dem Kursus in Nowawes.

Achtung! Der Wochenendkursus: „Vom privaten zum öffentlichen Menschen" (Die Funktion der Familie innerhalb der Gesellschaft), unter der Leitung der Genossin Anna Hartoch, findet am Dienstag, 20. November, und Mittwoch, 21. November (Bußtag), in der Jugendherberge Nowawes statt. Beginn Dienstag 20 Uhr. Fortsetzung am Mittwoch um 8½ Uhr (nicht 7½ Uhr). Anschließend Gruppenkonferenz und Arbeitsausschußsitzung. Wir benutzen am Dienstag den Zug 18.21 Uhr ab Wannseebahnhof. Treffpunkt 18 Uhr oder ab Potsdamer Fernbahnhof 18.36 Uhr. Treffpunkt 18½ Uhr. Nachzügler, Mittwoch ab Wannseebahnhof 7.30 Uhr, Treffpunkt 7¼ Uhr. Ab Potsdamer Bahnhof 8.01 Uhr. Treffpunkt 7¾ Uhr. Mittagessen ist in der Jugendherberge erhältlich (50 Pf.). Wir erwarten rege Beteiligung. Gäste willkommen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde:

Am Freitag, 20 Uhr, Nordstraße, **Bezirksamt Kreuzberg,** Zimmer 29, Kreisleitersitzung. Alle Kreise müssen vertreten sein. Am Sonntag treffen sich alle Zeltlagerhelfer ab 18 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Kreis Steglitz: Heute, Dienstag, 20. November, von 17–19 Uhr, im Heim Albrechtstr. 47, Treffen.

Hallesches Tor: Die Roten Falken treffen sich am Mittwoch, 21. November, 2 Uhr, Grimmstraße, Ecke Dieffenbachstraße, zur Fahrt. Der Heimabend fällt aus.

Geburtstage, Jubiläen usw.

78. **Abt. Schöneberg. Unserem jahrzehntelangen treuen Mitgliede Christian Kluge und seiner Gattin die herzlichsten Glückwünsche zur goldenen Hochzeit.**

96. **Abt. Neukölln. Unserem langjährigen Genossen Ferdinand Schröder und seiner Gattin, Kneisebeckstr. 78, die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.**

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

47. **Abt.** Am 14. November verstarb plötzlich am 52. Lebensjahre unser Genosse Willi Arndt, Pücklerstr. 7. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

98. **Abt. Neukölln.** Am 14. November verstarb unsere alte, bewährte Genossin Elise Liepmann, Weserstr. 115. Ehre ihrem Andenken! Die Bestattung findet heute, Dienstag, 13½ Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Die Berichtsbogen für das 3. Quartal müssen von den Abteilungen Schöneberg I, Zentrum, Spandau sofort abgegeben werden.

Heute, Dienstag, 19½ Uhr.

Rosenthaler Vorstadt: Heim Elisabethkirchstraße (Schule): „Alkohol, Nikotin". — **Brunnenplatz:** Heim Bank-, Ecke Wiesenstraße: „Entstehung der Tageszeitung". — **Gesundbrunnen I:** Heim Gotenburger Str. 2: „Norwegen fahren". — **Wedding-Nord:** Heim See-, Ecke Turiner Straße: „Bub und Mädel". — **Arnswalder Platz:** Heim Ratenburger, Ecke Mehlauer Straße: Elternabend: „Jugend und Elternhaus". — **Norden:** Heim Danziger Straße: „Drunter und drüber". — **Wörther Platz:** Heim Kastanienallee 82: Einführung in die sozialistische Gedankenwelt". — **Schöneberg III:** Heim ...straße 15: „Das moderne Sexualproblem". — **Schöneberg IV** (R. J.): Heim Hauptstr. 15: „Warum bin ich in der SAJ.?" — **Steglitz:** Heim Albrechtstr.: „SAJ. und RJ." — **Zehlendorf:** Heim Nordschule, Potsdamer Str.: „Tagespolitische Fragen". — **Neukölln II:** Heim Bergstr. 29: Lichtbildervortrag: „Die Karikatur". — **Köpenick:** Besuch eines Filmabends des Jugendamtes im Stadttheater. — **Reinickendorf-Ost:** Heim Lindauer Straße: „Unterm Sozialistengesetz". — **Pankow III:** Heim Görschstr. 14: Lönsabend. — **Neukölln I** und ...: Treffpunkt zur Kundgebung in der Neuen Welt 19 Uhr Reuterplatz. Alle Mitglieder müssen erscheinen. — **Neukölln VI:** Der Gruppenabend fällt aus. Wir beteiligen uns geschlossen an der Frauenkundgebung. Treffpunkt 19 Uhr Bergplatz. — **Humannplatz:** Treffpunkt zur Fahrt nach Tiefensee 17½ Uhr Wriezener Bahnhof.

Werbebezirk Neukölln: Sämtliche Gruppenveranstaltungen fallen aus. Wir beteiligen uns an der Frauenkundgebung in der Neuen Welt. Die Mitwirkenden des Sprechchors müssen vollzählig erscheinen. Pflichtveranstaltung! Rote Fahnen und Wimpel müssen mitgebracht werden. Treffpunkt 19¼ Uhr Haupteingang Neue Welt.

Werbebezirk Kreuzberg: Die Gruppen treffen sich restlos mit Fahnen im Vorraum der Neuen Welt zur Frauenkundgebung. 20 Uhr beginnt im Heim Reiher Str. 27 der Gymnastikkursus des Jugendamtes unter Leitung des Genossen Gleisner. Interessierte Genossinnen und Genossen gehen hin.

Werbebezirk Schöneberg: 19 Uhr **Uebungsabend** im Heim Hauptstr. 15. Alle Genossen müssen sich daran beteiligen.

Morgen, Mittwoch, 21. November.

Wörther Platz: Schnitzeljagd. Treffpunkt 7½ Uhr am Bhf. Schönhauser Allee. — **Friedrichsfelde:** Schnitzeljagd. Treffpunkt 6½ Uhr Bhf. Lichtenberg-Friedrichsfelde. — **Westen I und II:** Fahrt. Treffpunkt 7 Uhr Bhf. ...straße. 19 Uhr Aussprache über „Die Jüngeren- und Aelterenfrage in unseren Gruppen" im Heim Lindenstr. 4. — **Britz II** (Siedlung): Fahrt. Treffpunkt 6½ Uhr Buschkrug, 7 Uhr Bhf. Neukölln.

Sozialistische Schülergemeinschaft der SAJ.-Neukölln: 16½ Uhr Vortrag des Genossen Gleisner über „Körperkultur". Genossen der SAJ. sind willkommen.

Reichenberger Viertel: Donnerstag, 22. November, **10-Jahres-Feier** in der Schulaula Reichenberger Str. 67–70. Programm: Vorspruch, Gesang, Sprechchor, Musik, Film: „Die Mutter". Erwachsene 40 Pf., Jugendliche 30 Pf. Gäste herzlichst willkommen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Friedrichshain: Dienstag, 20. November, 19 Uhr, Konzert der verstärkten Kapelle des Ortsvereins, anschließend Tanz. Karten zum Preise von 1 M. inkl. Tanz sind bei den Kameradschafts- und Blockführern und im Gaubureau erhältlich. Keine Abendkasse! Der gesamte Ueberschuß wird für die Weihnachtsbescherung der Arbeitslosen verwendet. Kameraden anderer Ortsvereine herzlich willkommen. Kameradschaft Büsching, 8. Zug: Versammlung bei Bartusch, Friedenstr. 89. — **Lichtenberg:** Wintervergnügen des Tambourkorps bei Schenert, am Rummelsburger See, am Sonnabend, 24. November. Gäste herzlich willkommen. — **Zeuthen-Neu-Schulzendorf:** Sonnabend, 24. November, Versammlung im Lokal „Zur Klause", H. Grosmann. Erscheinen Pflicht. — **Kreis Osten.** Nachrichtenzug: Mittwoch, 21. November, 8 Uhr, ...burger Weg. Antreten zur Schnitzeljagd in Bannerkleidung. Rückkehr 17 Uhr. — **Mitte,** Jungbanner: Mittwoch, 21. November, Fahrt nach Strausberg. Antreten 8 Uhr Schles. Bhf. — **Steglitz:** Mittwoch, 21. November, Treffen der Kameraden mit Angehörigen ab 13 Uhr im Lichterfelder Schützenhaus. — **Lichtenberg** (Ortsverein): Mittwoch, 21. November, 9 Uhr, in Bruno Tempels Festsälen, Friedrichsfelde, Prinzenallee, Mitgliederversammlung des gesamten Ortsvereins. Erscheinen Pflicht.

Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Berlin-Süden. Mitgliederversammlung 22. November, 20½ Uhr, bei Krüger, Grimmstr. 1. Am Totensonntag, 25. November, 14 Uhr, Kranzniederlegung auf dem Garnisonfriedhof Hasenheide.

Freireligiöse Gemeinde, Bezirk Norden 1. Am Mittwoch, 21. November (Bußtag), 18½ Uhr, öffentliche Versammlung, Pappelallee 15. Vortrag des Rechtsanwaltes Dr. E. Rosenfeld: „Fort mit der Todesstrafe". — **Bez. Osten:** Donnerstag, 22. November, bei Lätschert, Rüdersdorfer Str. 34, Bezirksversammlung. Vortrag.

Longfellow English Debating Club. National-Säle, Bülowstr. 37, Mittwoch abend 8 Uhr. Mr. J. B. Smith: Storms in Tea-cups.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Wechselnd bewölkt mit einzelnen Niederschlägen. Westliche Winde. — **Für Deutschland:** Im Süden wolkig bis heiter und trocken, im Norden weiterhin zahlreiche Niederschläge.

Verkäufe

Billige Webfehler-Teppiche. Kleine Webefehler Größe 2×3 24.—, kleine Webefehler Größe 2×3 33.—, kleine Webefehler Größe 2½×3½ 39.—, kleine Webefehler Größe 2½×3½ 48.—, kleine Webefehler Größe 3×4 58.—, kleine Webefehler Größe 3×4 78.—. Körner, Potsdamerstraße 26b.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Von Kavalieren wenig getragene elegante sowie neue Herrenanzüge, Smokinganzüge, Ulster, Paletots, Bauchanzüge, für jede Figur passend. Spezialität: Sehpelze, Damenpelzmäntel, verkauft enorm billig, keine Lombardware, Leihhaus Friedrichstr. 2, Hallesches Tor.

Getragene Herrengarderobe, Spezialität Bauchfiguren, spottbillig. Ruß, Gormannstraße 25/26, früher Mulackstraße •

Leihhaus Moritzplatz 58a. Verkauf von Kavalier-Garderobe, teils auf Seide, Jackett-, Frack-, Smokinganzüge, Gabardinemäntel, Bauchanzüge, für jede Figur passend. Extra-Angebote für neue Garderobe. Pelzjacken 55.—, Pelzmäntel 85.—, Sportpelze 85.—, Sehpelze 100.—. Keine Lombardware! •

Möbel

Möbelkredit. Bei kleiner Anzahlung und niedrigen Monatsraten liefert Möbeltischlerei Windbeck polierte und eichene Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, weiße und lackierte Küchen. Nußbaum - Ergänzungsmöbel, Nußbaum englische und moderne Auskleideschränke, Bettstellen, Waschtoiletten, Nachttische, Ausziehtische, Stühle, Sofas, Ruhebetten usw. gut und billig. Viele Gelegenheitskäufe. Sehenswerte Möbelschau. Zwanglose Besichtigung erwünscht. Musterbuch gratis. Möbeltischlerei Windbeck, Brunnenstraße nur 183 (gelbe Firmenschilder).

Speisezimmer! Große Gelegenheit für Kassakäufer! 180 breit! Entzückendes Modell! Komplett! Rindlederstühle, 475.—. Möbelhaus Naunynstraße Nr. 1001. •

Möbel-Schrager Weihnachtsangebote. Zu unserem lieben Weihnachtsfest schmück auch ich mein trautes Nest. Das Geschenk für meine Frau sind ich bei Schrager passend genau. Sämtliche Möbel, ob groß oder klein, kauft zum Fest bei Schrager nur ein. Da Preise äußerst niedrig deckt ein jeder seinen Bedarf schon jetzt ein. Speisezimmer Eiche, 2 Meter, innen Mahagoni nur 425.—, Schlafzimmer, echt Eiche mit weißem Marmor nur 385.—, Herrenzimmer, echt Eiche mit Bildhauerarbeit nur 353.—, Küchen, weiß und lackiert, Standuhren 95.—, Ruhebetten 28.—, Rauchtische mit Glaskasten 22.—, Nähtische. Sonderangebot in Nußbaummöbeln, Ankleideschränke mit Spiegel 98.—, Umbaus 55.—, Extraangebote in elegant polierten Schlaf- und Speisezimmern zu fabelhaft billigen Preisen. Spottbilliger Verkauf in allen Abteilungen. Bequeme Zahlungserleichterung. Beste Tischlerarbeit. Möbel-Schrager, Kastanienallee 45–49, bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten. •

Möbelkäufer merkt Kredit und das Möbelhaus, große Auswahl, kleine Preise! Beispiele: Schlafzimmer 455, Speisezimmer 545, Herrenzimmer 360, Spiegelschränke 112, Anrichteküchen 75, Kleiderschränke 45, Holzbettstellen 48, Chaiselongues 78, Metallbettstellen 16, Auflegematratzen 12. Sonstige Möbel entsprechende Preise. Teilzahlung aufschlagfrei, Wochenraten, Monatsraten. Kleine Anzahlungen. Kassa-Rabatte bis zehn Prozent. Kredite bis zwei Jahre. Neukölln, Hermannplatz 7; Steglitz, Schloßstraße 107; Belle-Alliance-Straße 96. Untergrundbahnhof. •

Speisezimmer fabelhaft billiges Angebot. Büfett ca. 2 Meter, hochelegante, moderne Bauart, Nußbaum-Wohnung, elegante runde Vitrine, schwere Anrichte, Speisezimmertisch, Lederstühle, nur 390 M., einzelne Anrichten 65 M., Nußbaum-Büfett, Tisch 45 M., Trumeau. Möbelhaus Hirschowitz, nur Chausseestraße 48.

Aus Rehfeld, Badstraße 34. Auskleideschränke, Eiche, Nußbaum, mit Spiegel 175.—, 165.—, Waschtoiletten mit Spiegel 98.—, 125.—, Nachttische 22.—, 28.—, Apotheken, englische Bettstellen 36.—, 48.—, 55.—, Patentmatratzen 14.—, Auflagen 19.—, 23.—. •

Aus Rehfeld, Badstraße 34. Herrenzimmer, breiteilige Bibliothek, Diplomat mit englischen Zügen, geschnitzter runder Tisch, Schreibsessel, Stühle mit Rindleder, 285.—, 375.—, 495.—, 690.—.

Aus Rehfeld, Badstraße 34. Anrichteküchen, weiß, farbig und lackiert, in bester Ausführung, 115.—, 165.—, 225.—, 295 Mark. •

Aus Rehfeld, Badstraße 34. Speisezimmer, wundervolle schwere Büfetts und Kredenzen, großer Ausziehtisch, Stühle mit echtem Rindleder, 385.—, 495.—, 585.—, 750.—. •

Aus Rehfeld, Badstraße 34. Prunksofas 98.—, 125.—, Chaiselongues 29.—, 38.—, 45.—, Bücherschränke, Schreibtische, echt Eiche, 75.—, 98.—, 120.—, Ausziehtische 26.—, 45.—, 55.—, Rohrstühle 5.90, 6.75, 7.50. •

Aus Rehfeld, Badstraße 34, gibt auch Möbel mit Zahlungserleichterung und nur geringem Zinszuschlag ab. Sämtliche offerierten Gegenstände sind in neuem Zustand und wird auf alles langjährige Garantie übernommen. •

Aus Rehfeld, Badstraße 34. Schlafzimmer, echt Eiche, 300.—, 375.—, 750.—, mit echtem Marmor, guten Dreiauflagen, polierte Schlafzimmer in Mahagoni, Nußbaum, Birke. •

Aus Rehfeld, Badstraße 34, liefert bis 100 Kilometer mit eigenem Auto frei Haus. Kataloge werden wegen der billigen Preise nicht versandt, aber Besuch meines Riesenlagers lohnend. •

Möbel-Bochel. Moritzplatz. Fabrikgebäude, liefert gediegene Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchenmöbel, Einzelmöbel aller Art zu niedrigsten Preisen. Besichtigung erbeten. •

Möbel-Kamerling. Kastanienallee 58. Schlafzimmer, Ruhebetten, Metallbetten, Riesenauswahl. Spottpreise. Zahlungserleichterung. •

Möbel-Krause. Sonderangebote in allen Abteilungen, insbesondere Schlafzimmer Eiche, Schrank 180 Zent. breit, komplett mit weißem Marmor, Auflegematratzen 887.—, mit 180 Zent. breitem Schrank 690.—, Speisezimmer Eiche gebeizt, Büfett 160 Zent. breit, voll gearbeitet, Anrichte, Ausziehtisch, 6 Lederstühle 465.—, Herrenzimmer, einzelne Schreibtische, moderne Küchen besonders preiswert. Anfertigung von Ruhebetten, Umbausofas, Klubgarnituren und einzelnen Klubsesseln in Leder, Mokett, Gobelin usw. Ergänzungsmöbel jeder Art, Nußbaum-Möbel, Rauch- und Klubtische, Flurgarderoben, Dielenmöbel für Geschenkzwecke, aparte Modelle sehr preiswert. Ein Besuch meiner Ausstellung wird Sie überraschen. Sie haben die Möglichkeit, Ihr Heim mit geringen Mitteln hübsch zu gestalten. Alle einwandfreie Lieferung und gediegene Arbeit bürgt meine seit 1884 bestehende allgemein bestens empfohlene Firma Julius Krause, Kastanienallee 60.

Küchen, auch Einzelteile, alle Farben und Modelle, zu billigsten Preisen auf bequemste Teilzahlung. Magdeburger Kredithaus, Turmstraße 81, eine Treppe.

Seltene Gelegenheit! Apartes Eichen-Herrenzimmer, sechs Zweimeter-Bibliothek, Türen kreuzgeteilt, rund vorgebaut, großer Diplomat, englische Auszüge, komplett, mit Tisch, Stühlen, nur 690 Mark. Möbelhaus Osten, Andreasstraße 30, gegenüber Markthalle. •

Sie staunen über unsere fabelhaft billigen Preise für anerkannt gutgearbeitete Wohnungseinrichtungen. Neuzeitliche Formen in Eiche und polierten Edelhölzern. Langjährige Garantie! Moritz Hirschowitz, Südosten, Skalitzerstraße 25, Hochbahn Kottbusser Tor. •

Patentmatratzen, „Primissima"-Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft. •

Möbelhaus Stein, Weinbergsweg 24. Besonders günstiges Angebot: Schlafzimmer 475.—, Speisezimmer, Nußbaumbüfetts, Ankleideschränke mit Spiegel 105.—, Küchen, Polstermöbel, Zahlungserleichterung. •

Musikinstrumente

Götz u. Kallmann, Pianofabrik, gegründet 1877. Das Piano für Generationen. Alle Preislagen. Teilzahlung. Vermietung Rollendorfplatz 7. Rollendorf 1567. Verkaufsleiter Max Adam. •

Pianos ohne Anzahlung, neu und gebraucht, in großer Auswahl verkauft Jerer, Brunnenstraße 101, 1 Treppe, Rosenthaler Platz. Langjährige Garantie. Kleinste Ratenzahlung.

Stutzpianos, überaus preiswert, Pianofabrik Link, Brunnenstraße 25. •

Pianos 300.—, 350.—, 450.—, 500.—, neu aufgearbeitet, neue 700.— an. Garantie, Teilzahlung. Pianohaus Kottbusser Tor, Reichenbergerstraße 15. •

Fahrräder

Fahrräder, erstklassige Markenräder, Teilzahlung. Fahrradhaus Centrum, Linienstraße neunzehn. •

Nähmaschinen

Weihnachtsgeschenk ganz ohne Geld liefere ich sofort. Nähmaschinen bekanntester Marken zu Fabrikpreisen. 1. Rate im Januar, außerdem bis 30 M. Vergütung. Besichtigung im Laden, weitester Weg lohnend, oder Postkarte genügt. Bech, Torstr. 14, Laden, direkt am Virchow-Krankenhaus.

Kaufgesuche

Münzen, Briefmarken kauft Großmann, Johannisstraße 4 •

Zahngebisse, Platinabfälle, Zinnmetalle, Quecksilber, Silberschmelze Goldschmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 20 (Haltestelle Adalbertstraße) •

Verschiedenes

Die Vernolinkur heilt durch natürliche Kräfte: Herzenschutz, Ischias, Gicht, Rheumatismus. Müller, Alexanderstraße 38a.

Detektivbureau Stockhef, Chausseestraße 77, Fernsprecher Norden ..., Beobachtungen, Ermittelungen, Auskünfte allerorts.

Schneeweiß wäscht Marie Weiße, Köpenick, Albrechtstraße 3, Telephon ..., Leibwäsche 0.15, Bettwäsche 0.25. Abholung Mittwoch, Donnerstag.

Wasch- und Plättanstalt Burgold, Köpenick, Mittelheide 50, liefert blendend weiße Wäsche, Oberhemden 15, Wäsche schrankfertig 25. Abholung täglich.

Brillantennadel verloren Sonntag 16 Uhr, vom Hohenstaufenplatz mit Kleinauto nach Görlitzer Bahnhof. Belohnung. Teleph.: F 7 Jannowitz ...

Vergnügungen

Calibri-Säle, Schöneberg, Martin-Luther-Straße 60, täglich außer Montags und Dienstags, großer Ball der reiferen Jugend.

Vermietungen

Wohnungen

1½- bis 4½-Zimmer-Neubauwohnungen in Birkengarten, Rummelsburg, Karlshorst, Reinickendorf und Spandau, nur gegen Wohnberechtigungsschein. Rückzahlbarer Bauzuschuß 300 Mark pro Zimmer. Beziehbar Frühjahr 1929. Wohnraum, Belle-Alliance-Straße 7, Bergmann 6304.

Ingenieur

30 Jahre alt, Spezialist für Verwaltungsanlagen und Einrichtungen v. chemischen Kaffee-, Seif- u. chem. Fabriken, sowie neuzeitlichen Transportanlagen, z. Zt. Oberingenieur und Berater bei größter norddeutscher Maschinenfabrik, mit besten Zeugnissen und Referenzen, sucht Stellung als Fabrikleiter bei größerem Genossenschaftswerk. Offerten erbeten unter B. 16 Hauptexpedition des Vorwärts.

Paktes. Als Garant eines Paktes aber tatsächliche weitgehende militärische Vereinbarungen mit einer der beiden beteiligten Mächte zu treffen, würde Sinn, Grundlage und Bestehen eines derartigen Paktes widersprechen. Ich halte es aber für meine Pflicht, festzustellen, daß derartigen Bedenken der Boden entzogen worden ist durch die Erklärungen, die von den verantwortlichen Vertretern der Mächte zu wiederholten Malen auch noch neuerdings öffentlich abgegeben worden sind. Ich begrüße es insbesondere, aus den Worten des britischen Ministerpräsidenten entnehmen zu können, daß auch er die gegebene Grundlage der europäischen Politik in einem gleichberechtigten und vertrauensvollen Zusammenwirken aller großen Mächte sieht.

Die Regelung der Reparationen.

Die wichtigste Aufgabe, die der deutschen Außenpolitik und auch der deutschen Finanzpolitik gegenwärtig obliegt, ist die Reparationsfrage. Wie Sie wissen, ist die Reparationsfrage in Genf bei Gelegenheit der Räumungsverhandlungen von der Gegenseite angeschnitten und daraufhin der Beschluß gefaßt worden, das Problem vollständig und endgültig zu regeln. Zu diesem Zweck soll eine Kommission von Sachverständigen eingesetzt werden, die von den sechs beteiligten Regierungen zu ernennen sind. Sinn und Ziel dieses Beschlusses kann nur in einem bestehen. Die letzte Entschließung der Regierungen über die Endregelung der Reparationsfrage muß auf Grundlagen ruhen, die frei von politischen Gesichtspunkten aus der Erkenntnis der entscheidenden wirtschaftlichen Zusammenhänge gewonnen werden. Deshalb haben die an dem Genfer Beschluß beteiligten Mächte es für richtig gehalten, zunächst ein Gremium sachverständiger Autoritäten zu berufen, das den Regierungen Vorschläge zu machen haben wird, um das Provisorium des Dawes-Plans in eine endgültige Regelung zu überführen. Wenn dieses Gremium seinen Zweck erfüllen soll, muß es sich frei wissen von einseitigen politischen Gesichtspunkten und muß sich leiten lassen von dem allgemeinen Interesse am Aufstieg der Weltwirtschaft und an der Sicherheit der internationalen Handels- und Kreditbeziehungen. Die Freiheit der Entschließung den Vorschlägen der Sachverständigenkommission gegenüber bleibt den Regierungen selbstverständlich gewahrt. Denn die Entscheidung über die Endregelung einer Frage, die wie diese auf lange Zeit hinaus die wirtschaftliche Entwicklung der beteiligten Länder bestimmen wird, kann nur von den verantwortlichen Regierungen selbst getroffen werden.

Das in Genf beschlossene Verfahren der Einsetzung einer Sachverständigenkommission bringt es mit sich, daß eine Erörterung über den materiellen Inhalt der Reparationsregelung selbst jetzt noch nicht stattfinden kann. Selbstverständlich ist es jeder Regierung unbenommen, für sich selbst Berechnungen darüber anzustellen, wie von ihrem Standpunkt aus die Endregelung aussehen müßte, und es ist bei einem so wichtigen Problem nur natürlich, daß sich die einzelnen Regierungen schon jetzt damit auf das intensivste beschäftigen. Der Augenblick für internationale Verhandlungen über den Inhalt der Endregelung und für die von den Regierungen zu treffenden politischen Entschließungen wird aber erst dann gekommen sein, wenn das Ergebnis der Arbeiten der Sachverständigenkommission ihnen vorliegt. Bis dahin muß ich daher auf eine Erörterung der Frage verzichten, wie sich nach deutscher Auffassung die endgültige Lösung sachlich im einzelnen denken ließe.

Die Reichsregierung kann sich einstweilen auf die Betonung eines allgemeinen Grundsatzes beschränken, daß von einer wirklichen Lösung der Reparationsfrage nur dann gesprochen werden kann, wenn sie die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht übersteigt, das heißt, wenn sie uns die Erfüllung unserer Verpflichtungen dauernd aus eigener Wirtschaftskraft und ohne Gefährdung der Lebenshaltung unseres Volkes ermöglicht.

Wir haben, nachdem inoffizielle Besprechungen vorausgegangen waren, vor einiger Zeit den anderen fünf Regierungen unsere Ansicht darüber mitgeteilt, wie der Genfer Beschluß über die Einsetzung der Sachverständigenkommission am besten und schnellsten zur Durchführung gebracht werden könnte. Der Gedankenaustausch zwischen den Regierungen hierüber ist noch im Gange. Ich hoffe, daß er bald zu einem befriedigenden positiven Ergebnis führen wird. Niemand im In- und Ausland zweifelt heute noch daran, welche Bedeutung eine erfolgreiche Lösung der Reparationsfrage nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt besitzt. Solange eine den wirtschaftlichen Möglichkeiten entsprechende Endlösung fehlt, besteht eine gefährliche Unsicherheit für Wirtschaft und Finanzen. Eine solche Unsicherheit muß die Rückkehr zu normalen Beziehungen im internationalen Handel und im Kreditwesen aufs schwerste behindern. Gelingt es, eine Endlösung zu finden, die von allen Beteiligten in freier Entschließung als wirtschaftlich vernünftig anerkannt und angenommen werden kann, **dann ist der wichtigste Schritt zur Liquidierung der unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges getan.**

Die Bedeutung des Kellogg-Paktes.

Ich möchte meine Ausführungen nicht schließen, ohne noch des bedeutsamen Ereignisses zu gedenken, daß die am 27. August d. J. in Paris erfolgte Unterzeichnung des Kellogg-Paktes darstellt. Die Regierungen verpflichten sich darin, den Krieg als Instrument der nationalen Politik zu beseitigen. Es ist ein billiges Verfahren, den Wert und die Wirksamkeit eines solchen internationalen Aktes skeptisch in Zweifel zu stellen. **Der Kellogg-Pakt bedeutet, was die Regierungen und die Völker selbst aus ihm machen.** Ich zweifle nicht, daß die Geschichte in ihm einen wichtigen Wendepunkt in der Gestaltung der internationalen Beziehungen erblicken wird. **Deutschland hat jedenfalls alles Interesse daran und wird das Seinige dazu beitragen, daß die großen Gedanken, die dem Pakt zugrunde liegen, immer mehr lebendige Wirklichkeit werden.** Die gemeinsamen Bemühungen um dieses Ziel werden nicht nur dazu dienen, den Frieden zu sichern, sondern sie werden darüber hinaus die Völker einander näherbringen und selbst getrennte Kontinente zu fruchtbarer Arbeit zusammenführen.

Nach dem Reichsaußenminister nahmen die Führer der Parteien das Wort. Wir berichten darüber in der Beilage.

Rot-Front!

Rotfrontführer als Falschmünzer.

Dortmund, 19. November.

Hier wurde vor einiger Zeit ein Arbeiter festgenommen, als er von Geschäft zu Geschäft zog, für einen geringen Betrag einkaufte und mit einem Fünfmarkstück bezahlte. Ein Helfershelfer von ihm besuchte am 12. d. M. in Begleitung des Führers des Roten Frontkämpferbundes von Dortmund, Paul Bobbert, ein Restaurant und bezahlte zum Schluß die nicht unerhebliche Zeche mit mehreren falschen Fünfmarkstücken. Beide wurden festgenommen. Bei einer Untersuchung der Wohnung des Arbeiters wurde weiteres Falschgeld gefunden. Bobbert konnte ebenfalls überführt werden, Falschgeld verausgabt zu haben. Drei weitere Komplizen konnten ebenfalls festgenommen werden.

Japan duldet keine Arbeiterpartei. Das Innenministerium hat die neue Arbeiterpartei Nitschi Rodo aufgelöst, ihren Besitz konfisziert und die Führer aus Japan ausgewiesen. Die Regierung behauptet, daß Nitschi Rodo nichts anderes als die alte aufgelöste kommunistische Partei sei.

Unter Kriegsbeschädigten.

„Haste gehört: Wilhelm hat der holländischen Regierung versprechen müssen, sich nicht mehr in die Politik zu mischen!"

„Zu spät! Hätten wir es uns vor zwanzig Jahren versprechen lassen, dann hätten wir noch unsere heilen Gliedmaßen!"

Der Kampf im Ruhrgebiet.

12 gegen 230 000.

Essen, 19. November. (Eigenbericht.)

Der Eisenstreit ist am Montag der Atmosphäre juristischer Haarspaltereien und Paragraphenmüßteleien entzogen worden. Die Beteiligten setzten sich in einer kleinen Kommission zusammen, besprachen die Dinge wieder einmal vernünftig, und die Gemäßigten unter den Schwerindustriellen, die in den letzten Tagen ganz entschieden gegenüber dem „Gute-Hoffnungshütte-Konsortium" Oberwasser bekommen hatten, sind anscheinend guten Willens, sich aus der Sackgasse herauszufinden. Es hat viel Geschick und viel Taktik des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Bergemann bedurft, um die Entwicklung dahin zu bringen.

Auch die Situation im Kampfgebiet hat sich in der letzten Woche sehr zuungunsten der Unternehmer verändert. Was für die Schwerindustriellen zu Beginn der Aussperrung noch „ausgeschlossen" war, erscheint heute nicht mehr ganz ausgeschlossen. Die Zeit arbeitet unleugbar für die Ausgesperrten, und die Gewerkschaften, die alles daransetzen, um die Katastrophe zu vermeiden, haben gegenwärtig nicht die geringste Ursache, die Dinge übers Knie zu brechen. Die Ausgesperrten sind allerdings zu gut beraten, als daß sie gegebenenfalls der Aussperrung der Unternehmer einen Streik entgegensetzen. Im Revier selbst propagieren nur die Kommunisten ein Experiment, das so gut wie gar keinen Einfluß auf die Arbeiter hat. Die von den Moskowitern gebildeten „Kampfleitungen" sind totgeborene Kinder und treten nicht in Erscheinung. Der Waggon kommunistischer Agitatoren, der von der Berliner Zentrale nach dem Ruhrgebiet geworfen worden ist, findet keine Betätigung. Die Ausgesperrten verbitten sich die kommunistischen Tiraden ganz entschieden, wenn die Berliner Sendlinge hier und da einmal versuchen, dummes Zeug vom Stapel zu lassen. Auch dem „großen" Thälmann, der sich wieder einmal im Ruhrgebiet herumtreibt, geht es nicht anders. Die Ausgesperrten werden nur dann an den Schraubstock und an den Ofen zurückkehren, wenn der Schiedsspruch aufrechterhalten wird. Damit wird sich das Gute-Hoffnungs-Konsortium schon abfinden müssen.

Vorläufig sind die Tore bei Krupp noch geschlossen. Hier durch die dunkle Straße mit den Festungsmauern der Riesenfabrik auf der einen Seite, trug man 1923 in der Osterwoche 13 braune Särge hinaus, 13 Kruppsche Metallarbeiter die durch Kampfgeschosse der französischen Okkupationsarmee hingestreckt waren. Zehntausende, Hunderttausende folgten diesen Särgen. Ueber der Kruppschen Renommiersiedlung Margaretenhöhe zog ein Flieger seine Kreise, bis er über dem Ehrenfriedhof stand, wo man die 13 gebettet hatte. Sie waren gefallen wie Soldaten, die ihr Land verteidigen. Damals waren die heute geschlossenen Fabriktore mit schwarzen Trauerflören bekleidet und aus den Becken der Fabriksäulen lohte heftiges Feuer. Damals vergaß man einen Augenblick jenen Alfredis Krupp, der seine Fabriken in die Luft sprengen wollte, wenn die eigenen Leute zu streiken wagten. Dieser Geist hat auch mit der Besatzungsarmee den Ruhrpott noch nicht verlassen.

Das Gute-Hoffnungshütte-Konsortium hat so kalkuliert: Die Gewerkschaften werden den Schiedsspruch ablehnen. Dann wird irgendeine Gelegenheit kommen, die Fabriken und Werke zu schließen. Nach einem offenen Kampf von wenigen Tagen, so folgerte man weiter und spekulierte dabei auf die Unorganisierten, würde man die Arbeiter mürbe und mit der Kappe in der Hand um Arbeit betteln gehen sehen. Dann hätte man tatsächlich die Macht gehabt, die Löhne zu diktieren und die berüchtigte Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreisen durch einen noch mehr als heute gedrückten Lohn auszugleichen.

Auf diesen Leim sind die Gewerkschaften nicht gekrochen. Sie machten durch die Annahme des Schiedsspruches einen Strich durch die Unternehmerrechnung, und zwar einen sehr dicken. So kam es, daß der Kampf, den sich Reusch nur als eine Art Husarenritt gedacht hatte, nun schon drei Wochen dauert und anfängt, sich für den Unternehmer ganz empfindlich auszuwirken. Einmal ist der Ausfall der Eisen- und Stahlproduktion ganz beträchtlich; dazu droht den deutschen Eisenexportgebieten, die Gefahr der Ueberfremdung. Diese Gefahr wächst, je länger die Aussperrung dauert und selbst wenn die Aussperrung in den nächsten Tagen zu Ende gehen sollte, wird man erst nach acht und zehn Tagen — wenn man Glück hat — die erste Charge aus den Eisenöfen nehmen können. Etwa 100 Martinsöfen in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie sind heute so gut wie unbenutzbar. Die Böden sind durch den gewaltigen Temperaturwechsel zwischen Weißglühen und eiskalt so gut wie vernichtet. Die Gasleitungen müssen gedichtet werden und die Windhitzer werden wohl in den meisten Fällen stark reparaturbedürftig sein. Man wird gut eine Woche lang Tag und Nacht die Reparationsschlosser einsetzen müssen, ehe man wieder Schrott in die Oefen wirft. Dieser Schaden aber ist noch zu überwinden. Jedenfalls haben die rheinisch-westfälischen Eisenwerke eine derartige Kapazität, daß der Produktionsausfall in verhältnismäßig kurzer Zeit nachzuholen ist, selbst wenn die Erzeugung bis Weihnachten nicht auf ihren normalen Stand gebracht werden kann. Viel schlimmer steht es um die Maschinenindustrie, und dieses empfindliche Instrument ist die verwundbare Stelle der Unternehmer.

Bei den meisten Fabriken, z. B. bei dem Deschimag-Konzern, liegen Auslandsaufträge in größtem Umfange vor, deren Lieferfristen heute schon nicht mehr eingehalten werden können. Die fälligen Vertragsstrafen würden die Konzerne wenig berühren, ebensowenig die Tatsache, daß einmal Millionenaufträge in andere Hände und nach Lage der Dinge an das Ausland fallen. Viel wichtiger ist die andere Seite, daß mit diesen Aufträgen erfahrungsgemäß Auslandskunden und auch wohl Inlandskunden dauernd verloren gehen. Ich sprach mit einer Reihe von Unternehmern, die bereit sind, den Schiedsspruch zu jeder Stunde durchzuführen und die Betriebe zu öffnen. Sie würden auch gerne bereit sein, die darauf stehende Konventionalstrafe an die Arbeitgebervereinigung zu zahlen. Es handelt sich bei diesen Unternehmern auch nicht um jene kleinen Existenzen, die bei jedem Arbeitskampf mit solchen Anerbieten hervortreten, sondern um ganz respektable Unternehmen. So hat z. B. die weltbekannte Herdfabrik Küppersbusch das Bestreben, möglichst sofort wieder arbeiten zu lassen. Was dieses Unternehmen aber zurückhält, aus der Reihe zu tanzen, ist die drohende Liefersperre. Täten sie es doch, dann würde kein Kilogramm Eisen in die Betriebe gelangen. Herr Reusch diktiert auch hier.

Das ist das Ungesunde an der ganzen rheinisch-westfälischen Eisenindustrie. Eine Handvoll Menschen gebietet souverän über einen Wirtschaftszweig und treibt ein ganzes Wirtschaftsgebiet nach Lust und Laune in den Ruin. Walter Rathenau hat einmal von den 300 gesprochen, die absoluten Herrscher in der Westindustrie. Das ist heute überholt. Heute liegt die Macht bei einem Dutzend Menschen, denen zu der Macht nicht die nötige Einsicht in die Zusammenhänge des Ganzen gegeben ist. Sie malträtieren das Instrument einer Großindustrie tatsächlich nach dem Gesichtspunkt eines kleinen Krämers, und leider reicht ihr Einfluß weit, sehr weit. Wenn man nicht bis in die höchsten Stellen der Verwaltung und der Justiz verschwägert ist, so ist man doch Couleurbruder, und gerade diese Tatsache dürfte manche Unbegreiflichkeit aus der Geschichte des Eisenschiedsspruchs verständlich machen.

Es ist vieles aufzuräumen und in Ordnung zu bringen im Kohlenpott. Man sagt hier, es sei nötig, den Hackenstiel zu nehmen und damit die Möbel einmal richtigzustellen. Vor allem muß diese Industrie zuerst vom Krupp-Geist befreit werden. Fabriken sind zur Produktion da und nicht dazu, sie in die Luft zu sprengen. Die Arbeiterschaft wird hier aber nur vorwärts kommen, wenn sie endlich ihre gewerkschaftliche Position wiederaufbaut!

Der Korruptionskrach in der KPD.

Die aus der Harburger KPD. unter dem Vorwurf des „Verrats am Proletariat" ausgeschlossenen 5 kommunistischen Kommunalpolitiker haben zu ihrer Rechtfertigung eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt:

„Nicht wir, sondern die Vollstrecker des Urteils gehören an den Pranger! Diese Herrschaften wagen von Arbeiterverrat und Korruption zu sprechen und immer die Disziplin und den autoritativen Charakter der Partei in den Vordergrund zu stellen; sie sind in unseren Augen keine revolutionären Klassenkämpfer, sondern elende Egoisten, denen es nur um ihr persönliches Wohl zu tun ist.

Die Abführung der Diäten war das Schmerzenskind der KPD. Die Ausgeschlossenen haben stets aus besonderem Pflichtgefühl gegenüber der Partei materiell beigesteuert. Aber die Führer konnten des Mammons Herrlichkeit nicht satt werden; sie verlangten, daß diese Gelder restlos der Partei zur Verfügung gestellt werden müßten; ja, sie gingen so weit, **daß bei Auszahlung der Diäten die Lohntüte zwecks Kontrolle vorzulegen sei.**

Wir betonen ausdrücklich: Unsere Unterlassung besteht lediglich darin, **daß wir das kindische Ansinnen, die Lohntüten zu zeigen, abgelehnt haben.** Irgendeiner politischen Verfehlung haben wir uns nicht schuldig gemacht."

Schlichtungsjustiz der Unternehmer

Die Katze aus dem Sack.

Worauf die Vereinigung der Arbeitgeberverbände bei ihrer „Reform" des Schlichtungswesens hinaus will, geht mit erfreulicher Klarheit aus einem in der neuesten Nummer der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" erschienenen Artikel von Rechtsanwalt Dr. v. Karger-Berlin über „Rechtsfragen im Kampf der westdeutschen Eisenindustrie" hervor. Karger fordert in seinem Aufsatz unverblümt, daß das Schlichtungswesen „aus der Hand abhängiger Verwaltungsbehörden in die Hände unabhängiger Beamten" übergeleitet werde; denn es sei im Grunde grotesk, daß im Schlichtungsverfahren parlamentarisch verantwortliche und abhängige Verwaltungsbehörden zu den einschneidensten Entscheidungen berufen sind, deren Auswirkung für die Betroffenen sich auf viele Millionen belaufen kann, während auf der anderen Seite jeder Prozeß um eine Mark mit allen Kautelen einer unabhängigen Rechtsprechung umgeben ist."

„Unabhängige Beamte"

sollen also in den Arbeitskonflikten, wenn es hart auf hart geht, die Entscheidung fällen und nicht mehr der Reichsarbeitsminister. Der „Gewerkschaftsminister" des Reichsarbeitsministeriums soll aus dem Schlichtungsverfahren verschwinden.

Der „unabhängige Beamte" ist eine Märchenfigur für politische Kinder. Auch der Beamte ist nur ein Mensch. Auch er hat eine Weltanschauung, auch er ist irgendwie politisch eingestellt, selbst wenn er nicht wählen geht. Von den Beamten gilt dasselbe wie vom Richter.

Sollen vielleicht „unabhängige" und unabsetzbare Schlichtungsrichter geschaffen werden? Das würde nur bedeuten, daß wir in kurzer Zeit nicht nur in der Justiz, sondern auch in der Schlichtung eine Vertrauenskrise hätten, die schlimmer wäre als die gegenwärtige Schlichtungskrise. Wir kämen vom Regen unter die Traufe. Wäre der Respekt der kämpfenden Parteien vor einem Schlichtungsbeamten größer als vor einem Reichsminister? Und ist nicht gerade der Ruhrschiedsspruch von einem leibhaftigen Landgerichtsdirektor gefällt worden? Wir erleben gerade beim Eisenkonflikt, daß es Streitfälle gibt, wo schließlich

die Reichsregierung eingreifen muß,

weil zuviel auf dem Spiel steht.

Die Sehnsucht der Arbeitgebervereinigung, das ganze Schlichtungswesen in irgendeiner Form in die Hände einer Art Schlichtungsjustiz zu legen, ist begreiflich; denn von einer als Schlichtungsbehörde maskierten Justiz würden die Interessen der Unternehmer besser wahrgenommen als von einem „Gewerkschaftsminister". Die Unternehmer wollen das Schlichtungswesen „entpolitisieren", weil sie merken, daß der politische Einfluß der Arbeiterklasse steigt. Wäre er noch so schwach wie vor dem Krieg, dann würden sie im Traume nicht auf die Parole der Entpolitisierung verfallen. Für die Arbeiterschaft wird aber in der Schlichtungsfrage gerade umgekehrt ein Schuh daraus. Sie kämpft ja gerade um die Vermehrung ihres politischen Einflusses, weil nur dadurch neben der rein gewerkschaftlichen Machtentfaltung endlich — auch auf dem Weg des Schlichtungswesens — bei der Entlohnung der Arbeit gerechtere und anständigere Verhältnisse geschaffen werden können.

Neues aus der Krisenfürsorge.

Erhöhung der Freigrenze.

Am 19. November sind die neuen Bestimmungen über die Prüfung der Bedürftigkeit bei der Krisenunterstützung für Arbeitslose in Kraft getreten. Es handelt sich insbesondere darum, daß Erleichterungen geschaffen wurden bei der Anrechnung von Einnahmen der Angehörigen des Arbeitslosen: Ehegatte, Eltern, Voreltern und Abkömmlinge, soweit sie mit dem Arbeitslosen im gleichen Haushalt leben.

Bisher führte eine zu weitgehende Anrechnung der Einnahmen dazu, daß in großem Umfange die Krisenunterstützung gekürzt oder versagt werden mußte. Durch die Erhöhung der Freigrenze soll das nunmehr eingeschränkt werden. Dem gleichen Zwecke dient die neuaufgenommene Bestimmung, daß für Geschwister des Arbeitslosen, die mit ihm im gleichen Haushalt leben und keine eigenen Einnahmen haben, eine weitere Erhöhung der Freigrenze eintritt.

Die Arbeitsämter müssen nunmehr auf Grund der neuen Vorschriften nachprüfen, inwieweit die Empfänger von Krisenunterstützung Anspruch auf Erhöhung der Unterstützung haben. In den Fällen, wo auf Grund der alten Vorschriften die Unterstützung überhaupt abgelehnt worden ist, muß ein neuer Antrag auf Unterstützung gestellt werden, falls nach den neuen Vorschriften jetzt ein Anspruch besteht. Das wird am einfachsten durch Nachfrage beim Arbeitsamt festgestellt.

Allgemeinverbindlicher Schiedsspruch.

Für die Rheinschiffahrt.

Der Schiedsspruch für die Rheinschiffahrt ist auf Antrag der Gewerkschaften vom Reichsarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt worden. Er gilt also auch für die zahlreichen Reichschiffsbesitzer, die keinem Arbeitgeberverband angehören. Sonderverträge mit Gewerkschaften bleiben vom Schiedsspruch unberührt. Der Tarifvertrag läuft bis Frühjahr 1929. Bis dahin soll durch ein Gutachten über die Lage der Rheinschiffahrt Material für einen neuen Tarifvertrag gewonnen werden.

Wenn die Arbeiter ihre Rechte wahren.

Drohung mit der Stillegung.

In letzter Zeit hatten sich die Arbeiter der Schuhfabrik A. Bromberg, Berlin, Köpenicker Str. 10a, wiederholt beschwert über die Nichteinhaltung der vertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen. Unter anderem mußten Klagen beim Arbeitsgericht geführt oder angedroht werden.

Herr Bromberg erklärte darauf den Arbeitern, wenn weitere Klagen gegen die Firma einliefen, würde sie den ganzen Betrieb stillegen. Die Androhung der Stillegung ist demnach erfolgt, weil die Arbeiter ihre vertraglichen Rechte geltend machen wollten. Außerdem scheint bei der Firma die Absicht zu bestehen, den Betrieb auf einige Wochen stillzulegen, um nach Wiedereröffnung die ihr unliebsamen Arbeiter auszuschalten und die Löhne zu reduzieren. Die Arbeiterschaft ist entschlossen, der Firma den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Wenn die Firma den Kampf mit der Arbeiterschaft aufnehmen will, ist diese dazu bereit.

Die Sattler holen auf.

Trotz großer Arbeitslosigkeit.

In der Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller ist es auch im dritten Quartal vorwärts gegangen. Wie der Bevollmächtigte Genosse Blume in der Generalversammlung am Dienstag im Gewerkschaftshaus berichtete, waren im dritten Quartal keine Lohnbewegungen in den Branchen zu führen, weil die Lohntarife weiterlaufen. Es kam aber in einzelnen Betrieben zu Arbeitseinstellungen, da die Unternehmer Verschlechterungen durchführen wollten. Diese Bewegungen endeten alle mit einem vollen Erfolg der Streikenden. Die Beschäftigung war im dritten Quartal nicht sehr gut. Trotzdem gelang es aber, der Organisation 77 neue Mitglieder zuzuführen, so daß sie jetzt in Berlin 4870 Mitglieder zählt. Genosse Blume kam zum Schluß seines Berichtes auch kurz auf den Arbeitskampf im Ruhrgebiet zu sprechen und warnte die Versammelten vor der Sammelaktion der IAH. und KPD. Unter Zustimmung der Versammlung betonte er, daß die organisierten Arbeiter gern die Ausgesperrten finanziell unterstützen werden, wenn von den Organisationen der Ruf an sie ergehen sollte. Aus dem Kassenbericht des Genossen Weyher ging hervor, daß die finanzielle Entwicklung der Organisation ebenfalls zufriedenstellend war. Der Bestand der Lokalkasse hat sich im Laufe des dritten Quartals von 88 803 M. auf 98 260 Mark erhöht.

In der Diskussion sagte nur ein einziger „Oppositioneller" sein Sprüchlein her und beantragte in einer Entschließung die Neuwahl der Betriebsräteleitung der Ortsverwaltung, in der nur Amsterdamer sitzen. Dies wurde mit erdrückender Mehrheit abgelehnt. Die Stärke der „Opposition" offenbarte sich bei der Abstimmung über die Entlastung des Kassierers. Da bei der Neuwahl der Revisoren im Frühjahr kein Kommunist gewählt wurde, beschlossen die KPDisten, in jeder Generalversammlung gegen die Entlastung des Kassierers zu stimmen. In der Generalversammlung erhoben sich ganze sechs Hände, die gegen die Entlastung stimmten.

Das Referat des Genossen Ernst Schulze vom ADGB. über den Gewerkschaftskongreß rief ebenfalls nur zwei Kommunisten auf den Plan, die in der üblichen Weise die Arbeiten des Kongresses „kritisierten". Bekanntgegeben wurde in der Generalversammlung noch, daß den Arbeitslosen auch in diesem Jahre wieder aus Mitteln der Lokalkasse eine Extraunterstützung zu Weihnachten gezahlt wird, wozu sich die arbeitslosen Verbandsmitglieder in der Zeit vom 3. bis 8. Dezember im Bureau der Ortsverwaltung einzeichnen müssen.

Betriebsvertretung der Behördenangestellten.

Eine Verordnung des preußischen Justizministers.

Der preußische Justizminister hat dem Staatsrat eine Verordnung zur Ausführung des § 61 des Betriebsrätegesetzes bei Behörden, die dem Justizminister allein und hinsichtlich der Arbeitsgerichtsbehörden, die dem Justizminister und dem Minister für Handel und Gewerbe gemeinsam unterstellt sind, überwiesen. Als Betriebe im Sinne des Betriebsrätegesetzes und dieser Verordnung sollen gelten:

Das Justizministerium, das Kammergericht, die Oberlandesgerichte, die Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten, die Strafvollzugsämter, die Landgerichte, die Staatsanwaltschaften, die Amtsgerichte, die hauptamtlichen Arbeitsgerichte, die Amtsanwaltschaften und die besonderen Gefangenenanstalten. Die Zusammensetzung der Einzelbetriebsvertretungen bestimmt sich nach den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes; der Hauptbetriebsrat besteht aus sieben Mitgliedern.

Nach Durchführung der mit dem 1. April dieses Jahres in Kraft getretenen Baureform und der Umstellung der Justizkanzleien auf im Angestelltenverhältnis beschäftigte Kräfte war der bisherigen Regelung, jedenfalls soweit das Kanzleipersonal in Frage kam, eine wesentliche Grundlage entzogen. Es erschien nunmehr geboten, die in der erwähnten allgemeinen Verfügung vom 13. April 1920 bezeichneten Arbeitnehmer insgesamt den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes zu unterstellen.

Streikarbeit der Angestellten.

Widersprechende Entscheide der Arbeitsgerichte.

Essen, 19. November. (Eigenbericht.)

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten teilt mit: Der Bund hatte beim Arbeitsgericht in Düsseldorf den Antrag gestellt, eine einstweilige Verfügung zu erlassen, wonach es den Firmen Vereinigte Stahlwerke A.-G., Düsseldorf, Mannesmann-Röhrenwerke, Düsseldorf, Rheinische Stahlwerke und Maschinenfabrik, Düsseldorf, Haniel und Lueg, Düsseldorf Grafenwerk, Hohenzollern A.-G. für Lokomotiven, Düsseldorf Grafenwerk, Preß- und Walzwerk A.-G., Reinhold bei Düsseldorf, untersagt werden soll, ihre technischen Angestellten mit Arbeiten zu beschäftigen, die bisher von Arbeitern ausgeführt wurden (Streikarbeit). Der Antrag stützte sich darauf, daß es gegen die guten Sitten verstoße, wenn Angestellte verpflichtet würden, den Arbeitern in dem Arbeitskampf in den Rücken zu fallen, ferner, daß die Gesundheit der Angestellten durch die Ausführung der ungewohnten Arbeit Schaden erleide.

Der Antrag wurde kostenpflichtig abgewiesen. In der mündlichen Begründung führte der Vorsitzende aus, daß die Klage abgewiesen worden sei, da einzelne Mitglieder der Tarifparteien die durch Tarifvertrag den Tarifparteien auferlegte Friedenspflicht nicht verletzen könnten. (!)

Die Klage stützte sich in Wirklichkeit überhaupt nicht auf die Verletzung der Friedenspflicht. Die mündliche Begründung ist also völlig abwegig. Sie steht aber auch in diesem Punkte im Widerspruch mit einer Entscheidung des Arbeitsgerichts von Waldenburg.

Gute Konjunktur in der Privatversicherung.

Der Reichstarif muß ihr angepaßt werden.

Eine außerordentlich zahlreich besuchte Mitgliederversammlung der Fachgruppe Privatversicherung der Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten beschäftigte sich mit der allgemeinen Lage des Versicherungsgewerbes und der Angestellten. Reichsfachgruppensekretär Brillke wies auf die günstige Entwicklung hin, die den meisten Unternehmen recht beträchtliche Gewinne zufließen ließ. Aber nicht zuletzt ergaben sich diese Gewinne durch die Rationalisierung im Versicherungsgewerbe, bei der allerdings die Angestellten die Leidtragenden wurden. In Anbetracht dieser Verhältnisse muß gefordert werden, daß der Reichstarifvertrag den Wünschen der Angestellten und der guten Konjunktur entsprechend verbessert wird.

Die Versammelten nahmen nach reger Aussprache einstimmig eine Entschließung in diesem Sinne an. Aus den Berichten der Betriebsfunktionäre ging hervor, daß die freigewerkschaftliche Organisation der Versicherungsangestellten fortschreitet. Die Mitgliederversammlung stellte auch die Delegierten für die Generalversammlung 1929 auf und nahm die Neuwahl der Fachgruppenleitung vor. Als Fachgruppenleiter wurde Vierath wiedergewählt.

Verkehrs-A.-G. und Krankenlohn.

Höhere Zuschüsse.

Die Verschmelzung der Berliner Verkehrsgesellschaften zur Verkehrs-A.-G. ist auch mit der Schaffung einer einheitlichen Betriebskrankenkasse für das Personal verbunden. Es ist entgegen anderen Behauptungen geplant, eine Krankenkasse zu schaffen, die in ihren Leistungen nicht hinter einer der bisherigen Krankenkassen zurücksteht. In vielen Punkten ist eine Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustand beabsichtigt. Von einer Herabsetzung des Krankenlohnes kann gar keine Rede sein.

Bei der Straßenbahn beträgt z. B. der Krankenlohn nach der Beschäftigungsdauer 70 bis 90 Proz. des Nettoverdienstes, wovon die Betriebskrankenkasse 66⅔ Proz. und die Gesellschaft den Rest zahlt. Für die Krankenkasse der neuen Verkehrs-A.-G. ist jedoch nur ein Zuschuß von 50 Proz. vorgesehen, so daß die Verkehrs-A.-G. für die Straßenbahner einen viel höheren Zuschuß zum Krankenlohn zahlen muß als bisher die Straßenbahngesellschaft.

Wenn nun trotzdem in der „Roten Fahne" angedeutet wird, die Schaffung der Betriebskrankenkasse der Verkehrs-A.-G. sei mit Verschlechterungen für das Personal verknüpft, so ist das ein aufgelegter Schwindel. Diese unwahren Behauptungen richten sich auch hauptsächlich gegen den Betriebsratsvorsitzenden der Straßenbahn, Genossen Flieger, der sich angeblich schützend vor den Geldsack der Straßenbahn stellt. Es ist umgekehrt gerade ein Verdienst des Genossen Flieger, daß die neue Betriebskrankenkasse eine viel leistungsfähigere Einrichtung wird als die bisherigen Kassen der einzelnen Verkehrsunternehmen.

Die ausgesperrten Schwerkriegsbeschädigten

Bei ausgesperrten Schwerkriegsbeschädigten ist, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, auf Grund einer Anweisung des Reichsarbeitsministers die von den Gewerkschaften gezahlte Aussperrungsunterstützung nicht als Streikunterstützung im Sinne der Durchführungsbestimmung zu § 91 des Reichsversorgungsgesetzes anzusehen. Den ausgesperrten Schwerkriegsbeschädigten ist deshalb, da sie durchweg als Arbeitswillige angesehen werden müssen, die Zusatzrente zu. Wird dagegen mit der Aussperrungsunterstützung die Einkommensgrenze überschritten, dann ist die Zusatzrente entsprechend zu kürzen. (Auskunft erteilen die Ortsgruppen des Reichsbundes oder die amtlichen Versorgungsstellen.)

Werbeabend der Gewerkschaftsjugend.

Einen durchschlagenden Erfolg erzielte die Freie Gewerkschaftsjugend mit ihrem Werbeabend, den der Nordkreis am Sonnabend im Bezirksamt Prenzlauer Berg veranstaltete. Der Sitzungssaal war schon lange vor dem Beginn der Veranstaltung überfüllt. Es waren nicht nur viele der Gewerkschaftsjugend noch fernstehende Jungen und Mädel erschienen, sondern auch zahlreiche Eltern, die das Treiben ihrer Sprößlinge in dieser Organisation kennen lernen wollten. Volkstänze, ernste und heitere Rezitationen und musikalische Darbietungen wechselten einander in bunter Reihenfolge ab. Den Abschluß bildete das Sprech- und Bewegungschorwerk „Fabriken", das in Versen von Toller, Schönlank und anderen proletarischen Dichtern den zielklaren Kampf der Arbeiterschaft um die Befreiung aus den kapitalistischen Fesseln versinnbildlicht. Die bis ins kleinste gelungene Veranstaltung dürfte auch den Eltern die letzten Zweifel genommen haben, die bisher noch aus irgendwelchen Gründen ihre Kinder der Gewerkschaftsjugend ferngehalten haben.

Die Verhandlungen für Hagen-Schwelm.

Dortmund, 19. November.

In den heutigen Verhandlungen über den Lohnstreit in der Metallindustrie Hagen-Schwelm vor dem stellvertretenden Schlichter von Westfalen wurde ein Ergebnis zunächst nicht erzielt. Sie werden am Dienstagnachmittag fortgesetzt.

Tarifverhandlungen für Ostsachsen.

Zittau, 19. November.

In der Frage der Verlängerung des Tarifvertrags bei der ostsächsischen Textilindustrie werden am Donnerstag, den 22. November, Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den beteiligten Gewerkschaften stattfinden.

Der zweite Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes Waldhecker ist aus den Verbandsdiensten ausgeschieden, um als Geschäftsführer in das Ostelbische Braunkohlensyndikat G.m.b.H. in Berlin einzutreten. Waldhecker, eine in weiten Kreisen wegen der Lauterkeit seines Charakters sehr geschätzte Persönlichkeit, gehört zu den Gründern des Deutschen Bergarbeiterverbandes.

SPD.-Fraktion der Arbeiter, Angestellten und Beamten bei dem Bezirksamt Lichtenberg! Nächste Mitgliederversammlung Donnerstag, 19½ Uhr, im Lokal von Wegner, Frankfurter Allee 38. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Die Kämpfe der Sozialdemokratie in Gegenwart und Zukunft". Referent Genosse Emil Barth. 2. Verschiedenes. Wir erwarten, daß alle Fraktionsmitglieder erscheinen.

Der Fraktionsvorstand.

Achtung, SPD.-Treptow! Donnerstag, 19½ Uhr, bei Ritschke, Am Treptower Park 23, wichtige Fraktionsversammlung der SPD.-Genossen. Sympathisierende Kollegen können eingeführt werden.

Der Fraktionsvorstand.

Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer, Prov.-Verb. Berlin. Nächste Sitzung Dienstag, 27. November, um 20 Uhr, im Hause Poststr. 16, Zimmer 36. Referat des Kollegen Falkenbeuer: „Wiener Schulen".

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Dienstag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Landsberger Platz:** Jugendheim Diestelmeyerstr. 5. Unsere zweite Uraufführung. Wir erwarten Besuch. — **Frankfurter Allee:** Jugendheim Litauer Str., Zimmer 2. Wir besuchen die Gruppe Landsberger Platz. — **Lichtenberg:** Jugendheim Tasserstr. 22. Vortrag: „Vom Zunftgesellen zum freien Arbeiter." — **Humboldt:** Jugendheim Grenz-, Ecke Lorkingstraße. Vortrag: „Die Gewerkschaften und ihre Unternehmungen." — **Treptow:** Gruppenheim Schule Wildenbruchstraße 50—54 (Verkehrsraum). Unter uns. — **Südkreis:** Im Jugendheim des Deutschen Verkehrsbundes, Gewerkschaftshaus, Engelufer 24—25, Aufgang parterre, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die Gewerkschaften im Wirtschaftskampf." — **Schöneweide:** Jugendheim Niederschöneweide, Berliner Str. Lustiger Lichtbilderabend: Wilhelm Busch.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Nordwest:** Jugendheim Lehrter Str. 18—19. Vortrag: „Wir und die anderen Angestelltenverbände." Referent Otto Lamm. — **Volkstanzkursus** in der Schule Kuruther Str. 20, pünktlich 20 Uhr.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Egloff; Feuilleton: R. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".